

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



9. Dezember 1988
Jg. 9 Nr. 25

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Haushalt 1989 im Bundestag

Blüm: „... glaube,
daß der Gesetzgeber
zur Wochenarbeitszeit ...
nichts sagen sollte“

Seite 5

Südafrika/Azania

Sharpeville Sechs:
Todesstrafen
umgewandelt

Seite 14

Türkei/Kurdistan

Solidaritäts-
Hungerstreik
von Kurden
in Freiburg

Seite 29

USA

Ein Gespräch
mit Morton Sobell
über Gefängniswesen und
politische Gefangene

Seite 34



An den Schulen nimmt der Widerstand gegen Mittelkürzungen, Stellenstreichungen und überfüllte Klassen zu. Bild: Protestaktion am 29.11. in Düsseldorf.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221 216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221 211658

Inhalt 25/88

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Bundestag: Blüm: „... daß der Gesetzgeber zur Wochenarbeitszeit ... nichts sagen sollte“.....	5
Sicherheitsgesetze: Spitzeldaten an die Betriebe?.....	7
Politische Gefangene: Freilassung von G. Sonnenberg!... ..	7
IG Metall: Stahlauseinandersetzung Modell für andere?....	7
Sozialversicherungsausweis: Arbeitsbuch in neuer Form..	8
Das System der Sozialen Sicherheit in den USA.....	9
CSU-Parteitag: Eine Demonstration der Stabilität?.....	10
Waigels Credo: Verantwortlichkeit.....	11

Auslandsberichterstattung

Kanada: Wahlsieg der Konservativen. Mehrheit gegen Freihandel.....	12
Anzeige gegen den Freihandelsvertrag.....	13
Sowjetunion: Krach um Verfassungsänderung.....	13
Privatisierung: „Finanzplatz Britannien“.....	14
Pakistan: US-Interessen bleiben gesichert.....	14
Sharpeville Sechs: Todesstrafe umgewandelt.....	15
Türkei/Kurdistan: Die politischen Gefangenen kämpfen gegen Isolation und Folter.....	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
Argumente gegen Fraueneinsatz beim Bund.....	18
Die Grünen zur Gesundheitsreform.....	18
Die Lohndifferenzierung zwischen den Regionen wächst... ..	18
„Man will nicht wahrhaben ... , daß sie sich ausbreiten“... ..	18
WSI-Studie über niedrige Arbeitseinkommen.....	19
Junge Union: Kohl verlangt mehr Aggressivität.....	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
SKF: Löhne, Arbeitszeiten acht Monate nach dem Streik... ..	22
§ 129a-Prozesse: Verschärfte Gangart.....	22
Zunfthausprozeß: Wochenlange Prozeßtermine.....	23
Ausländerwahlrecht: Innenminister wiegelt ab.....	23
Alternative Liste Konstanz: Soziale Ansprüche statt Förderung des Kapitals.....	24
PWA-Konzern: Jahresarbeitszeit vorbereitet.....	25
Jungheinrich: Zustimmung zur Schicht erpreßt.....	25
CDU/FDP in Niedersachsen: „Das rechte Maß zwischen Traditionsbewahrung und Zukunftsorientierung“.....	26
Dr. Ernst Albrecht zur „Standortbestimmung“.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Türkei/Kurdistan: Solidaritätshungerstreik von Kurden in Freiburg.....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Ausstellung: 100 Jahre deutscher Rassismus.....	30
Militärgeschichte: Die Wehrmachtjustiz im Nationalsozialismus.....	32

Spezialberichte

USA: Ein Gespräch mit Morton Sobell über Gefängniswesen und politische Gefangene.....	34
Politische Gefangene in den USA.....	38

Grüne: Beschluß der Bundesversammlung

Nach den Auseinandersetzungen auf ihrer a.o. Bundesversammlung in Karlsruhe und dem Rücktritt ihres Bundesvorstandes teilten die Grünen auf einer Pressekonferenz am 5.12. folgenden Beschluß ihrer a.o. Bundesversammlung mit:

„Beschluß der a.o. Bundesversammlung in Karlsruhe zur Fortführung der Amtsgeschäfte des Bundesvorstandes.“

1. Die Bundesversammlung beauftragt die jetzigen und namentlich bekannten Mitglieder des Bundeshauptausschusses — ohne die Mitglieder des zurückgetretenen

stern und dem Bundesschatzmeister sowie je einem Basisvertreter pro Landesverband. Am 11.12. tagt der Bundeshauptausschuß in Bonn. Auf der Tagesordnung stehen u.a.: 1. Formalia. 2. Aufgaben und Kompetenzen des Bundeshauptausschusses und des zu wählenden kommissarischen Vorstandes. Weiterführung des allgemeinen Geschäftsbetriebs und bereits beschlossener politischer Projekte. Wahlen zum kommissarischen geschäftsführenden Bundesvorstand. Vorbereitung der nächsten Bundesversammlung. Die nächste Bundesversammlung der Grünen soll voraussichtlich Ende Februar/Anfang März stattfinden. — (rül)



Bundesvorstandes —, die Geschäfte des Bundesvorstandes kommissarisch bis zur nächsten Bundesversammlung wahrzunehmen.

2. Auf Vorschlag des Bundesfinanzrates wählt die Bundesversammlung in geheimer Wahl eine/n kommissarische/n Schatzmeister/in. Die/der Schatzmeister/in ist Teil des fünfköpfigen kommissarischen geschäftsführenden Vorstandes, den der Bundeshauptausschuß aus seiner Mitte wählt.“

Der Bundeshauptausschuß der Grünen setzt sich zusammen aus Delegierten der Landesverbände, die auf den Landesversammlungen gewählt werden. Die Zahl der Delegierten im Bundeshauptausschuß richtet sich nach der Mitgliederzahl des Landesverbandes. Der Bundesfinanzrat setzt sich zusammen aus den Landesschatzmei-

Stadtrat gegen Banken mit RSA-Geschäft

Der Stadtrat von Remscheid bestätigte am 14.11. seinen Beschluß, keine kommunalen Kreditgeschäfte mit Banken zu tätigen, die Südafrika-Geschäfte betreiben. Der Deutsche Städtetag wird zu ähnlichen Beschlüssen aufgefordert.

Zurückgewiesen wurde von der Stadtratsmehrheit von SPD und Grünen die Beanstandung des Beschlusses „als rechtswidrig“ durch den Remscheider Oberstadtdirektor, worin es heißt: „Die Beeinflussung der Geschäftspolitik der deutschen Banken gehört nicht in den örtlichen Wirkungskreis, und die Herstellung der Menschenrechte in Südafrika ... auch nicht ... (Bei) Einflüssen vom Boden der Bundesrepublik Deutschland ... handelt

es sich um auswärtige Angelegenheiten.“ Die Aufforderung an den Städtetag „dürfte eine unbillige Beeinträchtigung der betroffenen Banken zum Gegenstand haben.“ Als erste Konsequenz verweigerte der Remscheider Stadtrat die Verlängerung zweier Kredite in Höhe von sechs Millionen DM bei der Bayerischen Hypotheken- und Vereinsbank und schuldete diese auf die Bank für Gemeinwirtschaft um. Nach der erneuten Beschlußfassung muß jetzt das Regierungspräsidium Düsseldorf darüber entscheiden, ob die Stadt bestimmte Banken auf die „schwarze Liste“ setzen kann oder nicht. Das hat Bedeutung, da in weiteren zehn nordrhein-westfälischen Kommunen ähnliche Anträge vorliegen.

Quelle: TAZ, 15.11.88 — (rub)

VW: Tarifvertrag über Gleitzeit

Am 1. Januar 1989 tritt bei VW der Tarifvertrag über gleitende Arbeitszeit in Kraft, der zwischen den Verhandlungskommissionen von VW und der IG Metall-Bezirksleitung Hannover vereinbart wurde. Es ist der erste Tarifvertrag auf diesem Gebiet. Er ermöglicht die vielbeschworene „Arbeitszeitautonomie“ aus Sicht der IG Metall. Die Kapitalisten bewerten ihn zu Recht als Flexibilisierungserfolg. Kernstück des Vertrages: Normalschicht-Arbei-

tende haben eine regelmäßige Arbeitszeit von sieben Stunden und 24 Minuten täglich. Die Kernarbeitszeit beträgt sechs Stunden und beginnt 45 Minuten nach dem Beginn der Normalarbeitszeit. Die Gleitzeitspannen betragen eine Stunde und 30 Minuten vor und zwei Stunden nach der Kernarbeitszeit. Wenn es aus „betrieblichen Gründen“ erforderlich ist — darüber befindet die Geschäftsleitung — können einzelne Werksangehörige oder Gruppen von der gleitenden Regelung ausgenommen werden. Die Lage der sechsstündigen Kernarbeitszeit kann in den einzelnen Werken unterschiedlich festgesetzt werden. Schichtarbeiter, hauptsächlich an den Bändern beschäftigt, sind von der Gleitzeitregelung nicht betroffen, diese „käme für sie auch nicht in Frage.“

Wenn „besondere Gründe vorlägen, könnte aber durch Betriebsvereinbarung auch von diesem tarifvertraglichen System der Gleitzeitarbeit abgewichen werden; so könnte z.B. die Gleitzeitarbeit für bestimmte Tage aufgehoben oder verschoben werden.“ Am 1.12. vermeldet ebenfalls das „Handelsblatt“, die IG Metall strebe weitere Tarifverträge über Gleitzeitregelungen an. 1972 arbeiteten weniger als 6% aller Beschäftigten mit gleitender Arbeitszeit, 1988 sind es 12% der Lohnempfänger und 60% der Angestellten. — (mal)

Gesamtdeutsche Friedensfreunde

Während der Friedenswoche in Hannover stellte ein Arbeitskreis das Thesenpapier für „Blockentspannung durch aktive Deutschlandpolitik!“ vor. Der „Initiativkreis Friedensvertrag und Gesamteuropäische Friedensordnung“ warb. Die Botschaft der hannoverschen Gruppe: Linke Friedensfreunde müßten die vermeintlich „rechte Kröte“ Deutschlandpolitik schlucken, um den Frieden zu sichern. Der arme Michel in West und Ost könne nicht souverän friedlich abrüsten, solange Supermächte Vorrechte ausüben. Die schrittweise Kittung des geteilten Deutschlands versprache das Heraustreiben fremder Truppen und Waffen, Überwindung der Blockkonfrontation und „ewigen Frieden“. „Ziel der friedenspolitischen Bemühungen ist neben der Überwindung der Spaltung Europas in sicherheitspolitischer Hinsicht auch eine Annäherung auf wirtschaftlichem und menschenrechtlichem Gebiet.“ Die Grenzen sollen (zunächst) anerkannt werden, wachsende Zusammenarbeit vor allem in Abrüstungs-, Außen- und Umweltpolitik sollen die Grenzen immer unwichtiger machen. Konföderation und Staatenbund soll die Deutschen dann wieder zusammenbringen, einschließlich einer neuen

Wirtschaftsverfassung.

Vieles klingt nur „weltfremd“. Das scheinen andere Organisationen auch so zu sehen, denn mit 16 Teilnehmern blieb der Kreis weitgehend unter sich. Doch sie ackern zum Teil bei den Grünen und in der SPD für eine „gesamtdeutsche Bewegung von Unten“. Sie betreiben mit Förderung der „unabhängigen DDR-Friedensbewegung“ und Stellungnahmen gegen die DDR-Regierung alternativen Revanchismus. Mit ihrem Kampf gegen die behauptete „Fremdherrschaft“ decken sie das tatsächliche Treiben des BRD-Imperialismus.

Die „Linke Deutschland Diskussion“, an der sich der Kreis orientiert, ist 1987 als „getarnte Rechte“ aus der Antifa-Konferenz NRW ausgeschlossen worden. Die Volksfront Hannover forderte die Friedenswoche-Träger auf, den „Initiativkreis“ ebenfalls anzugreifen. — (AGJ/ard, mal)

Hungerstreiks für PKK-Kriegsgefangene

In mehreren Städten der BRD finden zur Zeit Hungerstreiks zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan statt — die Presse schweigt sich aus. Unter der Losung: „Unterstützung der Junta heißt Hinrichtung, Folter, Massaker“ beteiligten sich 12, dann 16 kurdische Angehörige und eine Westdeutsche an einem acht-tägigen Hungerstreik im Bremer Bürgerhaus Westerterrassen. Aus ihrer Erklärung: „... in dem Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk wird die türkische Republik von den USA und der BRD mit allen Mitteln unterstützt ... 14 kurdische PolitikerInnen werden ohne Vorwurf in den Gefängnissen der BRD festgehalten ... In Diyarbakir, Aydin, Eskisehir und anderswo traten tausende Kriegsgefangene aus der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) gegen den Entzug fundamentaler Rechte in den Hungerstreik.“ Zum Abschluß fand eine Veranstaltung statt mit einem Rechtsanwalt, kurdischer Folklore und Essen. Ca. 100 Menschen (vorwiegend Kurden) waren gekommen. — (AGJ, mal)



In über 50 Städten der BRD protestierten die in der ÖTV organisierten Seeleute gegen das geplante zweite Schiffsregister. Bei der Auftaktveranstaltung in Stuttgart (Bild) warf die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies der Bundesregierung vor, daß Seeleute mit ausländischem Wohnrecht nicht mehr nach dem westdeutschen Tarifrecht entlohnt werden sollen, sondern mit „billigen Heimatlöhnen abgespeist werden“. Ein großer Teil der Arbeitsplätze soll beseitigt werden. Voraussichtlich am 9. Dezember wird der Bundestag über das Zweitregistergesetz beraten. — (gba)

Aktuell in Bonn

FAP-Verbotsantrag?

Das NRW-Innenministerium wolle gemeinsam mit CDU-regierten Bundesländern beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der faschistischen FAP nach Art. 18 GG (Parteienverbot) einreichen, meldet „Der Spiegel“ am 5.12. Das NRW-Innenministerium dementiert: Am 6.10. habe die Innenministerkonferenz ihren „Arbeitskreis 4“ (Innere Sicherheit) angewiesen, Voten aller Bundesländer zu einem evtl. Verbotsverfahren gegen die FAP einzuholen. Diese könnten frühestens bis zur nächsten IMK im April 1989 vorliegen. Dann solle das Bundesinnenministerium gebeten werden, unter Berücksichtigung dieser Voten und nach Anhörung des Bundesamtes für Verfassungsschutz einen neuen Bericht über „Erfolgsaussichten und Zweckmäßigkeit“ eines Verbotsverfahrens zu erstellen. Dann will man weitersehen.

Parteiengesetz

Der CDU/CSU/FDP/SPD-Gesetzentwurf zur Parteienfinanzierung sieht u.a. vor, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden auf einen Höchstbetrag von 60 000 Mark festzuschreiben, die Publizitätspflicht erst ab 40 000 Mark-Spenden (und nicht wie bisher ab 20 000) einzusetzen zu lassen und einen Grundbetrag für alle an den Bundestagswahlen beteiligten Parteien, die mehr als 2,5 Prozent der Zweitstimmen erreichen, einzuführen. Am 21. November war Expertenanhörung — die Meinungen: von „verfassungswidrig“ bis „nicht insgesamt verfassungskonform“.

Wohnungsnot

Ein Wohnungsbestand von etwa einer Million weniger Wohnungen als erwartet sei eines der Ergebnisse der Volkszählung 1987, verkündete Anfang Dezember Bundesinnenminister Zimmermann. Sofort von Wohnungsbaugenossenschaften, Städtetagen und anderen vortragene Forderungen nach einer Neuaufnahme des sozialen Wohnungsbaus lehnte Bauminister Schneider am nächsten Tag ab. Vorrangiges Ziel müsse sein, private Anleger für mehr Wohnungsbau zu gewinnen. Der Minister befürwortet also weitere Mieterhöhungen.

Gesundheits„reform“

Mit 240 Stimmen der Regierungsfractionen und gegen 208 Stimmen von SPD und Grünen wurde die Gesundheits„reform“ am 25. November im Bundestag verabschiedet, die Änderungsanträge der Opposition abgelehnt — sogar der SPD-Antrag, den Fakt festzustellen, daß der „Solidarbeitrag“ der Pharmaindustrie nicht erbracht worden ist. 14 Milliarden werden gespart — durch Leistungskürzungen zu Lasten der Versicherten.

IGM-Petition abgelehnt

Der Vorstand der IG Metall hatte in einer Petition (190 000 Unterschriften) die soziale Neuordnung der Stahlindustrie, den Ausbau der Montanmitbestimmung und die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert. Am 23.11. befaßte sich der Petitionsausschuß mit der Eingabe. Vertreter des IGM-Vorstands bezeichneten in Bonn die Petition auch als Beschwerde über die Untätigkeit der Bundesregierung angesichts der Lage. Die Mehrheit des Petitionsausschusses lehnte es — gegen den Antrag der SPD

— ab, die Petenten zu hören (es bestehe „kein Aufklärungsbedarf“). Trotz „großem Verständnis“ für das Anliegen, wurde die Petition „als Material“ an die Regierung verwiesen — nicht „zur Berücksichtigung“, wie die SPD beantragte.

Haushalt 1989

Mit 290,3 Milliarden DM Gesamtausgaben, d.h. mit einem Anstieg von 5,4 Prozent gegenüber 275,1 Milliarden 1988, schließt der BRD-Haushalt 1989 ab, bei 27,9 Milliarden DM Neuverschuldung. Dies wurde am 24.11. im Bundestag gegen die Stimmen der Oppositionsparteien beschlossen. Die ausgewiesenen „Verteidigungs“-Ausgaben betragen ca. 54 Milliarden DM bzw. 18,4 Prozent der Gesamtausgaben. Zugleich mit der Verabschiedung des Haushalts wurde eine Erhöhung der Verbrauchssteuern verabschiedet und ein Antrag zur Streichung der Steuerbefreiung für Sportflieger abgelehnt.

Betr.-Verf.- und AFG-Novelle

Am 1.12. verabschiedeten CDU/CSU und FDP die Betriebsverfassungsgesetz-Novelle: Sprecherausschüsse für „leitende Angestellte“ und Stärkung von „Minderheiten“ zulasten der DGB-Gewerkschaften und eine für die Betriebs- und Personalräte ungünstigere Kostenregelung bei Verfahren vor der Einigungsstelle treten damit zum 1.1.1989 in Kraft. Einen Tag später folgte die 9. AFG-Novelle: Rechtsansprüche von Lohnabhängigen auf berufliche Weiterbildung und Umschulung werden ebenfalls zum 1.1.89 weiter eingeschränkt, Einarbeitungszuschüsse und ABM-Zahlungen verringert, die bisherige Vorruhestandsregelung durch eine schlechtere „Altersteilzeit“ ersetzt.

Was kommt demnächst?

Am 7. Dezember tagt im Bundeskanzleramt die von Kohl initiierte „EG-Konferenz“ aus Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Kapitalisten. Am 8.12. führen die Arbeitgeberverbände ihre Jahrestagung durch. Entweder am gleichen Tag oder einen Tag später soll der Bundestag über die Anhebung des Kohlepfennigs beschließen — Strompreiserhöhungen werden die Folge sein. Am 9.12. werden im Bundestag die neuen Minister Frau Prof. Lehr (CDU) und Haussmann (FDP) vereidigt, am gleichen Tag soll das Gesetz über die Einrichtung eines zweiten (Billigstlohn)-Schiffahrtsregisters verabschiedet werden. Am 10.12. berät die FDP auf einem Sonderparteitag über ihre Energiepolitik. Vom 12.12. bis 15.01.89 dauert die Weihnachtspause des Bundestags. Am 16.12. tagt der Bundesrat zum letzten Mal in diesem Jahr. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Verabschiedung des Haushalts 1989, der Gesundheitsreform, der Betriebsverfassungsgesetz- und AFG-Novelle u.a.



„Langzeitarbeitslose“ sollten nach Ansicht des CDA-Sprechers Scharrenbroich unter Tariflohn eingestellt werden können. Die Arbeitslosenversicherung solle die Differenz zwischen Einstiegs- und Tariflohn zahlen, verlangte er am 26.11. Durch solche Vorstöße aus CDA-Kreisen ermutigt, setzte eine Woche später die FDP nach: Ihr Sprecher Grünbeck forderte, Tarifverträge durch Vereinbarungen auf Betriebsebene „zu ersetzen“. Allein das Handwerk werde 500 000 Arbeitslose unter Tariflohn einstellen.

Haushaltsdebatte im Bundestag

Blüm: „... daß der Gesetzgeber zur Wochenarbeitszeit ... nichts sagen sollte“

Vom 22. bis 24. November beriet der Deutsche Bundestag abschließend über den Bundeshaushalt 1989. In der bürgerlichen Presse ist darüber erstaunlich oberflächlich berichtet worden. Lediglich Kohls Vorwürfe an die SPD, sie betreibe „Volksverhetzung“ gegen die Gesundheitsreform, und die Lobesreden zugunsten der zur Bundestagspräsidentin aufsteigenden Prof. Süßmuth schienen von Bedeutung. Tatsächlich dokumentiert das inzwischen schriftlich vorliegende Protokoll, daß die Regierungskoalition ihre Angriffe auf die Lohnabhängigen noch ein-

mal deutlich verschärfen will. Die SPD, die — koste es, was es wolle — um eine Annäherung an die FDP bemüht ist, leistet dem keinerlei Widerstand, und auch bei den Grünen gewinnen, wahrscheinlich beeinflusst durch die ständigen Erfolgsmeldungen der Kapitalisten von der Wirtschaftsfront und die politischen Erfolge des Kabinetts zum Beispiel mit dem „Aussiedlerboom“, reaktionäre Positionen weiter an Boden. Der Widerstand gegen diese Regierung findet im Parlament im Augenblick keinerlei Unterstützung.

Außenpolitik und Export: Viel Zustimmung

In mehrfacher Hinsicht typisch für die gesamte Debatte war der Verlauf der außenpolitischen Diskussion. Weder SPD noch Grüne kritisierten auch nur ansatzweise den *Wirtschaftsexpansionismus der Kapitalisten*. Die SPD ist nur noch bemüht, sich der FDP anzunähern und mit dieser, koste es, was es wolle, auch in wirtschaftspolitischen Fragen wieder zu einer Übereinstimmung zu kommen. Kritik am Expansionismus der großen Konzerne verbietet sich da von selbst. SPD-Sprecher Vogel kritisierte stattdessen die USA: „Kein Volk kann auf die Dauer so über seine Verhältnisse leben, wie unsere amerikanischen Freunde das seit langem tun.“ Daß mit solcher Propaganda die sowieso geringe Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen westdeutschen und US-Gewerkschaften weiter untergraben wird, ist ein von seiten des SPD-Vorstands gewollter eigener Beitrag zur Förderung der Expansion westdeutscher Konzerne. Aber auch die Grünen rafften sich in der gesamten Debatte an keiner Stelle zu einer Kritik dieses Expansionismus auf. Selbst das Thema Schuldenstreichung scheint als Kritik an der Regierung schon wieder „out“. Diese Kritiklosigkeit im Grundsatz gegeben, schwankten die Positionen der Grünen dann im einzelnen zwischen folgenloser Einzelkritik und direkt reaktionären „Gegenvorschlägen“.

So konnte Kanzler Kohl ohne Widerspruch von SPD und Grünen in seiner Rede den *Beitritt Spaniens und Portugals in die WEU* und damit die weitere Ausdehnung dieses westeuropäischen Militärpakts als Erfolg der Regierung anführen und ankündigen, die NATO werde im nächsten Sommer aus Anlaß ihres 40-jährigen Jubiläums auf einem Gipfeltreffen ein neues „Abrüstungskonzept“ beschließen.

Bei der weiteren Förderung des *Aussiedlerbooms* kann die Regierung sich inzwischen auch sozialdemokratischer Unterstützung sicher sein. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Dregger bedankte

sich bei Vogel ausdrücklich, daß dieser sich noch einmal von der Kritik Lafontaines an der Aussiedlerpolitik der Regierung distanziert habe. SPD-Sprecher Jungmann sicherte Kohl dann zu: „Ich stimme Ihnen in dem zu, Herr Bundeskanzler, was Sie über die deutschstämmigen Bürger in der Sowjetunion ... gesagt haben ... Wenn sie meinen, unter den derzeitigen Bedingungen dort nicht mehr leben zu können, dann neh-

Der Grüne Abgeordnete Dr. Lippelt aus Hannover verstieg sich schließlich zu folgender außenpolitischer „Kritik“ an der Regierung: „Erinnern wir uns, daß das am meisten ins Auge fallende Ergebnis des Gemeinsamen Marktes in seiner bisherigen Form die Steigerung der Agrarproduktion zu einer Überversorgung des Marktes ist; erinnern wir uns, daß die Agrarländer Osteuropas historisch in Deutschland auch einen Ab-

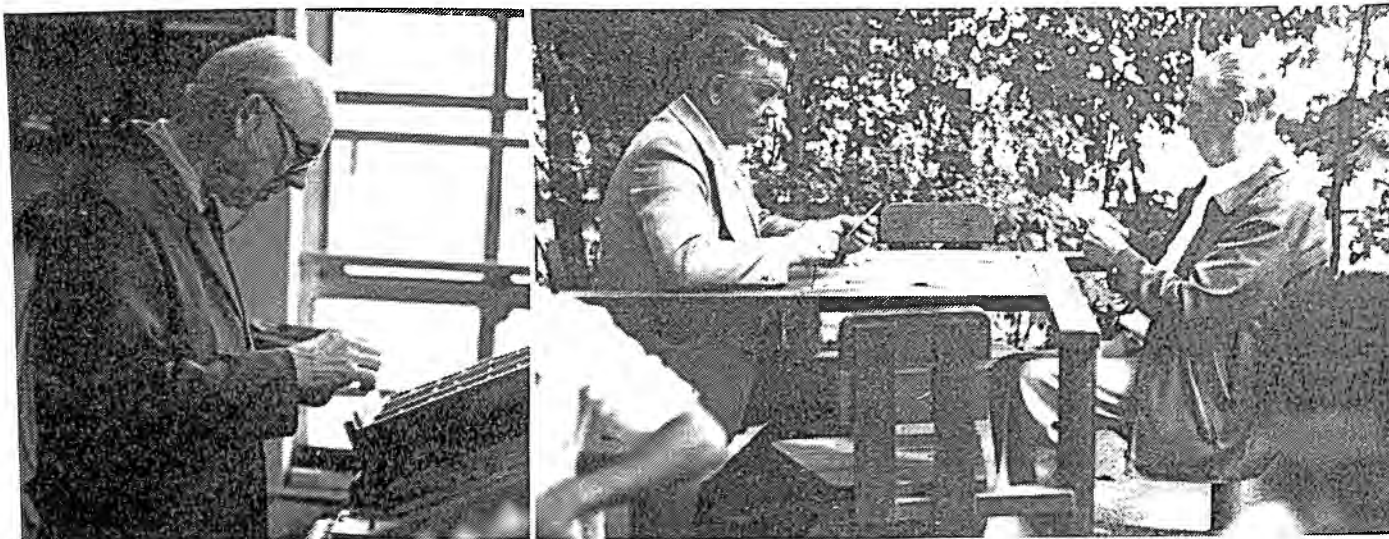


Bundesinnenminister Zimmermann konnte es sich leisten, an der Beratung des Innenetats überhaupt nicht teilzunehmen. Für ihn berichtete Staatssekretär Waffenschmitt über den geplanten Ausbau der „inneren Sicherheit“. Der fraktionslose Abgeordnete Wüppesahl enthüllte bei dieser Debatte, daß allein in der BKA-Datei „APIS“ 70 000 „staatsgefährdende Personen“ gespeichert sind.

men wir Sozialdemokraten sie genauso wie Sie als Union mit offenen Armen auf. Darin lassen wir uns von Ihnen nicht übertreffen.“

Bei der *Türkeihilfe* wies ein Sprecher der Grünen zwar darauf hin, daß im Etat des Auswärtigen Amtes der Anteil für Rüstungshilfe ständig steigt und inzwischen 12% des Etats ausmacht, ein Sprecher der SPD kritisierte, daß sämtliche Leo-1-Panzer einer Division in Sigmaeringen an die Türkei abgegeben werden. Weder SPD noch Grüne zogen daraus aber den Schluß, eine Beendigung der Türkei-Hilfe-Programme zu fordern.

satzmarkt für ihre Produkte gefunden hatten. Wer nun die Finanz-, Verschuldungs- und Modernisierungsprobleme der osteuropäischen Wirtschaften kennt, wer dazu berücksichtigt, daß die historischen Möglichkeiten des Gebietes gerade durch Entwicklungen nach 1945 abgeschnitten worden sind, der wird zweifeln über die Selbstgerechtigkeit, mit der man hier meint unbekümmert weiter westintegrationistische Politik fortsetzen zu können ... Die Idee, Polen und andere osteuropäische Staaten wieder zu Kornkammern, Rüben-, Gänse- und Kartoffellieferanten des Westens



Bei der Rentenreform sei die Anhebung des Rentenalters unverzichtbar, verkündeten Sprecher der Regierungsparteien in der Haushaltsdebatte. Blüm ergänzte, von einer verbreiteten Altersarmut unter Rentnern könne keine Rede sein: „Ich sage, es gab unter Rentnern noch nie so viel Wohlstand wie im Jahre 1988.“

zu machen und sie damit genau in die halbkoloniale Abhängigkeit zurückzuwerfen, aus der sich diese Staaten nach 1945 endlich befreit haben, ist äußerst reaktionär und knüpft direkt an preußisch-großdeutsche Kolonialmodelle einer „europäischen Arbeitsteilung“ an.

AZO: Blüm inzwischen für Aufhebung aller Schranken

Während so die Bundesregierung in der Außenpolitik ihre Expansionsvorhaben weitgehend ungestört, wenn nicht sogar mit direkter Unterstützung der Opposition entwickeln und weiterverfolgen kann, plant sie in der Arbeits- und Sozialpolitik eine weitere Isolierung und Entrechtung der Gewerkschaften. Wie weit diese Pläne gehen, ließ Arbeitsminister Blüm erkennen. Nachdem er zunächst die Arbeitszeitmodelle der Kapitalisten, wie Einführung von 9-Stunden-Schichten, unterstützte, erläuterte er dann auf eine Zwischenfrage der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs, welche Aufgaben die neue Arbeitszeitordnung nach seinen jüngsten Plänen nur noch haben solle: „Ich glaube — und im Hinblick darauf wird die Arbeitszeitordnung noch verbessert werden — daß der Gesetzgeber zur Wochenarbeitszeit überhaupt nichts sagen sollte, daß wir das den Tarifpartnern überlassen sollten. (Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD) — Nein, ich stelle mir sogar vor, daß die Gewerkschaften in Zukunft möglicherweise Jahresarbeitszeiten vereinbaren und daß die Betriebspartner das nach ihrem Bedarf maßschneidern. Warum soll denn ein Maurer, wenn die Sonne scheint, die gleiche Wochenarbeitszeit wie im Winter haben, wenn er sich die Finger blau friert? Das ist doch einfalllos. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) Ich glaube, daß die Arbeitszeitordnung den Tarifpartnern mehr Freiheit geben muß . . . daß darin stehen muß, wie groß die Pausen zwischen zwei Arbeitszeiten sein müssen — das ist

Gesundheitsschutz — und wann unbedingt eine Pause innerhalb der Arbeitszeit sein muß. Das ist die Aufgabe der Arbeitszeitordnung.“ (Hervorhebung v. d. Red.)

Blüm kündigt damit eine Überarbeitung der gegenwärtig noch im Parlament liegenden AZO-Novelle an, die selbst die minimalen Schranken dieser Novelle noch aufheben will. Wenn die Koalition dieses Vorhaben wörtlich so ausführt, wie von Blüm angekündigt, dann werden den Kapitalisten schon bald eine Lage schaffen können, bei denen ihnen weder bei der täglichen noch bei der wöchentlichen noch bei der monatlichen oder jährlichen Arbeitszeit irgendwelche Schranken im Wege stehen. Der gesetzliche Schutz gegen ruinöse Überarbeit soll komplett beseitigt werden. Die Ungeheuerlichkeit dieses Vorhabens erklärt nachträglich die heftigen Einwürfe Kohls an die Adresse der Gewerkschaften in den letzten Wochen ebenso wie die Eile, mit der die Koalition wenige Tage nach dieser Debatte die Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz verabschiedete und in Kraft setzte. Die günstige Geschäftslage der Kapitalisten soll offensichtlich genutzt werden, um die rechtliche Stellung von Gewerkschaften und Lohnabhängigen einschneidend zu schwächen und ihre Widerstandskraft gegen die Kapitalisten durch x-erlei Spaltungen innerhalb und zwischen den Belegschaften zu lähmen. Am Ende droht vor allem Lohnabhängigen in gedrückten Positionen, mit niedrigen Löhnen und in sogenannten „wachstumsschwachen“ Gebieten oder Branchen Überarbeit bis ins Grab. Die geplante Anhebung des Rentenalters und die schon beschlossene Aufhebung des Vorruhestands tragen dazu zusätzlich bei. Daß die gewerkschaftliche Gegenwehr in diesem Punkt von keiner einzigen Partei im Parlament ernsthafte Unterstützung erwarten kann, dokumentierten auch die Grünen. Ihr Sprecher Kleintert unterstützte gleich zu Beginn der

Haushaltsdebatte ausdrücklich die Positionen Oskar Lafontaines zur Arbeitszeitverkürzung und nahm dafür auch noch grüne Urheberrechte in Anspruch: „Wer politisch wirksam Massenerwerbslosigkeit bekämpfen will, der muß für radikale Arbeitszeitverkürzungen eintreten. Dazu gibt es keine Alternative. Daß dabei differenzierte Lohnausgleichsmodelle notwendig sind, haben die GRÜNEN in ihrem Sindelfinger Wirtschaftsprogramm schon 1983 vorgeschlagen . . . manche seiner unbequemen Wahrheiten an die Adresse der Gewerkschaften (sind) für mich nicht das Problem, das man mit den jüngsten Überlegungen von Oskar Lafontaine haben muß . . .“

Schwule, Lesben:

Antrag der Grünen verboten

Mit welcher Unverfrorenheit die Koalitionsparteien dabei inzwischen auch im Parlament Kritik an ihrer Politik unterdrücken, dokumentierte ein Vorfall bei der Debatte über den Etat des Familienministeriums. Ein Antrag der Grünen, im Bundesfamilienministerium je ein Schwulen- und Lesbenreferat einzurichten und mit Mitteln auszustatten, wurde vom Ältestenrat des Bundestags mit Zustimmung der SPD gar nicht erst als Antrag zugelassen. Begründung: Man lasse die Verwendung dieser Begriffe im Bundestag nicht zu. Als die Grünen daraufhin ihren nicht gedruckten Antrag schriftlich vorlasen und im Parlament die Zulassung des Antrags beantragten, lehnten CDU, CSU, FDP und SPD gemeinschaftlich auch im Plenum des Bundestags die Zulassung dieses Antrags ab. Damit maßen Sie sich nach der schon fast traditionellen Ausschließung der Grünen aus dem Kontrollausschuß über die Geheimdienste nunmehr auch das Recht an, die Anträge der Grünen zu zensurieren.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Protokoll vom 23.11, 24.11. und 25.11. — (rül)

Sicherheitsgesetze Spitzeldaten an die Betriebe?

Die FDP hat auf ihrer Präsidiumssitzung am 28.11. ihre Bedenken zu dem Gesetzespaket zum Bundesdatenschutz, Verwaltungsverfahrensgesetz, Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst geäußert und dies der CDU mitgeteilt. An den Gesetzesentwürfen ist besonders empörend, daß der Verfassungsschutz in Zukunft auch Daten an Betriebe und an das Ausland, z.B. die Türkei, abgeben darf. Die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz wird immer weiter aufgehoben, die Polizei betreibt auch „Nachrichtenbeschaffung“. Durch die gemeinsame Eingabe und Benützung von Daten ist diese Trennung von Polizei und Verfassungsschutz faktisch aufgehoben. (1)

Der FDP Abgeordnete Hirsch erwähnte zwar am 23.11. während der Haushaltsdebatte über das Innenministerium die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz, machte aber keine inhaltlichen Ausführungen. Im neuen FDP-Präsidiums-Papier erhebt die FDP keine grundsätzlichen Einwände gegen die Sicherheitsgesetze, sondern bemüht sich, das Gesetzeswerk geschmeidiger zu machen. Die FDP hätte deshalb auch die „Informationsübermittlung an ausländische Stellen“ für „erörterungsbedürftig“, aber nicht für kritikbedürftig! Sie tritt für eine „klare Begrenzung für die Erhebung, Speicherung und Nutzung von Informationen über Personen, die selbst nicht extremistischer Bestrebungen oder sicherheitsgefährdender bzw. geheimdienstlicher Tätigkeit verdächtig sind“, ein. (2)

Damit steht sogar gesetzlich fest, daß auch in Zukunft über alle möglichen Leute, Gewerkschafter, Sozialdemokraten u.a. (bei Kommunisten ist das bereits eine Art polizeiliche Pflicht) Daten erhoben werden dürfen. Was nutzen Begrenzungen, wenn die Daten einmal erhoben sind, die Leute davon nichts wissen und zum Datenabgleich eingegeben werden? Eine Begrenzung wird es auch nicht geben, denn wenn der Datenabgleich und die Ermittlung engmaschig sein soll, brauchen der Verfassungsschutz und die Polizei viele Daten.

Der Verfassungsschutz soll in Zukunft die rechtlichen Möglichkeiten haben, Informationen an Betriebe und ins Ausland weiter zu geben. Gemacht hat dies der Verfassungsschutz bisher auch schon, Beispiele von Mannesmann und Siemens, aus der Verfolgung von Türken und Kurden wurden bekannt, aber in Zukunft soll dies eine gesetzliche Regel werden. Lediglich für BND und MAD, aber nicht für den Verfassungsschutz regt die FDP eine „Gleichstellung der Nachrichtendienste und der Polizei im Rahmen der Regelung der Auskunftver-

pflichtung und der Pflicht zur Begründung der Auskunftsverweigerung“ an. Ob damit das Ziel der FDP aufgeht, „Verfassungsschutz damit endlich aus dem Geruch des Geheimnisvollen, des Mystischen herauszuholen“, wie sich der Abgeordnete Hirsch ausdrückte, bleibt zu bezweifeln. (3)

Die SPD lehnte in der Haushaltsdebatte am 23.11. „neue gesetzliche Regelungen“ nicht grundsätzlich ab. Sie will, daß sie sich am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 orientieren.

Die politische Opposition wird am 9./10.12. auf einem bundesweiten Kongreß in Köln „Freiheit stirbt mit ‚Sicherheit‘“ über die Sicherheitsgesetze in zehn Arbeitskreisen und fünf Foren beraten.

Quellenhinweis: (1) Neue Sicherheitsgesetze, in 8. Landeskonferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen NRW, Dezember 1987; (2) FDP-Pressedienst Ausgabe 313 v. 30. 11.88; (3) Deutscher Bundestag, Stenogr. Bericht vom 23.11.1988, S. 7666 ff. — (jöd)

Politische Gefangene Freilassung für Günter Sonnenberg!

Der Gefangene aus der RAF, Günter Sonnenberg, wird seit 1977 in Isolationshaft gehalten, obwohl er schwer krank ist. Er ist zu lebenslänglicher Haft



Günter Sonnenberg bei der Festnahme, zusammen mit Verena Becker, die ebenfalls durch die Polizei verletzt wurde.

verurteilt. Seine Haftbedingungen lassen befürchten, daß er nicht alt werden wird. Die Behandlung seiner Krankheit — er leidet noch immer unter den Folgen des Kopfschusses, mit dem ihm die Polizei bei der Festnahme im Mai 1977 verletzte — ist äußerst unzureichend. Die Anstaltsleitung hat bisher nur zweimal innerhalb von elf Jahren — 1985 und 1988 — die Untersuchung durch einen Arzt zugelassen, der das Vertrauen von Günter Sonnenberg hatte. Um epileptische Anfälle zu vermeiden, bei denen jedesmal ein Teil der Gehirnzellen absterben.

ist er gezwungen, ein Medikament mit gravierenden Nebenwirkungen einzunehmen. Dieses Medikament will er absetzen, er hat bereits damit begonnen. Zur Vermeidung von epileptischen Anfällen in der Absetzphase ist allerdings unbedingt zu vermeiden, daß G. Sonnenberg allein ist — in der Isolationshaft ein Dauerzustand.

Der Anwalt von G. Sonnenberg teilte in einer Presseerklärung mit:

„Es ist bekannt, daß mein Mandant bei seiner Festnahme vor über elf Jahren durch Schüsse in den Kopf derart verletzt wurde, daß die Folgen bis heute nicht behoben sind und eine Rekonstruktion seiner Gesundheit unter den bestehenden Isolationshaftbedingungen nicht möglich ist.“

Die Notwendigkeit einer Freilassung von Günter Sonnenberg wird von immer mehr Menschen erkannt und öffentlich gefordert ...

Die neurologische Nachuntersuchung vom 22.8.88 hat ergeben, daß mein Mandant das Antiepileptikum ‚Rivotril‘, das er seit nunmehr über elf Jahren einnehmen mußte und welches gravierende Nebenwirkungen hat, absetzen kann und soll. Ich habe daraufhin die Anstaltsleitung persönlich über das Untersuchungsergebnis unterrichtet und den Antrag gestellt, die notwendigen Bedingungen zum Absetzen zu schaffen. Dies beinhaltet vor allem, der Gefahr eines epileptischen Anfalls zu Beginn der Absetzphase dadurch zu begegnen, daß Günter Sonnenberg mit einer Vertrauensperson in einem Haftraum zusammengelegt wird. Diese Vertrauensperson ist Roland Mayer, ebenfalls Gefangener aus der RAF, und seit Jahren in Bruchsal inhaftiert.

Die Anstalt hat den Antrag abgelehnt und verweigert damit meinem Mandanten den notwendigen Schutz.“

Die Anstaltsleitung kalkuliert mit der Ablehnung eine Verschärfung der Erkrankung mit allen möglichen Folgen ein.

Quellenhinweis: Presseerklärungen von Rechtsanwalt G. Klusmeyer v. 14.9.87, 20.11.87 und 21.11.88 — (uld)

Stahlkonferenz Stahlkampf Modell für andere?

„Steinkühler gegen Lohnnachschnägel“, so lautete die Schlagzeile der „WAZ“ zur Stahlkonferenz der IG Metall am 23.11.1988 in Mülheim. Der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler sprach sich dabei gegen Nachschlags-Forderungen aus, um den „beschäftigungspolitischen Spielraum“, den der Stahlboom bringt, nicht zu gefährden. Damit fiel er den Gewerkschafts-Gremien und Betriebsräten, die solche Forderungen erheben, direkt in den Rücken.

Rund 500 Vertreter von Vertrauens-

körpern, Betriebsräten und Verwaltungsstellen beteiligten sich an der Stahlkonferenz. Die Konferenz sollte die Auseinandersetzungen der letzten Zeit aufarbeiten, u.a. den Kampf gegen die Stilllegung von Krupp-Rheinhausen, und „Perspektiven für die Zukunft“ weisen. Überprüfbare Beschlüsse waren nicht beabsichtigt und auch nicht Ergebnis der Konferenz.

Obwohl die IG Metall in der Stahlindustrie in den letzten Jahren an wichtigen Punkten zurückstecken mußte, vermied es der IG Metall-Vorstand auffällig, das Wort Niederlage auch nur in den Mund zu nehmen. Die Stahlkapitalisten konnten ihre Rationalisierungs- und Stilllegungsprogramme weitgehend durchsetzen. Sie konnten die Stahl-Löhne von den Metall-Löhnen abkoppeln, Sozialpläne kürzen, die Spaltung der Belegschaften durch Leiharbeiter- und Fremdfirmeneinsatz vorantreiben, die Arbeitsintensität steigern und die Schichtarbeit noch ausweiten.

Dies alles war für den IG Metall-Vorstand kein Thema. Steinkühler sah bei

den Konzernen und in der Politik „Bewegung“ und führte dies auf erfolgreiche Arbeit der IG Metall zurück. Als Beleg nannte er vor allem drei Punkte: Die „Frankfurter Vereinbarung“ vom Juni 1987, in der die Kapitalisten der IG Metall als Gegenleistung für die Zustimmung zum Abbau von 20000 Stahlarbeitern Ersatzarbeitsplätze zusicherten, die Zusagen der Bundes- und Landesregierungen für Gelder zur Umstrukturierung der Stahlregionen und die Entwicklung von Beschäftigungs-Konzepten durch die IG Metall. Die Auseinandersetzung im Stahlbereich hat für Steinkühler „Modellcharakter“ für die gewerkschaftliche Strategiediskussion.

Wie sehr sich die IG Metall tatsächlich in der Defensive befindet, wird gerade an der Nachschlagsdiskussion deutlich. Steinkühler führte dazu aus: „Hier ist die Stelle, an denen wir jenen das bessere Beispiel vorzuführen haben, die einen Keil zwischen sogenannte Arbeitsplatzbesitzer und reale Arbeitslose treiben wollen.“ Redner auf der Konferenz kritisierten dies zu Recht als Zugeständnis

an die Propaganda der Kapitalisten, „Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze“, der die IG Metall bisher entgegentrat. Die Gefahr, daß den Belegschaften vom derzeitigen Stahlboom nichts bleibt als verstärkte Mehrarbeit, ist groß.

Bedenklich ist, daß die Tarifpolitik bei den Überlegungen des IG Metall-Vorstands keine Rolle spielt. Ein Antrag der Duisburger Vertrauensleutekonferenz, in dem Aktivitäten für einen tariflichen Rationalisierungsschutz verlangt werden, wurde nicht abgestimmt. In dem Antrag geht es um die branchenweite Verbesserung des Kündigungsschutzes, das Verbot von Leiharbeit, die Festbeschreibung der bisher nur betrieblich geregelten Frühverrentung mit 55 Jahren und der Sozialpläne, Verdienstsicherung bei Umsetzungen und die Einschränkung von Mehrarbeit.

Solche tarifpolitischen Forderungen könnten durchaus ein Beitrag sein zur Herstellung der Handlungsfähigkeit der IG Metall im Stahlbereich.

Quellenhinweis: Material der Stahlkonferenz; WAZ u. UZ 24.11. — (wof)

Sozialversicherungsausweis

Arbeitsbuch in neuer Form

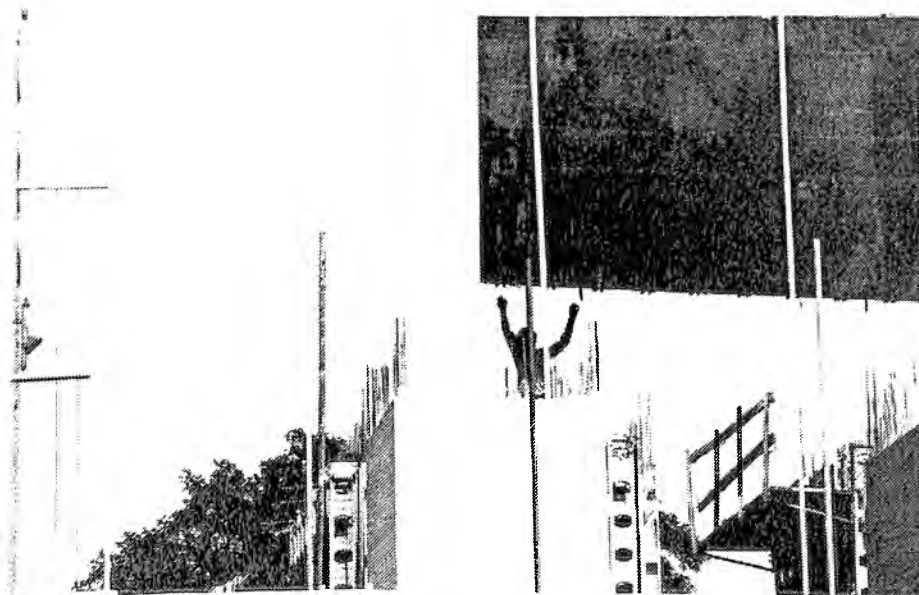
Die Bundesregierung hat im Mai ein „Gesetz zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises und zur Änderung anderer Sozialgesetze“ im Bundestag eingebracht. Begründung: „Mit dem Gesetzentwurf will die Bundesregierung die in der Vergangenheit bereits ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch erweitern sowie der mißbräuchlichen Ausnutzung der Geringfügigkeits-

grenze entgegentreten.“ Die Medien stellten dies populärer dar als Kampf gegen Sozialversicherungsschmarotzer und Schwarzarbeit. Ende August hat der Bundestag in zweiter Lesung die Verschärfungsvorschläge des Bundesrats z.T. übernommen. Die Sache ist also schon weit gediehen; dennoch gibt es kaum gewerkschaftliche oder politische Kritik. Das ist ein Fehler.

Mit dem Sozialversicherungsausweis

wird jeder erfaßt, der gegen Entlohnung arbeitet, und sei es kurzfristig oder zu geringster Entlohnung, auch wenn er nicht rentenversichert ist. Die angeblich fälschungssichere Plastikkarte wird von der Rentenversicherung ausgestellt und enthält den Vor-, Familien- und Geburtsnamen sowie die Versicherungsnummer. Der Bundesrat will zusätzlich ein Lichtbild, „um durch die Erleichterung der Identifizierung die Kontrolltätigkeit effizienter zu gestalten“ und „um die mißbräuchliche Benutzung des Sozialversicherungsausweises zu vermeiden“.

Jeder Beschäftigte muß bei Antritt einer Arbeitsstelle diese Plastikkarte dem Arbeitgeber vorlegen. Bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll der Arbeitgeber die Hinterlegung des Sozialversicherungsausweises verlangen. Auch hier wünscht der Bundesrat eine Verschärfung: „Kommt der Leistungsempfänger der Aufforderung zur Hinterlegung nicht nach, kann der Arbeitgeber die Lohn- und Gehaltsfortzahlung verweigern.“ Hinterlegt werden muß der Sozialversicherungsausweis auch beim Arbeitsamt bei Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe, Übergangs- oder Unterhaltsgeld bei Umschulungen, Weiterbildung und Rehabilitation; beim Sozialamt bei Hilfe zum Lebensunterhalt; bei den Unfallversicherungen (z.B. der Berufsgenossenschaft) bei Gewährung von Verletztengeld oder Rente. In Wirtschaftszweigen, in denen nach Auffassung der Bundesregierung besonders häufig illegale Beschäftigung vorkommt, müssen die Beschäftigten diesen Ausweis ständig bei sich tragen, um ihn bei Kontrollen von Behörden vorzuweisen. Das sind gegenwärtig das Schausteller-, Messe- und Ausstellungsgewerbe sowie die Gebäudereinigung. Per Verordnung



Unter Anderem soll sich der neue Sozialversicherungsausweis gegen die Schwarzarbeit am Bau auswirken.

Das System der Sozialen Sicherheit in den USA

1940 wurden in den USA zum ersten Mal Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ausgezahlt. Ein Bundesgesetz zur sozialen Sicherheit war 1935 verabschiedet worden. Millionen Arbeitslose und Arme, eine Folge der großen Depression, die mit dem Börsenkrach von 1929 begann, machten klar, daß die bisherige Ablehnung einer staatlichen Alters-, Armen- und Krankenunterstützung nicht mehr zu halten war. Man konnte der Masse der Bevölkerung offiziell nicht länger vorwerfen, es sei ihr eigenes Verschulden und mangelnde Vorsorge, wenn sie im Alter oder durch Krankheit in Not gerate.

Kern der Gesetze zur Sozialen Sicherheit ist die beitragsbezogene Alters- und Hinterbliebenenrente, die 1960 auf Arbeitsunfähigkeit erweitert wurde. Erst 1965 wurde nach mehreren Ablehnungen im US-Kongreß eine Krankenversicherung für Leute über 65 Jahre geschaffen. Dieser Teil der sozialen Absicherung wird von der Bundesregierung durchgeführt. Die ebenfalls 1935 eingeführte Arbeitslosenversicherung wird auch heute noch von den Einzelstaaten verwaltet.

Zu Beginn konnten lediglich 20% der arbeitenden Bevölkerung von der Sozialversicherung Gebrauch machen. Nur Betriebe in Industrie und Handel und nur ab einer bestimmten Größe wurden von dem Gesetz erfaßt. Die Beiträge müssen hälftig von den Arbei-

tenden und den Kapitalisten als Steuern aufgebracht werden. Anfang der 50er Jahre wurde der Kreis der Versicherten auf regelmäßig beschäftigte Landarbeiter, Büro- und Hausangestellte erweitert. Auch kleine Selbständige konnten der staatlichen Sozialversicherung beitreten. Mitte der 70er Jahre waren nunmehr über 90% der Bevölkerung über 65 Jahre berechtigt, Rente zu erhalten. 1974 wurde das bislang von den Einzelstaaten betriebene Sozialhilfeprogramm, das jede Person in Not, blind, alt oder behindert umfaßt, in bundesstaatliche Regie überführt.

Die zentrale Erfassung der Versicherten und Sozialhilfeberechtigten geschieht über ein Nummernsystem. Nachweis des Alters, der Identität und der Staatsangehörigkeit müssen erbracht sein, bevor ein Nummernausweis ausgehändigt wird. Bis Anfang der 70er Jahre findet sich im Gesetzestext selbst keine Anweisung zur Handhabung des Nummernsystems. Die Durchführung blieb der Behörde überlassen. Der neue Gesetzestext von 1973 legt fest, daß über den Kreis der bisher Versicherten hinaus alle Kinder bei Schuleintritt, alle Ausländer mit Arbeitserlaubnis sowie alle Personen, für die Unterstützung beantragt wird, die aus Bundesmitteln finanziert wird, eine Sozialversicherungsnummer verpaßt bekommen.

Nicht in diesem Gesetz, aber im „Handbuch für Sozialversicherung“ genannt: jede Person mit einem steuerpflichtigen Einkommen oder für die Steuernachlässe geltend gemacht wer-

den, braucht eine Sozialversicherungsnummer, die vom Finanzamt als Steuernummer benutzt wird. Auch im Handbuch: Behörden können die Erlaubnis erhalten, für ihre Verwaltungszwecke die Sozialversicherungsnummer zu benutzen. Auch private Anstalten wie Schulen, Universitäten oder Banken benutzen die Sozialversicherungsnummer.

Mit dem Sozialversicherungsgesetz wurde eine Meldepflicht der Kapitalisten über die Zahl und den Verdienst der bei ihnen beschäftigten Arbeiter eingeführt. Außerdem wurden die Kapitalisten verpflichtet, ihren Beschäftigten einen schriftlichen Nachweis über ihren Verdienst und die Abzüge zu geben.

In den USA besteht keine Meldepflicht, und sie wäre wegen der Betonung der Freiheit und Freizügigkeit des Individuums in der bürgerlichen Propaganda möglicherweise nicht so einfach durchsetzbar. Dazu kommt der ausgeprägte Föderalismus. Jeder Einzelstaat hat seinen eigenen Führerschein, der zugleich als Identifikation dient. Die Notwendigkeit einer lebenslangen Kontonummer eines Individuums für seine Beiträge und Ansprüche an die Sozialversicherung bot dem zentralen Staatsapparat die Möglichkeit, ohne Diskussion im Laufe der Zeit die gesamte Bevölkerung über eine einzige, jedem Individuum lebenslang angeheftete Nummer zentral zu erfassen. — (her)

kann der Bundesarbeitsminister dies jedoch ändern bzw. erweitern.

Der Arbeitgeber hat zusätzliche Meldepflichten. Legt ein Beschäftigter bei Arbeitsantritt die Karte nicht vor, muß er unverzüglich eine „Kontrollmeldung“ machen. „Die Angaben zur Person sollen amtlichen Unterlagen entnommen werden.“ In den Bereichen, wo Beschäftigte den Ausweis ständig mit sich führen müssen, hat er jede Beschäftigungsaufnahme spätestens am selben Tag durch eine „Sofortmeldung“ anzuzeigen. Vor allem aber müssen alle Arbeitgeber alle „geringfügig Beschäftigten“ melden, und zwar auch Änderung des Vor- oder Familiennamens, Beginn, Ende, Art und eventuell Änderung der Beschäftigung und in den speziellen Wirtschaftszweigen (s.o.) auch Anschriftenänderungen.

Die Bundesanstalt für Arbeit bzw. die Arbeitsämter erhalten mit diesem Gesetz polizeiartige Aufgaben. Sie dürfen zur Kontrolle Grundstücke und Geschäftsräume der Arbeitgeber betreten und Einsicht in die Lohn-, Melde- oder vergleichbaren Unterlagen nehmen. In den Bereichen mit Mitführungspflicht des Ausweises werden dadurch Razzien erleichtert. Die Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen, Ausländerbehör-

den, Sozialämter, Finanzbehörden usw. sind zur Amtshilfe verpflichtet.

Wer ist von dem Gesetz ausgenommen? Geringfügig Beschäftigte im Haushalt; mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft; Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft, im Messe-Ausstellungs- und Schaustellergewerbe, die weniger als sechs Tage im Monat und nicht berufsmäßig beschäftigt sind.

Im 19. Jahrhundert gab es das Arbeitsbuch, das die Arbeiter bei Antritt einer Stelle dem neuen Arbeitgeber übergeben mußten. Der konnte durch Zurückhalten der Papiere verhindern, daß der Arbeiter zu einem neuen Arbeitsplatz kam. Durch Markierung konnten sozialdemokratische Elemente gekennzeichnet werden. Die Faschisten haben das Arbeitsbuch wieder eingeführt, um den Arbeitsmarkt unter staatliche Kontrolle zu bringen. Der Sozialversicherungsausweis birgt die Gefahr einer viel umfassenderen Kontrolle, denn über die Versicherungsnummer ist der Zugang und die Verknüpfung der Daten all der verschiedenen Stellen möglich, die Sozialdaten speichern, so daß nicht nur die gesamte auf dem Arbeitsmarkt verfügbare Arbeitskraft erfaßt wird, sondern auch ihre Struktur nach Alter, Vernutzung und

Qualifikation, bis hin zum sozialen und beruflichen Werdegang der einzelnen Arbeitskraft.

Kritik äußerten bisher vor allem „Experten“ der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Sie sehen durch das Gesetz das „informationelle Selbstbestimmungsrecht des einzelnen“ verletzt, das erstmals richtungsweisend beschrieben wurde im „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts. Aber dieses Grundsatzurteil weist gerade den Weg, die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Gesetzgebung zu regeln. Außerdem sei das Gesetz ungeeignet zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Immerhin wird es aber alle „Geringverdiener“, die z.B. vom Zeitungsaustragen zur Putzstelle hetzen, erfassen. Sie werden für den zweiten und dritten Job in die Sozialversicherungen zahlen müssen und am Ende nichts davon haben. Die Arbeitsämter werden viele Arbeitslose, vor allem Jugendliche, loswerden, die ohne Zusatzjob verhungern müßten, und der Markt für unstetige, schlecht bezahlte, gesundheitlich ruinöse Arbeitsstellen wird eher angeheizt.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 11 2807, Bundesratsdrucksache 242/88 (Beschluß — (ulk))

CSU-Parteitag

Eine Demonstration der Stabilität?

Nach dem Ableben von Strauß konnte die CSU die fällige Neubesetzung von Posten in Partei und Regierung mit großer Geschlossenheit durchziehen. Wie es scheint, blitzschnell hat sich die CSU mit einem modernen Anstrich versehen. Waigel für die Partei, Streibl für den Staat — sie treten nicht schneidig auf und auch nicht laut, Sachlichkeit, Kompetenz und gepflegte Härte sind im Parteienspiel als Trumpf angesagt. Die bekannten Krakeeler, z.B. Tandler, Gauweiler, erhielten Posten, auf denen sie sich beruhigen können; der langgediente Tandler den sehr guten Finanzministerposten; der Senkechtstarter Gauweiler hingegen wurde stark reduziert, freilich ohne diese junge Hoffnung Bayerns kaputtzumachen; aus dem Abwasser, für das er jetzt zuständig ist, soll er auch einmal wieder herauftauchen können. Die einmütige Geschlossenheit, die die CSU demonstriert, beruht auf einer einheitlichen Lagebeurteilung, deren Kern die Ansicht ist, es werde erstens die Konjunktur weiterlaufen und mit der Herstellung des EG-Binnenmarktes werde es einen Konjunkturschub geben, zweitens werde sich dies auf die bayerische Wirtschaft noch in besonderem Maße auswirken. Die CSU riecht Geld, riecht Bereicherungsmöglichkeiten, die sie nicht auskommen lassen will. Ministerpräsident Streibl skizziert die Voraussetzungen:

„Bayern bietet Arbeitsplätze vor allem in zukunftsbezogenen Branchen:

— jeder vierte deutsche Arbeitsplatz in der Elektro- und Elektronikbranche steht in Bayern,

— jeder zweite in der Luft- und Raumfahrt,

— von den 600 Softwareanbietern in der Bundesrepublik sind 40% in Bayern angesiedelt.

— Bayern ist die Heimat der Zukunftstechnologie. Nicht nur die deutschen Namen Siemens, Nixdorf, MBB, MTU, Dornier, MAN, BMW, Audi sprechen dafür, auch die Namen Hitachi, Sanyo, Texas Instruments, Motorola, Fairchild, Delog-Detag u.v.a.

— Allein 5 der 14 umsatzstärksten Halbleiterhersteller der Welt sind in Bayern mit einer Produktionsstätte vertreten.

— eine Reihe von großen Firmen hat den Sitz ihrer Geschäftsleitung nach Bayern verlegt.

Hinzu kommen z.T. bereits verwirklichte Großvorhaben:

— BMW und Siemens in Regensburg

— Großflughafen München II

— das PIZ-Werk in Weiden

— Zahnradfabrik in Passau

Wackersdorf

Es gibt eine Reihe von Beispielen zielgerechter bayerischer Strukturpolitik aus jüngster Zeit:

— der Ausbau und der Betrieb einer Arbeitsgruppe für integrierte Schaltungen in Erlangen,

— der Ausbau des Weltraumzentrums in Oberpfaffenhofen,

— die Erweiterung des Institutes für atmosphärische Umweltforschung in Garmisch,

— die Anwendungszentren für Mikroelektronik in Burghausen, in Nürnberg und in Schweinfurt,

— die Einrichtung von 46 über das ganze Land verteilten Technologieberatungsstellen,

— der Ausbau von bislang 8 regionalen Informationsvermittlungsstellen in allen Teilen Bayerns,



— das ostbayerische und westbayerische Technologietransferinstitut,

— Technologiezentren in Erlangen, München, Würzburg und vieles mehr.

Im Forschungsbereich nenne ich zahlreiche Fraunhoferinstitute, bedeutende Max-Planck-Gesellschaften, das neugegründete Forschungszentrum für wissenschaftsbasierte Systeme ...“

Ein überproportionaler Anteil an sog. Wachstumsindustrien läßt nach Streibl für Bayern entsprechend überproportionales Wirtschaftswachstum erwarten. Die CSU fühlt sich vor diesem Hintergrund politisch sicher, besonders vor einer Kritik, die den Mangel an Arbeitsplätzen als Hauptvorwurf bringt, das bietet ihr im Gegenteil die Möglichkeit, die arbeitsplatzschaffende Qualität der bayerischen Politik herauszustreichen.

Dabei fallen folgende Argumente.

Erstens sei dem Bund klar, daß Bayern die Rückversicherung für den Konservatismus bilde. Bayerischer und Bundespolitik sei zu verdanken, daß bei der Umwandlung Bayerns vom Agrarland zum Industrieland konservative Mehrheiten erhalten wurden. Auch heute noch habe man schöne Erfolge beim Ergattern von Sonderleistungen des Bundes, bei dem sich — u.a. wegen der langen Grenze zum RGW — immer wieder einmal abkassieren ließe. Der auf diese Weise gepöppelte Konservatismus mache das Land für Unternehmer und Investoren anziehend. Die Politik der Staatsregierung, der Wirtschaft den Boden zu bereiten, den Unternehmen aber nicht mehr dreinzureden, so bald sie Fuß gefaßt hätten, trage auch noch Früchte. Freiheit für das Unternehmertum bringe Arbeitsplätze. Die Unionsgrößen lassen dabei keinen Zweifel, daß die so bestimmte Freiheit einen starken Staat verlange. Denn was die Wirtschaft stört, muß weg. Das nebenstehende Dokument — es handelt sich um den Schlußteil der von Waigel auf dem Wahlparteitag gehaltenen Grundsatzrede — stellt eine echte Weiterentwicklung des bürgerlichen Liberalismus dar, der allen die gleichen Rechte zubilligt und sich darauf verläßt, daß der Gebrauch dieser politischen Rechte Zeit und Geld voraussetzt. Waigels verantwortliche Politiker sind ja gehalten, das vorhandene Wissen heranzuziehen vor ihren Entscheidungen. Gemeint ist das Expertenwissen. Der mögliche politische Wille der Bevölkerung spielt überhaupt keine Rolle mehr. Die Beziehung zwischen Bevölkerung und Politik charakterisiert Waigel als Übergabe von Vertrauen. Die Abnabelung der Politik von der liberalen Demokratie und die Anbindung an das Expertenwesen muß im Zusammenhang der Beziehung von Staat und Wirtschaft gesehen werden. Denn wo sind die Experten, wenn nicht in der Wirtschaft. Die von Waigel kreierte Beziehung von Politik und vorhandenem Wissen bildet einen Deckmantel für eine Verschmelzung von Konzernapparaten und Machtapparat. Aus dem sachlich begründeten Zusammenwirken von sogenannten Eliten folgen Entscheidungen, die gar nicht zur Diskussion stehen können. Die CSU löst sich mit dieser Theorie von frühbürgerlichen Vorstellungen der politischen Gleichheit. Sie gaukelt den vielen, die sich für Experten halten, unmittelbare Gestaltungsmöglichkeiten vor. Diese Strategie ist aber mehr gerissen als etwa klug. Eine Konjunktur, die ausdrücklich auf einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter basiert, kann nicht richtig populär werden, und ein Angebot an die Intelligenz, das von ihr verlangt, Kapitalinteressen als vorgegebene Naturkonstante zu bewerten, muß sie auf ihre reduzierte Funktion stoßen. Die CSU wird, auch wenn sie im Moment stark aussieht, angreifbar.

— (maf)

Waigels Credo: Verantwortlichkeit

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Schluß ein paar Bemerkungen zu Grundsätzen unserer Politik machen. Ich meine, wir müssen die Themen Verantwortungsethik und Ethik des Fortschritts miteinander neu und eingehend diskutieren. Es wird künftig notwendig sein, politische Entscheidungen stärker als bisher ethisch zu begründen. Wir müssen bei Entscheidungen, die manchmal unter Zeitdruck gefällt werden, alles vorhandene Wissen einbeziehen und alle im Zeitpunkt der Entscheidung absehbaren positiven und negativen Folgen in Rechnung stellen. Das ist, wie es Max Weber zum Ausdruck gebracht hat, die Verantwortungsethik der Politiker. Die Gegenposition hierzu bildet der gesinnungsethische Rigorismus, der die jeweils eigene Gesinnung für die einzig moralisch legitime hält, ohne die Folgen dieser Haltung für andere in Rechnung zu stellen. So ist der Pazifismus als individuelle Moral kaum angreifbar. Er ist jedoch ungeeignet für einen Politiker, der für die Sicherheit eines gesamten Staates Sorge tragen muß.

Verantwortungsethisch müssen wir zum Beispiel in unserer Energiepolitik sei. Es ist doch umweltpolitisch unververtretbar, die Kernenergie durch Kohle ersetzen zu wollen angesichts der Diskussion über das Waldsterben und angesichts der Warnungen nahezu aller Physiker vor dem Treibhauseffekt, der von der Verstromung fossiler Energieträger ausgeht. Und zeugt es eigentlich von einem besonderen Verantwortungsbewußtsein, wenn sich ein Nachbarland vehement gegen Wackersdorf wendet, aber gleichzeitig den Atomstrom aus der Tschechoslowakei bezieht und auf Stromimporte aus einem Wasserkraftwerk in den ungarischen Donauauen setzt? Neue Alternativen, die in der Lage wären, einen Großteil der Energieversorgung zu übernehmen, sind heute nicht in Sicht. Das ist die Realität, und deshalb wäre es falsch, illusionistische Ausstiegsszenarien zu entwickeln. Statt dessen müssen wir alles daransetzen, den Sicherheitsstandard unserer Reaktoren laufend zu überprüfen und den bei uns nötigen Sicherheitsstandard weltweit zur Geltung zu bringen.

Es wäre fatal, wenn sich die Politik auf Emotionen und Intuitionen verlassen würde. Das Gegenteil ist notwendig. Die Umweltprobleme, die Sicherstellung einer bezahlbaren und umweltfreundlichen Energieversorgung, die Beherrschung des technischen Fortschritts können wir nur mit Sachverstand und Rationalität, nicht aber mit Angst und Emotionen lösen. Das bedeutet jedoch nicht, einseitig auf die Karte der „instrumentellen Vernunft“ zu setzen und die übergeordneten Ziele und Gesamtzusammenhänge aus den Augen zu verlieren. Im Gegenteil: Gerade die Ambivalenz des technischen Fortschritts verlangt eine ethische Begründung der Entscheidungen.

„Ethik des Fortschritts“?

Auf philosophisch-moralischer Ebene wirft dies Fragen auf, die heute schon zu Gemeinplätzen geworden sind: Stehen wir vor dem Dilemma „technischer Fortschritt — ethischer Rückstand“? Hinken, im Sinne Immanuel Kants, die Fähigkeiten der praktischen Vernunft hinter denen der theoretischen Vernunft her? Brauchen unsere Wissenschaftler, unsere Techniker, unsere wirtschaftlichen und technologischen Eliten eine „Ethik des Fortschritts“? Hans Jonas, Professor der Philosophie und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels im Jahre 1987, ist wohl derjenige, der sich in seinem vielbeachteten Buch „Das Prinzip Verantwortung“ ganz intensiv mit dieser Verantwortung auseinandergesetzt hat. Hans Jonas hat in Anlehnung an Immanuel Kants kategorischen Imperativ einen verantwortungsethischen Imperativ aufgestellt: „Handle so, daß die Wirkungen Deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Dies bietet einen Ansatzpunkt, an dem Natur- und Geisteswissenschaften, aber auch die Politik anknüpfen können. Hierin sehe ich eine echte Herausforderung für die Grundsatzarbeit einer Partei wie der CSU, die sich auf der Grundlage ihrer konservativen Wertvorstellungen dem technischen Fortschritt verpflichtet weiß.

Die Lösung kann nicht in einem Ausstieg aus der technischen Zivilisation liegen. Die Lösung all dieser Fragen kann nur möglich sein durch eine verantwortungsbewußte Anwendung der Technik. Lassen Sie mich daran anknüpfend abschließend noch einmal Hans Jonas zitieren: „Das technologische Abenteuer selbst muß ja weitergehen; schon die rettenden Berichtigungen erfordern immer neuen Einsatz des technischen und wissenschaftlichen Ingeniums, der seine eigenen neuen Risiken erzeugt. So ist die Aufgabe der Abwendung permanent, und ihre Erfüllung muß immer Stückwerk bleiben und oft nur Flickwerk. Das bedeutet, daß wir wohl in alle Zukunft im Schatten drohender Kalamität leben müssen. Sich des Schattens bewußt sein aber, wie wir es jetzt eben werden, wird zum paradoxen Lichtblick der Hoffnung: Er läßt die Stimme der Verantwortung nicht verstummen. Dies Licht leuchtet nicht wie das der Utopie, aber seine Warnung erhellt unseren Weg — zusammen mit dem Glauben an Freiheit und Vernunft. So kommt am Ende doch das Prinzip Verantwortung mit dem Prinzip Hoffnung zusammen — nicht mehr die überschwengliche Hoffnung auf ein irdisches Paradies, aber die bescheidenere auf eine weitere Wohnlichkeit der Welt und ein menschenwürdiges Fortleben unserer Gattung auf dem ihr anvertrauten, gewiß nicht armseligen, aber doch beschränkten Erbe. Auf diese Karte möchte ich setzen.“

Meine lieben Freunde, in einer scheinbar aus den Fugen geratenen Welt, in der die Menschen nach verlässlichen Maßstäben verlangen, sind wir aufgerufen, glaubhaft Antwort zu geben auf die Frage nach dem Sinn politischen Tuns. Karl Barth hat diese Sinnfrage 1922 überschrieben: „Zwischen den Zeiten“ weiß man, daß die Traditionen nicht nur tragen und die Institutionen keine Sicherheit mehr geben. Man spürt die Krise des Bestehenden und fördert sie durch rückhaltlose Kritik. Zwischen den Zeiten weiß man aber nicht, was kommen wird, ja man weiß noch nicht einmal, was kommen soll. Darum ist man zwischen den Zeiten stark in der Negation und schwach im Positiven.“

Handlungsfähigkeit

Robert Jung äußert sich in seinem „Atomstaat“: „Ich will nicht sachlich sein, ich bin besorgt.“ Doch Gefühlsbetroffenheit ist noch kein bürgerliches Engagement. Politik mit der Angst ist schlechte Politik. Dagegen hat neulich Hans Maier gesagt: „Die Zukunft der Verantwortung, Handeln im Ungewissen, ist das Risiko des Politikers. Daß er es eingeht, macht seine spezifische Ehre und Würde aus.“ Und man kann nicht nur fragen, was nicht erlaubt ist, sondern wir fordern auch eine Aussage, was geboten sein könnte und was getan werden muß.

Und so wird in den nächsten Jahren Handlungsfähigkeit gefragt sein. Handlungsfähigkeit und Verantwortung sind gefragt von uns, von unserer Partei. Am 17. Januar 1950 schreibt der italienische Schriftsteller Cesare Pavese folgenden Satz in sein Tagebuch, das nach seinem Tod unter dem Titel „Das Handbuch des Lebens“ erschien: „Wir sind auf der Welt, um das Schicksal in Freiheit zu verwandeln.“

Das meine lieben Freunde, ist der Auftrag der CSU, in der Gemeinde, in der Stadt, im Freistaat und für ganz Deutschland. Nach schwierigen Wochen ist heute, so hoffe ich, ein guter Start gelungen. Ich fordere die Bürgerinnen und Bürger Bayerns auf, uns, der CSU, ihr Vertrauen zu schenken, damit wir weiter hin eine Politik für Frieden und Freiheit, für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, eine Politik für unsere Gemeinden, für den Freistaat Bayern, für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa gestalten und durchsetzen können.

Kanada

Wahlsieg der Konservativen Mehrheit gegen Freihandel

Jede der drei großen kanadischen Parteien kann sich nach der Wahl vom 21. November als Sieger fühlen: Die Konservativen haben die absolute Mehrheit behauptet und können allein die Regierung bilden. Die Liberalen haben erheblich mehr Parlamentssitze geholt als vor vier Jahren, ebenso die Sozialdemokraten. Und: Liberale und Sozialdemokraten zusammen haben mehr Stimmen erhalten als die Konservativen. Wertet man also Stimmen für die Oppositionsparteien als Stimmen gegen den Freihandelsvertrag Kanadas mit den USA, dann hat die Mehrheit gegen diesen Vertrag gestimmt. Daß dennoch die Konservativen eine große Mehrheit erhielten, liegt

ralen sich in 82 Mandaten ausdrücken und die 20% für die Sozialdemokraten in 43 Sitzen.

Zur genaueren Beurteilung des Ergebnisses ist es notwendig, die regionale Struktur Kanadas zu berücksichtigen. Der gering industrialisierte und schwächer besiedelte Osten mit den Provinzen Newfoundland, Nova Scotia, New Brunswick und Prince Edward Island schickt insgesamt 32 Parlamentarier nach Ottawa, also nur gut ein Zehntel der 295 Abgeordneten. Von diesen 32 stellen diesmal die Konservativen 12 und die Liberalen 20, die Sozialdemokraten keinen Abgeordneten.

Die Kernprovinzen sind Québec mit

kraten. Dagegen holten die Sozialdemokraten im Westen und Norden 33 Sitze, die Liberalen 8 und die Konservativen 48.

Nur in vier der 12 Provinzen und Territorien stellen die Konservativen die Mehrzahl der Abgeordneten, aber durch die ungleichmäßige Bevölkerungsverteilung reicht das für eine bequeme Mehrheit von 170 der 295 Sitze.

Entscheidend für den Wahlsieg der Konservativen war demnach der unangefochtene Sieg in Québec. Hierfür werden in den Kommentaren mehrere Gründe angeführt, vor allem der, daß Brian Mulroney, der aus Québec stammt, mit seiner dörflichen Herkunft und seinem fließenden Québec-Französisch für die Frankokanadier wählbar ist. Entscheidend dürfte sein, daß Mulroney mit dem Abkommen von Meech Lake letztes Jahr den Versuch unternommen hat, die Rechte der Provinzen zu stärken und damit dem Unabhängigkeitsstreben der Frankokanadier einige Zugeständnisse zu machen. Dagegen hatten die Liberalen unter Trudeau die Dezentralisierung stets scharf bekämpft, und Trudeaus Nachfolger als Parteiführer, John Turner, hat wenig eigenes Profil entwickelt.

Die Liberalen haben im Wahlkampf in dem Augenblick Punkte gutgemacht, wo sie den Freihandelsvertrag mit den USA schroff angegriffen haben. Diesen Vertrag hat Mulroney ausgehandelt und er soll zum 1. Januar 1989 in Kraft treten. Was noch fehlt, ist die Zustimmung des kanadischen Senats, eines Oberhauses, in dem die Liberalen dank ihrer langjährigen Herrschaft noch die Mehrheit haben. Die Liberalen hatten im Senat das Abkommen blockiert und die Wahlen als Volksabstimmung über den Vertrag verlangt. Da sie aber selbst in der Beurteilung des Vertragstextes gespalten sind, stellten sie keine überzeugende Gegenposition dar. Als Liberale sind sie ja eigentlich für den Freihandel, und deshalb griffen sie den Vertrag vor allem deshalb an, weil er den USA weiterhin das Mittel der Sanktionen gegen kanadische Exporte beläßt. John Turner stellte in einem Interview fest, daß „der einzige Zweck eines bilateralen Vertrages darin bestand, eine Ausnahme vom amerikanischen Handelsrecht zu erreichen“, was nicht erreicht worden sei und nicht erreicht werden könne, „weil der amerikanische Kongreß die Entscheidungsbefugnis hierüber nie aufgeben wird“.

Die Frage des Handels mit den USA ist ein altes Reizthema in Kanada, weil es die Frage enthält, ob Kanada vor allem Mitglied des britischen Commonwealth oder vor allem ein nordamerikanischer Staat sein will. Bisher hat sich immer die britische Verbindung als stärker erwiesen. Daß heute die führenden kanadischen Geschäftskreise davon ausgehen, von einem Freihandelsvertrag mehr Vor- als Nachteile zu haben, ist im Zusammenhang mit der Entwicklung der beiderseitigen Handels- und Kapitalbi-



„Dump the Deal“ („Auf den Müll mit dem Vertrag“): Ein Wagen bei der Parade am Labour Day im September in Toronto. — Die kanadische Wochenzeitschrift Maclean's stellt in ihrer Ausgabe zur Wahl folgenden selbstbewußten Vergleich der beiden Länder an:

	Kanada	USA
Bruttosozialprodukt	493 Mrd. \$	5 200 Mrd. \$
Bevölkerung	26 Mio.	246 Mio.
Durchschnittseinkommen/Mann	22 689 \$	18 413 \$
Durchschnittseinkommen/Frau	12 378 \$	12 134 \$
Durchschnittseinkommen/Familie	37 368 \$	38 253 \$
durchschnittliche Schulbildung	12,2 Jahre	12,6 Jahre
Mindestlohn (Landesdurchschnitt)	4,32 \$	4,13 \$
Durchschnittsalter	34,8 Jahre	31,5 Jahre
Morde pro 100 000 Einwohner	2	7,5
Kindersterblichkeit pro 1 000 Einwohner	8	10,6

am kanadischen Wahlsystem: Es besteht Mehrheitswahlrecht, der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Wahlkreis ist gewählt, alle anderen Stimmen fallen weg. So reichten den Konservativen 43% der Stimmen für 170 Sitze, während die 32% Stimmen für die Libe-

75 und Ontario mit 99 Abgeordneten, das sind mehr als die Hälfte aller Parlamentarier. Hier wird also die Wahl entschieden. Québec wählte 63 Konservative und 12 Liberale, aber keinen Sozialdemokraten; Ontario wählte 47 Konservative, 42 Liberale und 10 Sozialdemo-

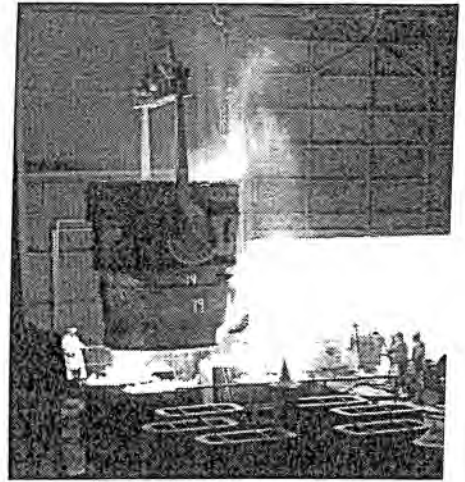
lanz zu sehen.

Der bilaterale Warenhandel ist der umfangreichste der Welt. Kanada exportiert Waren im Wert von 90 Mrd. \$ in die USA; die Bilanz ist für Kanada deutlich positiv.

Die USA investierten in Kanada in den Jahren 1960/1970/1980/1987 8/18/50/75 Mrd. \$, Kanada investierte in der gleichen Zeit 3/4/20/45 Mrd. \$ in den USA, mit jährlichen Wachstumsraten von 20%. Das heißt, in der Ära Trudeau hat eine massive Kapitalbildung stattgefunden, die es den stärksten kanadischen Monopolen erlaubt, heute massiv in den USA zu investieren. Die Paradebeispiele sind das Einkaufszentrum Bloomingdale in New York, in kanadischer Hand, und die drei Milliardäre Reichmann, die größten Grundbesitzer in Manhattan. Insgesamt 525 000 amerikanische Lohnarbeiter sind derzeit unter kanadisches Kapital subsumiert. Nach Großbritannien,

nien, den Niederlanden und Japan ist Kanada der viertgrößte Investor in den USA.

Entsprechend hat die Börse das Wahlergebnis mit einem sprunghaften Kursanstieg des kanadischen Dollars gefeiert. Dem entspricht, daß die sozialdemokratische New Democratic Party vergleichsweise schlecht abgeschnitten hat — zwar hat sie sich von 30 auf 43 Sitze verbessert, bekam aber nur 20 (vorher 18) Prozent der Stimmen. Noch vor wenigen Monaten war die NDP die in den Umfragen führende Oppositionspartei. Ihr Versuch, den Wahlkampf entlang einem breiten Spektrum sozialer Fragen zu führen — der NDP-Vorsitzende Edward Broadbent nannte vor allem Steuerreform, Umwelt und Kinderkrippen —, war nicht erfolgreich angesichts der Zuspitzung durch Liberale und Konservative auf die Frage des Freihandels. Und die Oppositionsbewegungen schei-



Stahlwerk in Regina, Saskatchewan. Saskatchewan ist die traditionelle Hochburg der kanadischen Sozialdemokratie.

Anzeige gegen den Freihandelsvertrag

In der kanadischen Wochenzeitung Maclean's vom 21.11.88 erschien folgender Text als Anzeige:

„Die Leute sind wirklich in Sorge über diesen Vertrag. ‚Glaubst du diesem Mulroney? In der Fernsehdebatte hätte er Gelegenheit gehabt, unsere Beunruhigung über den Freihandel zu widerlegen, aber er konnte es nicht.‘ ‚Richtig! Die Regierung hat in zwei Jahren 30 Mio. Dollar ausgegeben, um für ihren Vertrag zu werben. Die Geschäftswelt gibt weitere Millionen dafür aus. Und trotzdem bringen sie die ganze Zeit nichts anderes fertig als alle, die anderer Meinung sind, als Lügner und Angstmacher zu bezeichnen.‘

Stellen wir ein paar Dinge klar:

— Der Hauptgrund, warum die Regierung diesen Vertrag wollte, war, den amerikanischen Protektionismus gegen unsere Exporte zu verhindern. Aber sie hatte keinen Erfolg. Sämtliche amerikanischen protektionistischen Gesetze gelten immer noch für unsere Güter.

— Wir haben sehr viel aufgegeben für etwas, was wir nicht einmal bekommen haben. Etwa Kontrolle über unsere Energievorräte und Bodenschätze, über Investitionen aus dem Ausland und über den Dienstleistungsbereich, der 70% der Arbeitsplätze in unserer Wirtschaft ausmacht.

— Ein Beispiel: Unser Gesundheitssystem wird Schaden nehmen, wenn der Vertrag durchgeht. Krankenhausleitung, Pflegeheime, Diagnoselabors, Blutspenderkliniken und viele andere Dienstleistungen werden für profitorientierte amerikanische Unternehmen geöffnet. Artikel 2010 bedeutet, daß wir wahrscheinlich nie in der Lage sein werden, neue Programme wie Denticare zu schaffen. Und all unsere Sozial-

programme bleiben nach dem Vertrag schutzlos. Wenn die harten Verhandlungen darüber, was alles eine Subvention darstellt, in Gang kommen, wird das Verlangen nach einem ‚ebenen Spielfeld‘ enormen Druck auf unsere Sozialprogramme ausüben.

Wer gegen den Vertrag ist? Wir alle.

Pro-Kanada-Netzwerk: Alliance of Canadian Cinema Television and Radio Artists, Assembly of First Nations, Business Council for Fair Trade, Canadian Conference of the Arts, Canadian Environmental Law Association, Canadian Labour Congress, Canadian Peace Pledge Campaign, Canadian Teachers Federation, Centrale d'enseignement du Québec, Confédération des syndicats nationaux, Confederation of Canadian Unions, Council of Canadians, Coop Atlantic, Federation of B.C. Writers, Friends of the Earth, GATT-fly, Interchurch coalition for economic justice, National Action Committee on the Status of Women, National Anti-Poverty Organization, National Farmers' Union, National Federation of Nurses Unions, Nurses for Social Responsibility, One Voice. The Canadian Seniors' Network, Ontario Coalition of Senior Citizen's Organizations, Ontario Public Interest Research Groups, Organized Working Women, Pacific Group for Policy Alternatives, Periodical Writers' Association of Canada, Playwrights' Union of Canada, Preservation of Agricultural Lands Society, Public Service Alliance of Canada, The Writers' Union of Canada, Toronto Arts Council, Toronto Disarmament Network, Toronto Theatre Alliance, Toronto Workers' Health and Safety Legal Clinic, United Church of Canada, Union des producteurs agricoles, United Native Nations, Valhalla Wilderness Society, Voice of Women, Women Working With Immigrant Women. *Provinz-Koalitionen:* B.C. Coalition Against 'Free' Trade, Alberta Pro-Canada Network, Saskatchewan Metro Halifax Coalition Against Free Trade, P.E.I. Coalition Against Free Trade, Newfoundland Coalition for Equality.“

nen stark nationalistisch geprägt zu sein, wie schon aus dem Namen „Pro-Kanada-Netzwerk“ (siehe Kasten) hervorgeht. Der Streit mit dem Finanzkapital darum, wer der bessere Nationalist sei, hat auch andernorts nicht zu Wahlerfolgen geführt.

Quellen: Maclean's, div. Ausgaben; Guardian. 23.11.88 — (mfr)

Sowjetunion

Krach um Verfassungsänderung

Die in der letzten Woche vom Obersten Sowjet der Sowjetunion verabschiedeten Verfassungsänderungen sehen u.a. vor: die Einrichtung eines stark verfaßten Präsidenten (der Präsident bestimmt die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik), die Einrichtung eines Kongresses der Volksdeputierten, die zu zwei Dritteln direkt und zu einem Drittel durch die „gesellschaftlichen Organisationen“ gewählt werden, und die Neuorganisation des Obersten Sowjets, der vom Kongreß der Volksdeputierten bestimmt wird und zukünftig ständig tagen soll. Die zunächst vorgelegten Entwürfe der Verfassungsänderungen waren entgegen der Propaganda der Dezentralisierung durch eine starke Tendenz zu weiterer Zentralisierung der Befugnisse und Entmachtung der Republiken gekennzeichnet und riefen nicht nur in den Ostseerepubliken Estland, Lettland und Litauen, sondern auch in Georgien und anderen Republiken eine so scharfe Kritik hervor, daß sie noch einmal stark überarbeitet wurden und daß Gorbatschow entgegen der ursprünglichen Absicht eine zweite Etappe politischer Reformen angekündigte, die der „Harmonisierung der Beziehungen zwischen den Beziehungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den ihr angehörigen Republiken“ gewidmet sein soll. Dennoch setzte die Diskussion über die

Verfassungsänderungen im Obersten Sowjet eindeutig den Schwerpunkt auf die Beziehungen zwischen Union und Republiken. Obwohl fast alle Diskussionsredner gegen die Beschlüsse des Obersten Sowjet Estlands auftraten, die v.a. ein Vetorecht der Republik gegen Unionsgesetze beinhalteten und die vom Präsidium des Obersten Sowjet zuvor als verfassungswidrig aufgehoben worden waren, griffen doch mehrere Abgeordnete, vor allem aus den mittelasiatischen Republiken, die Übermacht des Zentrums an. Die Diskussion machte deutlich, daß die tiefgreifenden sozialen Probleme, die gerade in den südlichen Regionen immer offener zutage treten und die z.B. auch in dem Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan eine wichtige Rolle spielen, wie Arbeitslosigkeit, Armut, mangelnde gesundheitliche Versorgung etc., eng mit der Arbeitsteilung zwischen den Regionen und der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige zusammenhängen. Mehrere Abgeordnete aus Republiken mit einseitiger Wirtschaftsstruktur griffen z.B. an, daß es den Republiken nicht einmal möglich sei, über die Verwendung von über den Plan hinaus produzierten Produkten (wie Baumwolle in der Turkmenischen oder Erdöl in der Baschkirischen Republik) zugunsten einer vielseitigeren wirtschaftlichen Entwicklung oder zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse der Bevölkerung zu verfügen.

Quellenhinweis: Prawda, dtsh.spr. Ausgabe, 30.11. und 1.12.88 — (scc)

Privatisierung

„Finanzplatz Britannien“

Die beiden größten Privatisierungsmaßnahmen kündigte die Regierung Thatcher in ihrer Regierungserklärung am 22. November an:

— Die Kraftwerke und die Stromversorgung sollen im übernächsten Jahr privatisiert werden. Der geschätzte Verkaufswert für die Unternehmen liegt bei rund 40 Milliarden Pfund, etwa 125 Milliarden DM. Zwei Kraftwerksbetreiber soll es geben, „National Power“ mit 70% aller Kraftwerke einschließlich der Kernkraftwerke und „PowerGen“ mit 30% der Kapazität. Das Netz soll auf zwölf regional arbeitende Privatgesellschaften aufgeteilt werden.

— Im November 1989 will die Regierung alle Wasserbehörden im Land zu Privatfirmen machen und ihre Aktien anbieten. Diese Privatisierung war eigentlich schon für 1987 vorgesehen, scheiterte aber an lokalem Widerstand. Scharfe Preiserhöhungen bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wird es auf jeden Fall geben.

Als Vorläufer wird zur Zeit British

Steel privatisiert. Aktien wurden zu 1,20 Pfund angeboten, etwa 15% bis 20% unter dem wahrscheinlichen Börsenkurs. Wer Aktien für 10000 DM kauft und am dem Tag der Zuteilung verkauft, macht einen fast garantierten Gewinn von 1500 bis 2000 DM, das schürt bei Thatchers Publikum aus Bourgeoisie und Mittelklassen wieder den Appetit auf Privatisierungen, der nach dem Börsen-Crash vom Oktober 1987 teilweise vergangen war.

Die Vergrößerung ihres Anhangs ist eines der Ziele, das die Regierung Thatcher mit den Privatisierungsmaßnahmen verfolgt. Daneben gibt es weitere Absichten

Erstens führten alle bisherigen Privatisierungen zu einer wesentlichen Verschärfung der Ausbeutung in den betroffenen Betrieben. Seit 1979 hat die Regierung mehr als 30 staatliche Unternehmen privatisiert. Im Verlauf der Aktion wurden Massenentlassungen durchgesetzt („damit sich überhaupt Anleger finden, muß ja Gewinn gemacht werden“), nach der Privatisierung gingen die Gesellschaften zum Großangriff auf Arbeiterrechte und Löhne über.

Massenentlassungen gab es z.B. sowohl bei British Aerospace, den Werften und den Hafenverwaltungen, mit der einhergehenden Mehrbelastung für die verbleibenden Arbeiter und Angestellten. Bei der Telefongesellschaft British Telecom nahm die Zahl der Teilzeit- und Agenturarbeiter stark zu. Dazu kommt die Plünderung der Betriebs-Rentenkassen.

Zweitens bedeuten die Großprivatisierungen einen sicheren und dauerhaften Profit für das riesige, in Großbritannien Anlage suchende Kapital. London ist eine der wichtigsten Kapitalsammelstellen der internationalen Versicherungen und der Privatrentiers aus aller Welt. Mit Monopolbetrieben wie Stromversorgung und Wasser ist der Anlageprofit praktisch garantiert. Die Wirtschaftspolitik der Regierung zielt darauf, die Rolle Großbritanniens als „Finanzplatz“ zu stärken, dazu gehört die entsprechende Rendite. Außerdem kann Thatcher mit den Einnahmen aus der Privatisierung Steuersenkungen für Bourgeoisie und Mittelklassen bezahlen.

Sorgen macht sich die Regierung trotzdem. Gegen die Wasser-Privatisierung gibt es auch in der eigenen Partei heftigen Widerstand. Schließlich ist nicht sicher, daß der Kapitalmarkt genügend Aufnahmefähigkeit hat. Die größte Privatisierung war bislang die von British Gas, bei der die Regierung 5,6 Milliarden Pfund (18 Mrd. DM) einnahm. Die Stromprivatisierung allein soll sechsmal soviel Kapital mobilisieren. Hohe „garantierte“ Profite für die Anleger wird es deshalb mit Sicherheit geben.

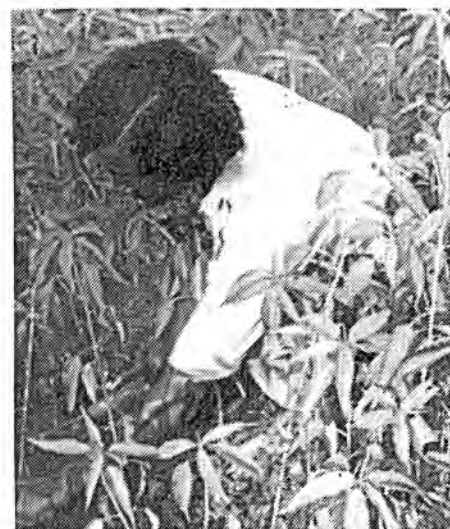
Quellen: Financial Times, versch. Ausgaben, u.a. 23.11.; Labour Research, versch. Ausgaben — (hef)

Pakistan

US-Interessen bleiben gesichert

Am 2.12.1988 wurde Benazir Bhutto, Kandidatin der Pakistan Peoples Party (PPP), von Präsident Ghulam Ischag Khan als neue pakistanische Ministerpräsidentin vereidigt. Sie schwor, die islamische Grundverfassung zu bewahren und ihre Amtsführung nicht durch persönliche Interessen beeinflussen zu lassen.

Nach dem Wahlsieg der PPP vom 17. November schien es kurzzeitig etwas fraglich, ob das neugewählte Parlament, in dem die rechte Parteienvereinigung IDA (Islamische Allianz) in der Minderheit ist, Frau Bhutto als Ministerpräsidentin bestätigen würde. Die unabhängigen Abgeordneten unterstützten allerdings die PPP, die nicht die absolute



Mehrheit hat.

Pakistan ist eines der Länder, die sich am engsten mit den imperialistischen Interessen der USA verbunden haben. Die Landlord-Familie Bhutto (eine der 22 reichsten Familienclassen Pakistans) hatte 1971, nach der blutigen Loslösung des heutigen Bangladesch, mit Ali Bhutto die Präsidentschaft übernommen. 1977 putschte das Militär unter Zia Ul Haq und hielt die Diktatur bis zu dessen Flugzeugabsturz am 17. August 1988.

Die enge Verquickung mit US-Interessen liegt in der Entwicklung der Region begründet. Der Sturz des Schah-Regimes im Iran und die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan machte die Militärdiktatur in Pakistan zur wichtigsten Stütze. Zwischen 1982 und 1987 flossen 3,2 Mrd. Dollar an Finanz- und Militärhilfe in die Hände des pakistanischen Militärs. Es entwickelte sich ein schwunghafter Waffenhandel mit den Mudjahedin. Die Militärdiktatur legte mehr als die Hälfte des Staatshaushaltes in den Ausbau des Militärapparates an. Die weiter wachsende Armut und Unter-

drückung brachten über 2,5 Millionen Pakistani dazu, im Ausland zu arbeiten (davon mehr als 75% als Arbeiter in den Golfstaaten). Durch Streiks und Demonstrationen wurde Zia Ul Haq gezwungen, die Rückkehr von exilierten Oppositionspolitikern, unter ihnen die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Bhutto, zuzulassen und für den 16. November Parlamentswahlen anzusetzen.

Frau Bhutto hat an der westlichen Orientierung keinen Zweifel gelassen. Forderungen nach einer Landreform, mit denen sie zu Beginn des Wahlkampfes angetreten war, wurden während des Wahlkampfes kaum noch erhoben. Die Kandidatenlisten der PPP wurden mit Mitgliedern der großen Landlordfamilien gefüllt; andererseits traten PPP-Mitglieder in den Hungerstreik, als einem Gewerkschafter die Kandidatur versagt werden sollte.

Militärs und Ministerpräsidentin Bhutto sicherten sich gegenseitig Loyalität zu, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß die Militärs in der Regierung vertreten sein werden.

Pakistan scheint nach Aussage von Ministerpräsidentin Bhutto „am Rande des Bankrotts“ zu stehen. Dies hat seine Ursache vermutlich im ständigen Neubedarf an Hochtechnologie für Rüstungsprojekte und dem aufgeblähten Militärapparat. Die Handelsbilanz ist negativ (z.B. 1985 Gesamtwert der Exporte aus der BRD nach Pakistan 574,9 Mio. DM gegenüber 283,9 Mio. DM Exporte aus Pakistan).

Ministerpräsidentin Bhutto ist zwischen Interessen eingeklemmt, die nicht zusammenzubringen sind. Da sie selbst den Interessen der Landlords verhaftet ist, wird sie eine wirkliche Landreform nicht durchführen. Die Verpflichtungen gegenüber der Weltbank und die Festlegung auf Import von Elektronikindustrie lassen nur bedingt Raum für die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, 18.8.1988; FAZ, div. Ausg.; Handelsblatt v. 25.9.1985 und 18.1.1988; TAZ, div. Ausg. — (cog)

Sharpeville-Sechs Todesstrafe umgewandelt

Die Sharpeville-Sechs, die seit ihrer Verurteilung im Dezember 1985, also seit beinahe drei Jahren, in der Todeszelle saßen, werden nicht hingerichtet. Wenige Stunden nachdem das Oberste Gericht Südafrikas am 23. November die Wiederaufnahme ihrer Verfahren endgültig abgelehnt hatte, wandelte Staatspräsident Botha die Todesstrafen in langjährige Haftstrafen um. Die Sechs sollen nun zwischen 18 und 25 Jahre im Kast absitzen: Begnadigung à la Pretoria.

Gleichzeitig mit den Sechs wurden

drei weitere Schwarze sowie vier weiße Polizisten begnadigt. Zwei der Polizisten waren Mitglieder einer Sondereinheit zur Kontrolle von Unruhen, verurteilt wegen Mordes an einem schwarzen Jugendlichen. Die beiden anderen, Angehörige der Rauschgifteinheit der Johannesburger Polizei, waren wegen vorsätzlichen Mordes an zwei angeblichen Rauschgifthändlern zum Tode verurteilt worden. Für diese beiden hatten sich vor allem neonazistische Gruppen in Südafrika eingesetzt.

Angesichts dieser Lage muß leider festgestellt werden, daß trotz der allgemeinen Erleichterung und der verständlichen Freude der Sechs und ihrer Angehörigen wenig Grund besteht, in Jubel auszubrechen. Der Anwalt der Sechs, Prakash Diar, nahm die Nachricht von der Begnadigung seiner Mandanten denn auch mit „gemischten Gefühlen“ auf. Er sprach von einem Handel, der mit seinen Mandanten betrieben worden sei und bezeichnete Bothas Vorgehen als „absolut widerwärtig“, da dadurch eine Verbindung zwischen dem Fall der Sharpeville-Sechs und dem der vier weißen Polizisten hergestellt worden sei. Im Gegen-

satz zu den Polizisten, die die Morde zugegeben hatten, waren die Sharpeville-Sechs auf der Rechtsgrundlage der „gemeinsamen Absicht“ verurteilt worden, da keinem von ihnen eine Beteiligung an der ihnen vorgeworfenen Tat nachgewiesen werden konnte.

Botha versucht offensichtlich, die Weltöffentlichkeit, die seit Monaten gegen die Hinrichtung der Sechs protestiert hatte, zu beschwichtigen und es sich gleichzeitig mit der Ultrarechten in Südafrika nicht zu verderben. Im übrigen verfährt das Regime wie gehabt: Bereits am Tag nach den Begnadigungen wurden erneut fünf Schwarze gehängt, was die Zahl der 1988 Hingerichteten auf 115 erhöht. Rund 300 Menschen sitzen noch immer in den Todeszellen, darunter ungefähr 50 politische Gefangene. Auch an der Praxis, weiterhin Todesurteile gegen Freiheitskämpfer zu verhängen, hat sich nichts geändert, das zeigen die kürzlich gefällten Urteile im sog. Delmas-Prozess.

Die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe und Freilassung aller Politischen Gefangenen in Südafrika hat an Aktualität nichts verloren. — (ang)

Türkei/Kurdistan

Die Gefangenen kämpfen gegen Isolation und Folter

Etwa 2000 politische Gefangene in der Türkei und in den türkisch besetzten Gebieten Kurdistans haben in den letzten Wochen eine der größten Widerstandskaktionen in den Gefängnissen seit dem Militärputsch 1980 begonnen. Nach den vorliegenden Berichten begannen die Aktionen Mitte Oktober. Inzwischen sind etwa 2000 politische Gefangene in den Gefängnissen von Diyarbakir, Eskişehir, Ceyhan, Metris (Istanbul), Bay-

rampasa (Istanbul), G. Antep, Bursa, Aydin, Adana, Ürümchi u.a. im Hungerstreik. In Eskişehir verschärften die Gefangenen am 8.11. ihre Aktion und traten in ein Todesfasten ein, d.h., sie verzichteten auch die Annahme von Flüssigkeit.

Noch im Frühjahr hatte das Regime den Anschein erweckt, als wolle es den etwa 5000 politischen Gefangenen nach langjährigen und verlustreichen Kämp-



Eine der zahlreichen Protestaktionen in der Türkei zur Unterstützung des Hungerstreiks. Nach letzten Meldungen soll die Gefängnisverwaltung von Diyarbakir den Forderungen der Gefangenen teilweise nachgegeben haben, woraufhin die Gefangenen ihren Hungerstreik beendet haben sollen.



Am 26. November entließ die südafrikanische Regierung den Präsidenten des PAC (Pan Africanist Congress of Azania), Zephania Mothopeng, schwerkrank aus der Haft. Die Rassisten hatten Zephania Mothopeng 1976 in einem Geheimplatz zu 15 Jahren Gefängnis verteilt, weil er gemeinsam mit elf weiteren Angeklagten aus dem PAC und der Black-Consciousness-Bewegung die Juni-Aufstände 1981, die in Soweto begannen, organisiert haben soll. Mothopengs Gesundheit ist stark angegriffen, vor allem, nachdem das Regime Mothopeng ohne seine Einwilligung und ohne Kenntnis seiner Familie operieren ließ. Außerdem wurde der 1968 zu lebenslanger Haft verurteilte ANC-Kämpfer Harry Gwala auch schwerkrank aus der Haft entlassen. —(uld)

USA: Versuch, Abtreibung illegal zu machen

Die Reagan Regierung hat den Obersten Gerichtshof erneut aufgefordert, die 1973er Legalisierung der Abtreibung zu revidieren. Das Justizministerium sucht schon lange nach einer Entscheidung eines oberen Bundesgerichts in Sachen Abtreibung, dessen Anfechtung der Oberste Gerichtshof zur Entscheidung annehmen würde. Jetzt hat es sich dem Revisionsbegehren des Staates Missouri angeschlossen, dessen Anti-Abtreibungsgesetz aufgehoben wurde. 1985 hatte das Justizministerium schon einmal einen Revisionsversuch unternommen. Das Oberste Gericht entschied damals mit 5:4 gegen ein Gesetz aus Pennsylvania. Seitdem ist ein Mitglied der

damaligen Mehrheit durch einen von Reagan nominierten Richter ersetzt. — (ger)

Honduras: Bananenarbeiter streiken

Ende November haben 12000 Plantagenarbeiter im mittelamerikanischen Honduras die Arbeit niedergelegt. Sie bestreiken den US-amerikanischen Konzern United Brands, dem die rund 200 Bananenplantagen gehören, auf denen die Arbeiter beschäftigt sind. Die Streikenden fordern von dem Konzern, der Honduras weitgehend beherrscht, einen „Sozialbeitrag“ von insgesamt 60 Millionen Dollar für den Bau von Wohnungen, Schulen und Straßen. Ihr Lohn beträgt umgerechnet ca. 330 DM im Monat. — (scc)

RSA: Keine Ende der Aggression gegen Angola

Die zunächst von den USA und Südafrika für den 4. Dezember angekündigte Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Angola, Kuba und Südafrika über hat nicht stattgefunden. Die USA und Südafrika hatten in der vergangenen Woche erklärt, ein Abkommen, das sowohl den Abzug der kubanischen Soldaten aus Angola wie auch die Unabhängigkeit Namibias und die dabei nötigen Schritte regeln sollte, sei unterzeichnungsreif. Südafrika behauptet nun, die Unterzeichnung sei an der Unwilligkeit Angolas gescheitert, den Abzug der kubanischen Soldaten von neutralen Beobachtern überprüfen zu lassen. Der kubanische Präsident Castro wies diese Behauptung zurück und teilte mit, daß Südafrika unannehmable Bedingungen gestellt habe, aber selbst keine Garantien für seinen Abzug geben wolle. Die Verhandlungen werden sich anscheinend noch länger hinziehen, da zudem der künftige US-Präsident Bush die Militärhilfe der USA für die UNITA bekräftigt und auch für die Zukunft zugesichert hat. Die offiziell als „Vermittler“ bezeichneten USA fordern inzwischen, daß die angolische Regierung die UNITA anerkennt und Verhandlungen aufnimmt. Außerdem mehrten sich in Namibia die Anzeichen, daß die RSA die angeschlagenen Truppen wieder an der Nordgrenze zu Angola sammelt und erneute Terrorüberfälle vorbereitet. Am 6. November protestierte Angola gegen den Einsatz der sogenannten Namibischen Territorialarmee, die unter südafrikanischem Oberkommando steht, in Angola. Die Aggressionstruppen waren zur Unterstützung von UNITA-Operationen in Angola eingefallen. Die Truppe soll nach Südafrikas Wünschen bestehen bleiben. — (uld)

fen verschiedene Hafterleichterungen zugestehen. Nach einem großen Hungerstreik von 2000 kurdischen Gefangenen in Diyarbakir hatte die Gefängnisverwaltung erstmals den Gebrauch der kurdischen Sprache bei Besuchen zugestanden. Kurz darauf begann das Regime, Gefangene aus Diyarbakir über die Haftanstalten im ganzen Land zu verstreuen. Folter, Isolationshaft und Quälereien begannen von neuem. Gleichzeitig wurde ein Großteil der politischen Gefangenen aus den militärischen Haftanstalten in sogenannte „zivile“ Gefängnisse überführt. Kaum war diese Überführung abgeschlossen, verfügte der Justizminister mit Wirkung vom 1. August eine Rücknahme fast aller in den Militärgefängnissen errungenen Hafterleichterungen.

Die Gefangenen, die verschiedenen Organisationen der türkischen und kurdischen Linken angehören, fordern u.a.:

1. Kriegsgefangenenstatus für die po-

litischen Gefangenen gemäß der III. Genfer Konvention von 1949 und dem Zusatzprotokoll II zu den Genfer Konventionen.

— 2. Schluß mit den Zwangsverlegungen der Gefangenen.

— 3. Weg mit dem Erlaß vom 1.8.1988. Dieser Erlaß schreibt u.a. das Tragen von Gefängniskleidung vor. Die Möglichkeiten zum Kantineinkauf werden eingeschränkt. Besuche sollen statt bisher einmal wöchentlich nur noch einmal in zwei Wochen erlaubt sein, die Besuchszeit wird von zwei Stunden auf eine halbe bis eine Stunde verringert. Anwaltsbesuche werden eingeschränkt, der Hofgang, bisher den ganzen Tag möglich, auf vier Stunden täglich verkürzt. Geschenke wie Tabak, Tee, Schokolade, Zigaretten usw. sind verboten, ebenso die Annahme von Nahrung von außen. Radios, Kassettenrekorder, Schreibmaschinen, Zeichenmaterial u.ä. sollen wieder konfisziert werden, eingehende

Zeitungen und Bücher zensiert oder gar nicht ausgehändigt werden.

— 4. Aufhebung der „Disziplinarverfahren“. Bei diesen Verfahren werden Gefangene, die sich politisch äußern, mit weiteren Haftstrafen belangt. Z.B. wurde der Gefangene Sakine Cansiz wegen einer Solidaritätserklärung mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan zu 76 Jahren „Disziplinarstrafe“ verurteilt.

— 5. Freilassung nach 2/3 der Haftzeit. Politische Protestaktionen der Gefangenen während der Haft führen bisher dazu, daß die Gefangenen nicht nach 2/3 der Haftzeit entlassen werden.

— 6. Schluß mit Folter und Unterdrückung, für bessere Haftbedingungen.

Von Anfang der jetzigen Protestwelle an hat das Regime versucht, den Widerstand der Gefangenen mit äußerster Gewalt zu brechen. In Eskisehir wurden die hungerstreikenden Gefangenen bereits am 13. Oktober von schwerbewaffneten

NATO: Rüstung weiter erhöht

Die Konferenz der NATO-Verteidigungsminister am 2.12. in Brüssel hat eine weitere Erhöhung des NATO-Infrastrukturprogramms beschlossen. Danach sollen die laufenden Mittel für dieses Programm um zusätzliche 500 Mio. DM aufgestockt werden. Außerdem stimmten die Minister dem Vorschlag der BRD zu, eine gemeinsame Luftlandedivision aus Truppen der BRD, Großbritanniens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs zu schaffen. Die neu zu schaffende Einheit soll dem NATO-Kommando Nord unterstehen. (Quelle: UZ, 03.12.88 — rül)

UN-Vollversammlung nach Genf verlegt

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen wird vom 13. bis 15. Dezember nach Genf verlegt. Nachdem das US-Außenministerium PLO-Chef Arafat die Einreise verboten und damit seine Teilnahme an der UN-Vollversammlung verhindert hatte, stimmten 121 Staaten für die Verlegung der Vollversammlung. UN-Generalsekretär Perez de Cuellar rügte das Einreiseverbot als „unvereinbar“ mit den vertraglichen Pflichten der USA gegenüber der UNO. Im 1946 geschlossenen Vertrag heißt es: „Die Behörden der USA werden der Durchreise von Repräsentanten der Mitglieder oder Beamten der Vereinten Nationen oder Vertretern nichtregierungsamtlicher Organisationen, die von den Vereinten Nationen anerkannt sind, ... keinerlei Behinderungen auferlegen.“ Der US-Kongreß hatte dazu einseitig eine Ergänzung verabschiedet, wonach keine Passage im Vertrag das Recht der USA einschränken dürfe, „die eigene Sicherheit zu ge-

währleisten und die Einreise von Ausländern in irgendein Gebiet der USA vollständig zu kontrollieren.“ Auf diese Passage stützt sich das US-Außenministerium, um die PLO unter Druck zu setzen. — (rül)

USA: Verbote von Heimarbeit aufgehoben

Drei Tage nach den Wahlen hat das US-Arbeitsministerium die seit 45 Jahren bestehenden Verbote von Heimarbeit in fünf Branchen der Bekleidungs- und Schmuckindustrie aufgehoben. Die

Heimarbeitsverbote wurden zwischen 1941 und 1943 für sieben Branchen dieser Industrien erlassen, in denen die Ausbeutung von Einwanderern und Kinderarbeit in Form von Stücklohn grassierte. Die Gewerkschaften der betroffenen Industriebereiche planen Anfechtung der Aufhebung vor Gericht. Die Arbeitsministerin begründet die Aufhebung damit, daß „die Arbeiter die Freiheit zwischen flexiblen Alternativen zu wählen“ haben müßten. Bezüglich der Rechte der Arbeiter plane das Ministerium ein Handbuch — in sechs Sprachen! — (ger)



150 000 Menschen demonstrierten am 3.12. in Buenos Aires gegen eine neuerliche Revolte von Teilen des argentinischen Militärs. Etwa 1000 Mann auf drei Stützpunkten sollen sich an der Revolte beteiligt haben. Unter Führung von Oberst Seineldin (Bild), der als Führer rechtsgerichteter Militärs gilt, forderten die Meuterer u.a. eine Amnestie für die seit Dezember 1985 zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Mitglieder der früheren Militärjunta. Während der Herrschaft dieser Junta waren 10 000 bis 30 000 Oppositionelle von den Sicherheitskräften ermordet worden. Während Gewerkschaften und Parlamentsparteien für den 5. Dezember zum Generalstreik gegen die Revolte aufriefen, forderte die katholische Kirche, die mit der Militärdiktatur weitgehend kollaboriert hatte, einen „nationalen Dialog“. Am Abend des 4. Dezember gaben die Meuterer auf. — (rül)

Spezialtruppen, Zivilpolizisten und Gendarmen überfallen, alle ihre Sachen beschlagnahmt. Neun Gefangene wurden bei diesem Überfall schwer verletzt. In Diyarbakir überfielen ähnlich schwer bewaffnete Spezialtruppen am 23. Oktober die Gefangenen und verletzten ca. 40 von ihnen schwer. 163 Gefangene wurden in andere Gefängnisse verlegt. Einer der Gefangenen wurde bei dem Überfall so schwer verletzt, daß er erblindete.

Trotzdem setzten die Gefangenen ihren Widerstand fort und weiteten ihn sogar noch aus. Auch die Solidaritätsaktionen außerhalb der Gefängnisse nahmen zu. Hier nur einige der Aktionen der letzten Tage:

— 13.11.: In Istanbul demonstrierten 400 Jugendliche in Solidarität mit den Hungerstreikenden. Die Polizei überfiel die Aktion und nahm 40 Jugendliche fest.

— 21.11.: In Istanbul wurden mehrere Bombenanschläge auf Banken verübt. In

der Nähe der Anschlagstellen fand die Polizei Parolen zur Unterstützung der Hungerstreikenden und gegen den Erlaß des Justizministers vom 1. August.

— 25.11.: In Istanbul demonstrierten über 500 Studenten der Technischen Universität zur Unterstützung der Hungerstreikenden. In Ankara boykottierten 70 Studenten in einer Solidaritätsaktion die Essensausgabe. In Istanbul begannen ca. 40 Mitglieder der (sozialdemokratischen) SHP einen befristeten Hungerstreik zur Unterstützung der politischen Gefangenen. In Antalya traten acht Jugendliche im Gebäude der SHP in einen Solidaritätshungerstreik. In Izmir begannen 15 Studenten im Garten der Universität einen Solidaritätshungerstreik. Zahlreiche Studenten haben in den letzten Tagen Telegramme an den Justizminister Topac geschickt, in denen sie die Gefangenen unterstützen. Mindestens 14 von ihnen sind deswegen festgenommen.

— 29.11.: In Izmir wurde auf den für

die Gefängnisse zuständigen Staatsanwalt ein Attentat verübt. Der Staatsanwalt wurde schwer verletzt.

Nach den letzten Nachrichten wird die Situation der Gefangenen immer kritischer. Dutzende Gefangene liegen bereits im Koma, etwa 50 Gefangene mußten mit Magenblutungen bzw. Leber- oder Nierenschäden in Krankenhäuser eingeliefert werden. Um den Streik zu brechen, hat der Justizminister verfügt, den Hungerstreikenden die Ausgabe von Salz und Zucker zu verweigern. Der Generalsekretär der Ärztekammer in Ankara, Dr. Ata Soyer, protestierte dagegen. Dies verstoße gegen die Standardregeln der UNO für die Behandlung von Gefangenen, die Ärzte sollten sich nicht zum Mittel dieser staatlichen „Vernichtungspolitik“ machen lassen.

Quellenhinweis: Cumhuriyet, Milliyet, 15.11. bis 30.11.88.; Kurdistan-Rundbrief Nr. 7 und 8, versch. Flugblätter von Solidaritätskomitees in der BRD — (dos, rül)

Veröffentlichungen

Argumente gegen Fraueneinsatz beim Bund

Die gegenwärtigen offiziellen Planungen der Armeeführung sehen einen Einsatz von Frauen in der Bundeswehr in nur ganz geringem Umfang beim Sanitätsdienst vor. Grund ist nicht mangelndes Interesse, sondern Vorsicht, denn öffentliche Debatte und zu erwartenden Widerstand scheut die Bundeswehr sehr. Die Sache wird aber systematisch durch Regierung, Parteien und Politiker am Kochen gehalten, wie eine Broschüre der GRÜNEN in Beiträgen und Dokumenten darstellt.

Die verschiedenen kursierenden Modelle über kriegsgerechten Einsatz von Frauen sind a) Dienst in der Bundeswehr (mit oder ohne Waffe), b) Schaffung von Spezialdiensten für Frauen beim Bund, c) Umgestaltung des Zivildienstes, d) allgemeine Dienstpflicht („soziales Jahr“).

Die Broschüre wendet sich gegen Argumente, die Frauendienst beim Militär schmackhaft machen sollen, etwa Karrieremöglichkeit, sicherer Arbeitsplatz und besonders Gleichberechtigung der Frauen. Die FDP, der Deutsche Bundeswehrverband aber auch die Zeitschrift „Emma“ verbreiten solche Ansichten. Emanzipation ist aber keine formale Sache, so die Autorinnen, sondern hat zum Inhalt Aufhebung von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung. Die Bundeswehr steht für das Gegenteil.

Anliegen ist daher: „Reduzierung der Truppenstärke — Abbau der Bundeswehr — Keine Frau zum Bund, stattdessen Männer raus aus der Bundeswehr“.

Die GRÜNEN im Bundestag: Weder Waffenrock noch Schwesternkleid — Gegen weitere Militarisierung von Frauen und Allgemeine Dienstpflicht, Bonn, September 1988 — (jok)

Die Grünen zur Gesundheitsreform

Mit der Broschüre „Gegen die geplante Strukturreform Gesundheitswesen“ will die Fraktion der Grünen im Bundestag dazu beitragen, „die neuen ‚sozialen Wohlfahrten‘ des Sozialministers Dr. Blum ins rechte Licht (zu) rücken.“

Die Broschüre dokumentiert die Koalitionsvereinbarung vom 25.01.1987 für einen Gesetzentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen und skizziert davon ausgehend die parlamentarische Entwicklung dieses Gesetzes. Die Darstellung der Einflußnahme von Verbänden beschränkt sich leider auf eine Zitatensammlung. Der Nachweis, daß das Gesundheitsreform-Gesetz nichts anderes als die politische Umsetzung der Absichten der Monopolkapitalisten ist, fehlt somit fast vollständig.

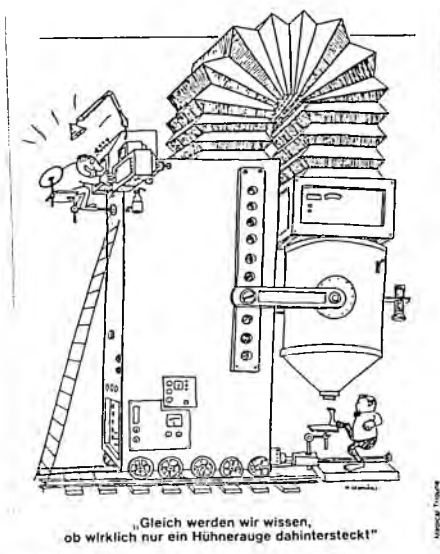
Die inhaltliche Kritik konzentriert sich

auf die Verschärfung der sogenannten „Selbstbeteiligung“, die Einführung eines Medizinischen Dienstes, die Erfassung von Patientendaten und die vollkommen unzureichende Unterstützung pflegebedürftiger Menschen.

„Prävention als Konsequenz ökonomischer und ökologischer Realitäten“ (S. 39) ist der Leitspruch, unter dem die Grünen im Bundestag eine Reform des Gesundheitswesens verwirklichen möchten.

Trotz aller Kritik gibt es auf der anderen Seite doch gefährliche Übereinstimmungen, die insbesondere in einem Antrag der Fraktion der Grünen (der im Anhang dokumentiert ist) zum Ausdruck kommen.

Dort heißt es u.a.: „Eine Full-House-Politik der Krankenhäuser und eine sich an Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten orientierende Belegungspolitik muß zugunsten einer patientenfreundlichen Kran-



Bürgerliche Propaganda: Leistungsanbieter schaffen sich selber den Bedarf.

kenhauspolitik verändert werden.“ (S. 49) Überbelegung der Krankenhäuser, damit sie in die Gewinnzone fahren? Das ist nichts als bürgerliche Propaganda zwecks Abbau von Krankenhausbetten!

„Auf dem Gebiet der Arzneimittelversorgung muß der Tendenz einer unsinnig hohen Zahl von Medikamenten und eines überhöhten Arzneimittelverbrauches durch strikte Kontrolle der Pharmaindustrie und der Arzneimittelwerbung begegnet werden.“ (S. 48) Wiederum erwecken die Grünen im Bundestag den Eindruck, als würde der Bedarf künstlich geschaffen. Besonders schlimm, wenn der Empfehlung weniger Medikamente zu nehmen, noch der Rat aufgesattelt wird:

„Es muß akzeptiert werden, daß Krankheit eine Chance für die/den einzelne/n darstellen kann, mit körperlichen Defiziten leben zu lernen.“ (S. 49)

Argumente — Gegen die geplante Strukturreform Gesundheitswesen — Die Grünen im Bundestag: 56 Seiten, 10/88 — (kar)

Die Lohndifferenzierung zwischen den Regionen wächst

M. Koller, Mitarbeiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, nennt seinen Artikel eine „empirische Analyse“. Die Ergebnisse zeigen, daß die Streuungen der Jahresdurchschnittsverdienste zwischen den Regionen wesentlich größer sind, als es bisherige Untersuchungen, die von Kapitalistenverbänden vorliegen, „nachgewiesen“ haben. 1986 lagen die Jahresbruttoeinkommen der Lohnarbeiterinnen in Vollzeitbeschäftigung 34% unter denen der Männer. Regionale Lohndifferenzen insgesamt streuen bis zum Verhältnis 1:2, wobei die höchsten Tageslöhne 1986 im Kreis Wolfsburg mit 124 DM, in Leverkusen und Ludwigshafen mit 118 DM angegeben werden. In Oberrhein betragen sie 79 DM, in Schleswig und Flensburg 76 DM. Hinzu kommt, daß im Oberrhein und in Nordfriesland die durchschnittliche Beschäftigungsdauer mit 241 Tagen pro Jahr relativ gering war. „Die größere Flexibilität bei den Einstellungsloöhnen ... kann daher eher von Branchen und Betrieben genutzt werden, die in solchen Perioden ihre Beschäftigung ausdehnen und aus der unausgelasteten Arbeitskraftreserve ihre Personalstruktur neu sortieren können“, erklärt Koller unverhohlen.

M. Koller, Lohnstruktur und Lohnflexibilität, WSI-Mitteilungen 10/88, Düsseldorf — (mal)

„Man will nicht wahrhaben . . . daß sie sich ausbreiten“

Das schreiben die Verfasser einer Broschüre der VVN/BdA zum Thema „Die FAP in Hannover“ im Vorwort. Die Hintergründe des sich ausbreitenden Neofaschismus, seine gesellschaftliche Funktion unter der Regie konzernbestimmter Politik, werden — wenn überhaupt — nur oberflächlich analysiert. Nützlich ist die historische Darstellung der Entwicklung der FAP von der „ANS/NA“ Michael Kühnens bis hin zu neuen Gruppierungen wie der „Nationalistischen Front“ oder der „Nationalen Sammlung“, die von Kühnen aufgebaut wird.

Die programmatischen Schwerpunkte und das öffentliche Auftreten der FAP in Hannover sind Hauptbestandteile der Broschüre, in der auch ansatzweise die Einflußnahme staatlicher Organe zum Ausdruck kommt. In mehreren Punkten wird die Zusammenarbeit von Faschisten, Verfassungsschutz, Polizei und niedersächsischer Landesregierung im „Bornemann-Prozess“ u.a. vom Vater des ermordeten Skinheads entlarvt. Trotz des relativ hohen Strafmaßes gegen die faschistischen Mörder unterdrückt das Gericht andere Zusammenhänge systematisch.

Eine Zeitliste von 1984 bis 1988 dokumentiert faschistische Auftritte und

Übergriffe gegen Ausländer, Antifaschisten und Einzelpersonen in Hannover. Ergänzt wird sie durch Presseartikel-Auszüge, die sich kritisch mit dem „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen. „Die vorliegende Dokumentation soll einen Beitrag dazu leisten, die Propaganda und Ziele der FAP als faschistische zu entlarven.“ Das tut sie.

Neofaschisten, Ausländerfeinde, Provokateure — Die FAP in Hannover, Neofaschismus-Kommission der VVN, Hannover 1988 — (mal)

WSI-Studie über niedrige Arbeitseinkommen

Nach einer kritischen Betrachtung der Definition der Grenze, ab der man nach der Europäischen Sozialcharta von 1986 von einem „angemessenen und würdigen“ Arbeitseinkommen sprechen kann (68% des „nationalen“ Durchschnittslohns eines Erwachsenen), arbeitet die Studie umfangreiches statistisches Material über die verschiedenen Bereiche auf, in denen Niedrigeinkommen aus Lohnarbeit vorkommen.

Selbst unter Anwendung dieses niedrigen Maßstabs stellt sich heraus, daß in der BRD 1985 775 000 von 827 000 Industriearbeiterinnen ein Einkommen erzielen, das unter 68% des durchschnittlichen Verdienstes eines Mannes in der Industrie liegt. Weiter wird der „traditionelle“ Niedriglohnbereich sowohl nach Branchen und anderen Wirtschaftsbereichen als auch nach Regionen differenziert und die Ergebnisse ausführlich dokumentiert.

Im Kapitel, das Niedrigeinkommen als Folge neuer Beschäftigungsformen untersucht, wird festgestellt, daß „die Differenzierung der Einkommen derzeit weniger über zusätzliche Niedriglohn-Gruppen verläuft, sondern in einem stärkeren Maße über differenzierte Formen von Arbeitsverhältnissen (Teilzeit-, Kurzzeitbeschäftigung, befristete Beschäftigung).“

So gründlich diese Behauptung für die Bereiche Teilzeit und Leiharbeit belegt wird, so ungenügend ist die Bearbeitung des Bereichs der befristeten Arbeitsverhältnisse, sie fehlt fast vollständig. Dieser Mangel müßte angesichts der Zunahme dieser Sorte Beschäftigung und der diskriminierenden Bestimmungen für solche Beschäftigten (z.B. Staffelfung von Einmalzahlungen nach Betriebszugehörigkeit) in verschiedenen Tarifverträgen unbedingt behoben werden.

Ebenso wünschenswert wäre eine Fortsetzung der Studie auf Grundlage neueren Datenmaterials. Trotz dieser Schwächen eine — nicht zuletzt wegen der aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten — nützliche Studie, die Pflichtlektüre in den Vorstandsabteilungen der Gewerkschaften werden sollte.

Rudolf Welzmüller „Niedrige Arbeitseinkommen als lohn- und verteilungspolitisches Problem“. WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 14, Düsseldorf, Mai 1987 — (has)

Deutschlandtag 1988 der Jungen Union

Für „grenzenloses“ Europa — Kohl verlangt mehr Aggressivität

Vier Stunden lang hörte sich Helmut Kohl, Bundeskanzler und CDU-Bundesvorsitzender, bittere Klagen des CDU-Nachwuchses über Überalterung der Union und einen „verschlafenen Generationenwechsel“ an. Dabei ging Kohl nicht eben sanft mit den Delegierten um. Mal richtig sauer und mal süffisant beschied er die Kritiker: „Wir sind doch hier nicht an der Klagemauer“ und: Die Jugend müsse sich eben durchboxen. Seine eigene Box-Karriere in der CDU stellte er der Versammlung als Vorbild hin. Dann wurde er von der Jungen Union (JU) mit stehenden Ovationen verabschiedet.

Probleme mit der Keilarbeit durch „Beförderungstau“?

Hintergrund der Klagen der Jungen Union ist die geringe Attraktivität ihrer Organisation auf den karrierebewußten Teil der Jugend. Seit Antritt der Regierung Kohl ist die Mitgliederzahl um über 20 000 auf jetzt 230 000 gesunken. In traditionellen Rekrutierungsfeldern tut sich die Junge Union schwer: Bei kirchlich gebundenen Jugendlichen dominieren häufig die Grünen, während die JU-Keilarbeit nur mäßigen Erfolg hat. Zudem sind nur etwas mehr als ein Viertel der Mitglieder der Jungen Union gleichzeitig Mitglieder der CDU. Auch mit der Altersstruktur in der CDU selbst sind die Konservativen unzufrieden: nur 3,3% vom Ganzen sind zwischen 18 und 25 Jahre alt, die in den 70er Jahren durchgeführte Senkung des Eintrittsalters in die CDU auf 16 Jahre hat keinen Erfolg gehabt: Ganze 95 CDU-Mitglieder sind

16, nur 363 17 und auch nur 866 18 Jahre alt (Mitgliederzahl der CDU insgesamt: 700 000). Bundeskanzler Kohl sprach vor der JU von drei aufzuarbeitenden Defiziten: die mangelnde Repräsentanz der Frauen in der CDU, die mangelnde Repräsentanz in den Betrieben und unter Jugendlichen.

Die JU soll weiter nach rechts marschieren

Kohl nahm sich die JU-Kritiker vor, als es um den Weg ging, die Rekrutierungsarbeit zu verbessern. Diese machten einen „Beförderungstau“ in der CDU für die mangelnde Attraktivität der Jungen Union verantwortlich. Kein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei unter 35, die Partei sei verkalkt usw. Tatsächlich ist es nur schwer vorstellbar, daß sich z.B. ein gut dotierter Jungmanager auf das Politikmachen in der Jungen Union einläßt, wenn ihm nicht Karriere-möglichkeiten und Geld winken. Einen „verschlafenen Generationenwechsel“ nachzuholen versprach Helmut Kohl aber nicht, sondern verlangte vom nörgelnden Nachwuchs, besser zu sein, und das heißt: Die nächsten zwei Jahre würden „aggressiv im Angriff“ genutzt. Kohl ging es darum, die Junge Union weiter nach rechts zu rücken. In der „Welt“ wurde die Auseinandersetzung so kommentiert: „Was ist nun so jung, das heißt frisch und neu, an der Jungen Union? Was hatte sie Kohl zu sagen auf den Gebieten, die die Union so gottserbärmlich schleifen läßt? War da einer, der etwa die geduckte Haltung in der deutschen Frage brandmarkte, der in der



Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Jungen Union-Vorsitzenden Christoph Böhr: Standpauke für die Junge Union

Abtreibungsfrage mehr als Anpassung zu bieten hatte, der klare Worte zu Verteidigungsbereitschaft, Marktwirtschaft, Schule contra sozialistische Klippschulpolitik fand? ... Der gar über all das hinaus ein Bekenntnis zu Leistung, Plichterfüllung und all den anderen Tugenden bis hin zum christlichen Glauben wagte, die in der Bevölkerung geachtet und in der veröffentlichten Meinung verhöhnt werden?" Es war wohl keiner da, aber der Beifall, den Kohl für seine in diesem Tenor gehaltene Standpauke erhielt, läßt Böses ahnen.

„Dt. Frage“ und Ostexpansion europäisch aufgerollt

Der Deutschlandtag 1988 der Jungen Union stand unter dem Motto „Europas Zukunft: grenzenlos“. Im verabschiedeten Leitantrag wird die Ostexpansion als ein leitendes Motiv für das Eintreten für ein „geeintes Europa“ festgelegt und die besondere Einflußnahme des BRD-Imperialismus festgestellt: „Dabei heißt Eintreten für das geeinte Europa nicht, auf unsere nationalen deutschen Traditionen verzichten zu wollen ... Wir ver-

terlandes zu überwinden.“ Die Beseitigung der Planwirtschaften Osteuropas wird zur Aufgabe des geeintes Europas gemacht: „Die künstliche Teilung, die durch den Nationalsozialismus, die Oktoberrevolution in der Sowjetunion, durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges und nach 1945 durch die kommunistische Machtergreifung in den Staaten Osteuropas erfolgt ist und in dem Bau der Berliner Mauer ihr bis heute menschenverachtendstes Symbol gefunden hat, hat keinen Bestand vor der Geschichte. Der Kommunismus hat das europäische Lebensgefühl der Freiheit nicht ersticken können. Deshalb wollen wir die Grenzen durchlässig machen, wir wollen die Menschen zusammenführen, wir wollen das eine Europa in Freiheit, Frieden und Wohlergehen — ein Europa ohne Grenzen. Wir wollen die Spaltung Europas überwinden.“

Während nun die Beseitigung der Folgen der Oktoberrevolution offen auf die Fahne geschrieben wird, verlangt die Junge Union bis dahin: „Wir ... appellieren an die Führungen der sozialistischen Länder, ... die Volksgruppen-

rungen hervorzurufen. Die Erfassungsstelle muß auch als Symbol für die Abnormitäten in unserem geteilten Land Bestand haben. Tendenzen, diese abzuschaffen, kann bei den Bewohnern der DDR nur das Gefühl der Verlassenheit und Nichtbeachtung hervorrufen. Diesem muß vorgebeugt werden. Allein in der Hand der DDR-Führung muß es liegen, ob die Erfassungsstelle geschlossen werden kann.“ Aufstachelung der bourgeois und reaktionären Kräfte in der DDR, Destabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse sind die auch so direkt ausgesprochenen Absichten der JU.

Anschluß Österreichs ans europäische Reich

Die Junge Union hat sich die Herstellung eines großdeutschen Reichs unter dem Dach der Europäischen Gemeinschaft zur Aufgabe gemacht. Durch einen Ergänzungsantrag noch verschärft, behandelt die JU den österreichischen Staatsvertrag als bloßen Fetzen Papier: „Die Junge Union Deutschlands unterstützt mit Nachdruck das Bemühen Österreichs, der Europäischen Gemeinschaft als Vollmitglied beizutreten. Die Neutralität Österreichs würde durch einen Beitritt zur EG keineswegs in Frage gestellt. Der Beitritt Österreichs darf jedoch die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EG nicht beeinträchtigen ... Eine Mitwirkung Österreichs im Rahmen der Europäischen Zusammenarbeit (EPZ) bietet für die Europäische Gemeinschaft neue Chancen. Der besondere Status Österreichs beinhaltet die Möglichkeit, politische Vermittlungs- und Verbindungsaufgaben leichter wahrnehmen zu können. Dies gilt in besonderer Weise auf mittel- und osteuropäische Staaten. Aus diesem Grund wäre es für die Europäische Gemeinschaft wünschenswert, wenn zum Beispiel Ungarn vor dem Beitritt Österreichs zur EG ein Assoziationsverhältnis mit Österreich eingehen würde. Wenn auf diesem Wege erstmals ein Mitgliedsstaat des Warschauer Paktsystems gleichsam ein Assoziationsverhältnis zur EG einging, so findet diese Entwicklung unsere nachdrückliche Unterstützung.“

Nicht mehr behandelt werden können hier die Ausführungen zu den Verhältnissen in der EG und der Herausbildung der Europäischen Union. Aus dem Leitantrag der JU „Europas Zukunft: Grenzenlos“ geht als Ganzem hervor, daß wohl keine Grenze in Europa mehr sicher ist. Der BRD-Imperialismus betreibt die europäische Einigung unter seiner Führung und zielstrebig einen Expansions- und Kriegskurs gegen die RGW-Staaten, und die Junge Union ist einer der Trommler.

Quellenhinweis: Leitantrag der Jungen Union, Anträge zum Leitantrag. Anträge zum Deutschlandtag, DIE WELT, 28.11.88; FAZ, 28.11.88; Rheinischer Merkur, 25.11.88; Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28.11.88. — (kek)



Mitglieder der „Schlesischen Jugend“ in Bayern. Die Junge Union soll aggressiver für revanchistische „Großdeutsch-europäische“-Ansprüche eintreten.

stehen unser Eintreten für die Europäische Union auch als Handeln für die Deutschen, die sich zum Gedanken der Völkerverständigung in Frieden und Freiheit nicht frei äußern dürfen.“ Die Junge Union erwartet von der „europäischen Einigung“ die baldige Einverleibung zumindest der DDR: „Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen im Ostblock sowie im Hinblick auf die zunehmende Intensivierung der Beziehungen zwischen der EG und den mittel- und osteuropäischen Staaten ist es unsere Aufgabe, eine Konstellation zu erreichen, in der sich die bis heute offene deutsche Frage in einem sehr konkreten Zusammenhang stellt. Unser Ziel ist und bleibt es, die Teilung unseres Va-

rechte aller Deutschen in den osteuropäischen und südosteuropäischen Siedlungsgebieten zu achten.“ Es ist sehr erschreckend, mit welcher Dreistigkeit hier die Verhältnisse in Europa „neu geordnet“ werden und mit welcher Selbstverständlichkeit der gesellschaftliche Umsturz in den RGW-Ländern betrieben wird. In einem weiteren Antrag, der sich für den Erhalt der „Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter“ ausspricht, heißt es: „Am wichtigsten ist jedoch, daß die DDR-Führung durch die alleinige Existenz der Erfassungsstelle einen ständigen Stachel in ihrem Fleisch verspürt. Dadurch wird ihr Ruf permanent beeinträchtigt und es besteht die Möglichkeit, hier einzuwirken und Verände-

Veranstaltung gegen § 129 a

Stuttgart. Etwa 500 beteiligten sich an einer Informations- und Protestveranstaltung zur Verhaftung von Uli Winterhalter, der seit dem Anfang September durchgeführten Hausdurchsuchungen in Isolationshaft festgehalten wird. Aufgrund einiger Ampullen des Narkotikums „Ketanest“ und eines Briefwechsels mit politischen Gefangenen erhebt die Staatsanwaltschaft den Vorwurf „Mitgliedschaft in der RAF“. Auf der Veranstaltung wurde vor allem das Vorgehen der Staatsgewalt gegen den anti-imperialistischen Widerstand und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen angegriffen. Der Beitrag des Landtagsabgeordneten der Grünen Rezzo Schlauch, der sich gegen die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen aussprach, stieß auf Protest. In einer Grußadresse an Uli Winterhalter wird u.a. die sofortige Einstellung der Verfahren wegen „Mitgliedschaft in der RAF“, die Abschaffung der Isolationshaft sowie die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen gefordert. — (evc)

Boycott von Waren aus Südafrika!

Karlsruhe. Das Azania-Komitee Karlsruhe prüfte in Vorbereitung von Aktionen vor Weihnachten gegen den Verkauf südafrikanischer Waren das Angebot der Geschäfte der Karlsruher Innenstadt. BRD- und EG-Firmen haben Verarbeitung und Vertrieb von südafrikanischem Obst und Gemüse übernommen. Ab dem Produktionsjahr 1987/88 ist bei Konserven und Fruchtsäften oft das Ursprungsland des Inhalts nicht erkenntlich. Das Kaufhaus Schneider verkauft RSA-Konserven von Dario und Gant's sowie Zonnebloem Rosé-Wein; und in der Obst- und Gemüseabteilung vom 23.11.: Herkunftsland Südafrika bei Grapefruit und Apfelsinen. Selbst Läden, angeblich aus dem Südafrika-Geschäft ausgestiegen, führen Weine „made in RSA“. Hier ein Auszug der Liste „Meiden Sie diese Marken und Produkte“, erstellt von AAB Bonn und AZAKO Münster: Outspan: Apfelsinen, Grapefruit, Zitronen, Ananas, Avocado. Cape: Äpfel, Trauben, Pflaumen, Birnen, Pfirsiche. Gemüse- und Fruchtkonserven: Aquila, Dario, Gant's, Pearl Reaf, Gold Dish, Silverleaf, Canpearl, Madison, Muskeeter, Karoo, Del Monte. Koo vertreibt Orangen- und Zitronenkonfitüre. IXL, Pride, Donald Cook's: Spargel, Gemüsepaprika, Zwiebeln, gefrorenes Gemüse. Blumen von Protea. Zonnebloem und KWV liefern Weißwein, Rotwein, Portwein, Sherry, Sekt (Sparkling Wine). Achtet auf: Product of South Africa, Republic of South Africa, RSA oder „Afrika“. — (rub)



Köln. Am 29.11 demonstrierten ca. 600 Schülerinnen, Schüler, Eltern- und Lehrerschaft von zwei Gesamtschulen vor dem NRW-Kultusministerium, das sie zwei Stunden belagerten. Sie forderten kleinere Klassen und mehr Lehrer. Eltern, Schülerschaft und GEW kritisierten den Haushaltsentwurf, der weder tarifliche Arbeitszeitverkürzung noch überfüllte Klassen berücksichtigt. Die Aktionen werden fortgesetzt. — (u.b.)

Untersuchungsausschuß zum Verfassungsschutz gefordert

Westberlin. Der SPD-Vorsitzende Momper hat mit einem offenen Brief an Diepgen den westberliner Verfassungsschutz zum Wahlkampfthema gemacht. Während die AL die Abschaffung dieser Behörde fordert, stößt sich die SPD an Kompetenzüberschreitungen: Überwachung der SPD ohne abrededemäßige Information des Parteivorstandes, Dossiers über Journalisten und die taz, Beschäftigung von Journalisten als Spitzel — in einem Fall bei einer SPD-Zeitung — der Umfang von 100000 bis 200000 Beobachteten. Der ehemalige SPD-Innensenator Pätzold ist aus der parlamentarischen Kontrollkommission ausgetreten, u.a. weil angeforderte Akten über den Journalisten Sontheimer vernichtet wurden, und fordert einen öffentlichen Untersuchungsausschuß, da Innensenator Kewenig, der bereits als Lügner bezeichnet wird, alles bestreitet. — (chk)

Große Beteiligung am Uni-Streik

Köln. Unerwartet gut war die Beteiligung der Studierenden, vor allem der Studienanfänger, an der Streik- und Aktionswoche, die seit dem 28.11. lief und bis zum 2.12. dauerte. Die PH, die Heilpädagogische und die Philosophische Fakultät wurden vollständig bestreikt, an den anderen Fakultäten waren es einzelne Fächer. Der Streik und auch die Demonstration von über 10000 am 1.12. in Düsseldorf, die vom Landesastentreffen organisiert war und zu der über 2000 Leute aus Köln fuhren, haben die Rücknahme der geplanten Stellenstreichungen, die Verhinderung des Struktur-

plans, der am 8.12. beschlossen werden soll, und die bessere Ausstattung der Hochschulen mit Lehrpersonal und Sachmitteln zum Ziel. Die Professoren erklären sich solidarisch, es geht schließlich auch um ihre Pfründe. — (koe/AGB)

Resolution gegen Kurdenverfolgung

Bielefeld. Die 80 Teilnehmer einer Veranstaltung „Solidarität mit den gefangenen Anhängerinnen und Anhängern des kurdischen Befreiungskampfes“ verabschiedeten am 27.11. folgendes: „14 Anhängerinnen und Anhänger des kurdischen Befreiungskampfes werden in der BRD in verschiedenen Haftanstalten z.T. in Isolationshaft gefangen gehalten. Ihnen wird vorgeworfen, angeblich innerhalb der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) eine terroristische Vereinigung nach § 129 a gegründet zu haben. Die einzigen bisher bekannten Beweismittel sind zwei vermutlich vom türkischen Geheimdienst MIT aufgebaute Provokateure. Deren Aussagen erklärt Generalbundesanwalt Rebmann zu ‚stichhaltigen Aussagen‘. Wir protestieren gegen diese Verfolgungsmaßnahmen und fordern die Freilassung und Einstellung der Verfahren“. (Auszüge)

Der Rechtsanwalt von J. Gedik, die in der JVA Bielefeld gefangen gehalten wird, berichtete, daß ihr Asylantrag genehmigt wurde. Die Rote Hilfe verteilte eine Liste mit den Namen und Adressen aller Gefangenen und rief auf, ihnen zu schreiben. Weiterhin wurde eine Resolution zur Unterstützung des Hungerstreiks von türkischen und kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei verabschiedet, die an die Menschenrechtskommission der UNO und des Europaparlaments geschickt wurde. — (sth)

SKF-Streik

Löhne und Arbeitszeiten acht Monate nach dem Streik

Den folgenden Bericht haben wir der Zeitung „Nachrichten & Standpunkte“, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt, entnommen.

Frage: Die SKF-Geschäftsleitung (GL) hält an den Strukturmaßnahmen, die den Streik erzwungen haben, fest, sie behauptet, die Maßnahmen würden zu greifen beginnen.

Antwort: Die GL hat Einbrüche erzielt, aber insgesamt ist sie nicht in der Lage, die „Strukturmaßnahmen“ durchzusetzen, so wie sie es will. Der Widerstand ist zu stark.

Frage: Was ist aus den Maßnahmen geworden, die im „Kompromißpapier“, welches den Streik beendete, stehen?

Antwort: Das „Kompromißpapier“ als solches ist hinfällig geworden und vom Betriebsrat (BR) als gegenstandslos er-

Die SKF-Erholungsanlage besteht weiterhin, die Urlaubsverschickung nach Bodenmais wird fortgesetzt.

Bei der Arbeitszeit konnte durch den Streik zwar verhindert werden, daß der Samstag als Normalarbeitstag eingeführt wurde, bzw. daß sogar normal bis Samstag 24 Uhr gearbeitet werden muß. Wir mußten jedoch hinnehmen, daß jetzt fünf Schichtmodelle nebeneinander existieren (siehe Schichtmodelle). In einem Modell des Dreischichtbetriebs ist die wöchentliche Anlagennutzung auf 129,5 Std. ausgedehnt worden. Die Arbeiter können zu bis zu neun Samstags-Sonderschichten/Jahr verpflichtet werden. Früher war Freitag-Nacht im 3-Schicht-Betrieb frei, das konnte SKF beseitigen, ebenso die Bezahlung von Fahrtkosten für 3-Schichter. Die Obergrenze von

men („Löhne an Erträge gebunden“) starten will, klingt bedrohlich?

Antwort: Die GL will mit dem neuen Entlohnungssystem das Lohnniveau senken, der Betriebsrat will das Lohnniveau halten. Es wird viel verhandelt, aber es kommt wenig dabei heraus. Verhandlungen sind halt schwierig, wenn beachtet werden muß, daß eine Belegschaft da ist, die aufmerksam ist und ihre Interessen verteidigt.

Frage: Dr. Höglund meint, alle hätten den Streik verloren. Wie ist insgesamt die Lage?

Antwort: Nein, eine Niederlage haben wir nicht eingesteckt. Das sieht man auch an dem hartnäckigen Widerstand an vielen Punkten, die Belegschaft ist moralisch stärker als früher. Die GL wollte alte Freischichten aus der Zeit vor dem 1.4.88 mit 25%-Zuschlag abkaufen, in einer Umfrage des BR haben sich 80 — 85% gegen Abkaufen ausgesprochen. Das läuft jetzt nur auf „freiwilliger“ Basis, ohne daß viele davon Gebrauch machen. Die Kollegen in der Härterei haben gegen die GL das alte 3-Schicht-System wieder durchgesetzt. Gegen die vielen Überstunden im Zuge des Auftragsbooms gibt es auch Widerstand, z.B. gab es Überstundenverweigerungen bei Großbringen. Zur Zeit müssen ca. 900 auf Überstunden rein. 150 Leute sollen sogar auf 2. Schicht am Samstag Überstunden machen. Wir haben eine Zusatzbezahlung von 45 DM für diese Schicht durchgesetzt ...



Bild: SKF-Streik im März 1988

klärt worden. Die GL hat Kündigungs-termine von Betriebsvereinbarungen zum 30.6. nicht einhalten können, bzw. waren bestimmte Maßnahmen nicht realisierbar. Die geplante Streichung von AT-Zeiten in den Akkordvorgabezeiten z.B., worüber Leistungssteigerungen von bis zu 5% für gleichbleibenden Lohn durchgesetzt werden sollten, konnte nicht durchgeführt werden. Die Vorgabezeiten waren nicht mehr, wie von REFA vorgeschrieben, rekonstruierbar, oder es hätte einen zu riesigen Aufwand bedeutet. Bis heute konnte dadurch keine Vorgabezeit gesenkt werden. Auch die geplanten Streichungen von Zulagen für Einsteller, Schichtführer usw. konnten nicht durchgezogen werden. Direkte Lohnkürzungen gibt es bisher also noch keine. Die Streichung freiwilliger Sozialleistungen kommt auch nicht voran.

10% der Belegschaft (ca. 6000) im 3-Schicht-Betrieb wird überschritten, mittlerweile arbeiten 750 — 800 in drei Schichten. 1/4-jährlich wird neu festgelegt, wer nach welchem Modell arbeiten muß, das führt zu einem ziemlichen Durcheinander bei den Arbeitszeiten. Laufend muß in den „booking-Plänen“ geblättert werden, um durchzublicken. An den Fließstraßen im Werk III konnte Pausendurchlauf durchgesetzt werden (überlappende Pausenzeiten). Für andere Bereiche werden Aufstellungen gemacht. Diesen Kollegen muß 5 DM/Tag zusätzlich gezahlt werden. Wegen den Arbeitszeiten gibt es viel Unmut unter den Kollegen.

Frage: Die Aussage der GL, daß sie mit dem Aufbau neuer Produktionslinien vorankommt und bis in drei Jahren diese zusammen mit neuen Entlohnungssyste-

§ 129a-Prozesse

Verschärfte Gangart

Hamburg. 1000 Polizisten wurden am 28.11.1988 aufgeboten, um 300 Zuschauer zu drangsalieren, die am ersten Prozeßtag aus Solidarität mit Dr. Fritz Storim in den Trennscheiben-Gerichtssaal des Oberlandesgerichts wollten. Sie sollten sich Leibesvisitationen unterziehen und von Polizeikameras aufnehmen lassen; Widerstand dagegen führte zu Knüppelinsätzen. Fritz Storim wird vorgeworfen, durch Mitarbeit an „Sabot — Hamburger Info-Sammlung“ für die Ziele der RAF geworben zu haben, indem er dort einen Redebeitrag einer öffentlichen Veranstaltung zu den politischen Gefangenen dokumentierte. Eine Solidaritätserklärung Hamburger Journalisten und Redaktionen weist richtig darauf hin, daß die Anklage, selbst wenn sie zuträfe, „eine Strafverfolgung mit keinem Gesetzesparagrafen, geschweige denn mit einer politisch-demokratischen Begründung“ rechtfertigen könne. Der sozialdemokratisch geführten Schulbehörde jedoch reichte bereits die Anklage, um Fritz Storim fristlos zu kündigen.

Das Polizeiaufgebot verhinderte ein pünktliches Erscheinen Storims vor Ge-

richt. Staatsschutzrichter Bürrig verhängte Haftbefehl, den er auch bis nach Verlesen der Anklageschrift nicht aufgehob, obwohl Fritz Storim gen Mittag vor Gericht erschien. Einen Einstellungsantrag der Verteidigung lehnte Bürrig ab, die Anklageerhebung selbst rechtfertigte das Verfahren.

Die Bundesanwaltschaft hat die Verteidigerin von Fritz Storim, Ute Brandt, mit einer Anklage überzogen wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“. In einer Presseerklärung von 35 Rechtsanwälten heißt es: „Die Unterstützungshandlung soll in der Übersendung bestimmter Papiere als Verteidigungsunterlagen an ihren Mandanten, den Gefangenen aus der RAF Rolf Heißler, liegen. Alle diese Papiere waren vor der Aushändigung an den Gefangenen vom Kontrollrichter gelesen worden ... Für diejenigen inkriminierten Papiere, die sich nicht auf einen Hungerstreik beziehen, leugnet die Bundesanwaltschaft nicht, daß sie für die Verteidigung von Bedeutung waren. Sie behauptet aber, die Anwältin habe mit der Übersendung dieser Papiere gar nicht verteidigen wollen ...“

Normale journalistische und Verteidigertätigkeit wird unter schwere Anklage gestellt; ein massives Polizeiaufgebot soll suggerieren, daß ja etwas dran sein muß an der Strafverfolgung. Vieles deutet auf die Absicht der Reaktion hin, den Bewegungsspielraum der revolutionären Linken in Hamburg einengen zu wollen.

— (wal)

Zunfthausprozeß

Wochenlange Prozeßtermine

München. Im § 129a-Prozeß gegen Wolli und Janin scheint das Gericht vom Vorwurf der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ auf „Werbung für ein terroristische Vereinigung“ abzurücken. Strafrechtlich ist dies bedeutungsvoll, beträgt doch die Höchststrafe in diesem Fall „nur“ drei Jahre. Zeugen der Anklage konnten nicht viel zur dürftigen Beweislage beitragen, zudem wurden den Zeugen vor deren Aussagen auch Lichtbilder der jetzt Angeklagten gezeigt, so daß die Aussagen an Wert verlieren. Es geht also nicht mehr um die Durchführung der Veranstaltung selbst, sondern um die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Für den weiteren Verlauf ist nach wie vor so viel Öffentlichkeit wie möglich notwendig. Prozeßtermine sind am 7.12. um 13 Uhr, am 8.12. von 9.15 bis 13.00 Uhr, am 9.12. ab 9.15 Uhr ganztags und am 12.12., wieder 9.15 Uhr. Ort: Oberlandesgericht, Schleißheimerstr. 139, Raum A 128. Am 9.12. könnte es zu den Plädoyers von Anklage und Verteidigung kommen, die Beweisaufnahme

ist wahrscheinlich bis dahin abgeschlossen.

Bezüglich der Solidaritätsveranstaltung, die am 14. November aus bekannten Gründen nicht stattfinden konnte, hat der BWK ein Rechtsanwaltsbüro beauftragt, rechtliche Schritte gegen den Tonbandmitschnitt und gegen die Auflagen der Stadt einzulegen. Die Bayerischen Strafverteidiger e.V. und die Grünen/ALM-Stadtratsfraktion unterstützen dies.

In einem Prozeßinfo zum § 129a-Prozeß sind inzwischen zahlreiche Presseerklärungen und Flugblätter dokumentiert, die die unterdrückerische Tätigkeit der Polizei und des Freistaates kritisieren und die Solidarität mit den Angeklagten zum Ausdruck bringen. Das Anti-Strauß-Komitee ruft in einem Flugblatt zur Prozeßteilnahme auf und kritisiert die Anti-Terrorismus-Gesetze in der BRD. In Augsburg hat sich eine „Prozeßgruppe“ gebildet, die ihre Leute über den Stand der Gerichtsverhandlung informiert. In einer Erklärung aus Hamburg, die kurz vor der geplanten Veranstaltung am 14.1. herausgegeben wurde, wird die Zurücknahme der Auflagen und ein ungestörter Veranstaltungsablauf gefordert. Diese Erklärung ist u.a. vom Landesvorstand der GAL, von Bundestagsabgeordneten der Grünen und auch von DKP-Mitgliedern des Bezirksvorstandes in Hamburg unterzeichnet. In einer Erklärung der Bunten Hilfe Nordbayern wird allerdings ein seltsamer Widerspruch zwischen juristischem und politischem Kampf ausgemacht: „Das Vorgehen der Polizeikräfte in München, welches zum Ziel hatte, möglichst alle Prozeßinteressierte zu erfassen, ist eklatant rechtswidrig. Dies einklagen zu wollen, wäre allerdings müßig, denn seit längerem schon bemüht sich die bayerische Regierung nicht mehr, auch nur den rechtsstaatlichen Schein zu wahren. Wer die Macht hat, hat eben bekanntlich auch das Recht. Deshalb ist politischer Druck das effektivste Mittel gegen einen Polizeistaat à la Bavaria.“

Quellen: AGJ, Prozeßinfo I, II — (dil)

Ausländerwahlrecht

Innenminister wiegelt ab

Kiel. Am 8.11.88 wurden im Landtag drei Anträge zum kommunalen Ausländerwahlrecht behandelt:

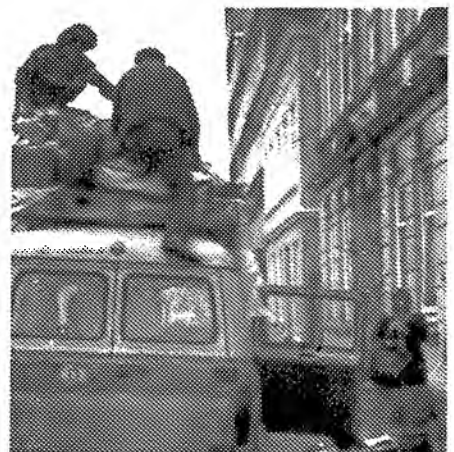
Der SSW legte einen Gesetzentwurf vor. Danach sollen Ausländer in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sein, wenn sie „seit mindestens drei Jahren im Gebiet der BRD und seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet eine Wohnungen haben und Angehörige eines Staates sind, in dem deutsche Staatsangehörige bei den Wahlen zu den örtlichen Vertretungen wahlberechtigt sein können.“ In

einem Zusatzantrag forderte Meyer die Landesregierung auf, „über den Bundesrat ... Bedenken ... durch entsprechende Verfassungsänderung auszuräumen“.

Der Antrag der SPD-Fraktion forderte die Landesregierung auf, „dem Landtag ein Gesetz zur Einführung des Wahlrechts ... vorzulegen. Dieses Wahlrecht soll:

1. das aktive und passive Wahlrecht einschließen, 2. nach 5 Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in der BRD gewährt werden, 3. unabhängig der Nationalität für alle Ausländerinnen und Ausländer gelten.“ Der Landtag überwies die Anträge an die Ausschüsse.

In der Auseinandersetzung darum forderte die SPD-Fraktion die CDU zu „ge-



Die SPD will politische Rechte an den Aufenthaltsstatus von Ausländern binden.

meinsamen Handeln“ auf und beklagte deren ablehnende Haltung. Fraktionsvorsitzender Börsen fragte, ob es der CDU dabei nicht auch um die Befriedigung rechtslastiger Wählerpotentiale gehe. Ausländerfeindliche Kampagnen mobilisierten nämlich stets die politische Rechte. Er forderte die CDU auf, dem ausländerfeindlichen Rassismus eine Absage zu erteilen. Die CDU verwies auf das GG und deutete „Kompromißbereitschaft“ für EG-Staatsangehörige an.

Das ist nichts Neues. Seit Anfang 1985 gibt es eine gemeinsame Entschließung von CDU- und SPD-Fraktion für eine solche Selektion. Innenminister Bull (SPD) wiegelte erst einmal ab. Eine Kommission solle zunächst die „politischen Voraussetzungen für die Akzeptanz des Kommunalwahlrechts für Ausländer verbessern“. Außerdem klapperte er mit dem Verfassungsgericht.

Ob die Sache damit erst einmal begraben ist, hängt davon ab, wieweit eine Auseinandersetzung um fortschrittliche Standpunkte gefördert werden kann. Die Grünen haben ein Kommunalwahlrecht ohne Einschränkungen und Fristen mittlerweile formuliert. In ihrer Begründung sind antifaschistische Positionen enthalten. — (arr)

Alternative Liste Konstanz

Soziale Ansprüche statt Förderung des Kapitals

Konstanz. Anfang November rief die Konstanzer Alternative Liste (AL) dazu auf, schwarz zu fahren. Mit Sandwiches und Flugblättern ausgestattet, bestiegen AL-Mitglieder zur abendlichen Hauptverkehrszeit eine ganze Reihe der städtischen Busse, ohne Fahrkarten zu lösen. Mit dieser Aktion protestierte die AL gegen die Gebührenpolitik der Stadt, namentlich gegen die Anfang November in Kraft getretenen, drastischen Preiserhöhungen für die Omnibuslinien um bis zu 22%. Die sind Bestandteil einer regelrechten Welle von Gebührenerhöhungen, die auf die Lohnabhängigen in den Jahren 1988/89 zugekommen sind und

7,5% mehr kassiert, die Benutzung der städtischen Bäder wird um bis zu 25% teurer werden. Auch die Kosten für Bestattungen sollen um 5% steigen. Im Gegensatz dazu zahlen große Kapitalisten billige Sondertarife und erhalten Bauland und Infrastruktur zu Preisen weit unter Marktwert, wie jüngst der „Südkurier“ für den Bau einer neuen Druckerei. Gleichzeitig fließen weiterhin Millioneninvestitionen für die Kapitalisten. Zum Beispiel an den Hertie-Konzern, dem die Stadt mit finanzieller Beteiligung des Landes eine Kundentiefgarage bauen läßt.

Die AL — sie hat sich zu den Kommu-

verstärkt Kritik und Aktivitäten gegen die drückende Wohnungsnot in der Stadt zu entfalten.

Am 5. November riefen Wohnrauminitiative und AL zusammen mit verschiedenen anderen Gruppen (darunter Autonome und der AStA der Universität) zu einer Demonstration gegen die Wohnungsnot auf, an der sich rund 300 Leute beteiligten. Seit Jahren gibt es für Leute mit niedrigem Einkommen zu wenig Wohnungen, allein die städtische Wohnungsbaugesellschaft WOBAK registriert in diesem Jahr 1700 Wohnungssuchende. Die Lage hat sich noch einmal drastisch verschärft, weil im Herbst erneut über 1000 Studierende ihre Ausbildung in Konstanz begannen. Das Geschäft mit der Spekulation blüht, Mietwucher ist an der Tagesordnung, arme Leute werden zunehmend gezwungen, in Bruchbuden zu hausen. Die Stadt hat diese Entwicklung seit Jahren gefördert: Sie paßt gut in das von ihr verfolgte Konzept des Ausbaus vor allem der Innenstadt zum Nobelviertel. Abriß und Luxussanierungen, vielfach auch die Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum sind an der Tagesordnung. Inzwischen kommen jedoch auch Verwaltung und Gemeinderatsfraktionen nicht mehr darum herum, sich mit der Wohnungssituation zu beschäftigen, am 24. November debattierte der Gemeinderat darüber. Ergebnis: Die Stadt Konstanz appelliert an Bund und Land, wieder Gelder für den sozialen Mietwohnungsbau bereitzustellen. Für einige Bebauungspläne wurde eine Bindung an Förderprogramme oder der Erwerb von mindestens 50% der Grundstücksfläche durch die Stadt zur Bedingung gemacht. Obwohl auch Oberbürgermeister Eickmeyer inzwischen eine „katastrophale Wohnungsnot“ eingestehen muß, will er eine Kursänderung in der kommunalen Finanzpolitik ebensowenig wie die bürgerliche Ratsmehrheit. Der Löwenanteil der Investitionen soll auch im nächsten Jahr für die Kapitalisten und ins Tourismus-Geschäft fließen. Eine auf der Demonstration verabschiedete Resolution an die Stadt kam nicht einmal zur Sprache. Sie fordert die Streichung von Wirtschaftsförderprojekten und die Bereitstellung von städtischen Mitteln für Sozialwohnungen.

Um in die Debatte um Kommunalfinanzen, Wirtschaftsförderung und städtische Dienstleistungen besser eingreifen zu können, vor allem auch um in den Reihen der linken Opposition die Diskussion über die Möglichkeit von Widerstand zu entfachen, hat die AL ein vierseitiges Materialblatt veröffentlicht, in dem die Haushaltspolitik der Stadt in den vergangenen Jahren untersucht und vom Standpunkt von Werktätigeninteressen kritisiert wird. Für die Haushaltsberatungen des Gemeinderats Mitte Dezember plant sie weitere Aktionen. — (jüg)



Dem Hertie-Konzern subventioniert die Stadt eine Kundentiefgarage, die werktätige Bevölkerung zahlt höhere Gebühren.

noch zukommen werden. So kassiert die Stadtverwaltung seit Anfang des Jahres eine neueingeführte „Feuerwehrrabgabe“ in Höhe von 70 DM jährlich von jedem männlichen Einwohner. Ebenfalls seit Januar '88 sind Fahrten mit der Fähre Konstanz—Meersburg — viele Pendler sind darauf angewiesen — um durchschnittlich 10,7% teurer, Wasser kostet die Haushalte seit Jahresbeginn 30% mehr. Neben dem öffentlichen Nahverkehr wollen Stadtverwaltung und konservativ-liberale Gemeinderatsmehrheit mit dem Haushalt 1989 weitere kommunale Leistungen verteuern. Dabei werden sie, wie in der Vergangenheit, oft auf Unterstützung der SPD-Fraktion bauen, in manchen Fällen sogar die Stimmen der siebenköpfigen Fraktion der „Freien Grünen Liste“ einheimsen können.

Im einzelnen will die Verwaltung den Strompreis vom 1. Januar '89 an um 6,5% anheben: für Abwasser sollen

Wahlwahlen 1984 als Liste für Werktätigeninteressen gegründet — hat in diesem Jahr ihre Aktivitäten gegen die arbeitfeindliche Kommunalpolitik des im Juni im Amt bestätigten Oberbürgermeister Horst Eickmeyer und der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit wieder deutlich verstärken können. An den OB-Wahlen beteiligte sich das Bündnis, in dem Mitglieder von DKP, BWK, Volksfront und Unorgansierte zusammenarbeiten, mit einem eigenen Kandidaten, der 1,6% (285) der abgegebenen Stimmen erhielt. Die AL wollte mit dieser Kandidatur „einen Beitrag zur Förderung des Widerstands gegen die reaktionäre Kommunalpolitik der Faschisten und der Konservativ-Liberalen leisten“. Nach der Wahl bekräftigte die AL ihren Beschluß, bei den Kommunalwahlen im Herbst nächsten Jahres erneut zu kandidieren. Beschlossen wurde weiter, in die Auseinandersetzung um die diesjährigen Haushaltsberatungen einzugreifen und

PWA-Konzern Jahresarbeitszeit vorbereitet

Mannheim. Seit 1.9.1988 gilt für die papiererzeugende Industrie ein für drei Jahre abgeschlossener Tarifvertrag, der ab 1990 die 39-Std.-Woche, ab 1991 die 38-Std.-Woche bei Lohnerhöhungen von 2% vorsieht. Die Verteilzeit wurde für den 3- und 4-Schichtbetrieb von 13 auf 52 Wochen ausgedehnt. Das ist ein weiterer Meilenstein zur angestrebten Jahresarbeitszeit in dieser Branche.

Auf der betrieblichen Ebene wird schon seit einigen Jahren das Feld für die Jahresarbeitszeit durch starre Urlaubs- und Freizeitverplanung vorbereitet. Für die knapp 10000 Beschäftigten des PWA-Konzerns ist eine Gesamt-Rahmenregelung, gültig ab 1.1.86, vereinbart.

Der „Realisierungsplan“ sieht den Zeitpunkt ab 1988 für die flexible Jahresarbeitszeit mit Reserveschicht, schichtweiser Vertretung nach Jahresplan, Jahresarbeitslohn usw. vor. Seit Ende 1986 existiert ein Entwurf des Gesamtbetriebsrats zum Monatslohn.

In den Werken Stockstadt, Witzenhäusen, Unterkochen, Aschaffenburg, Kostheim wurden auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung ab 1986 Betriebsvereinbarungen verabschiedet.

Auszüge aus der Stockstadter Vereinbarung:

„4.1 Beibehaltung eines Schichtsystems im 42-Wochenstd.-Produktionsturnus

4.2 Die Urlaubsplanung wird in Verbindung mit der Blockfreizeit vorgenommen ... Sie beinhaltet 3 Freizeitblöcke ... Innerhalb eines 5-Jahreszeitraumes deckt diese Planung alle Jahreszeiten und das gesamte Ferienspektrum ab.

4.3 Ist die Gewährung aus betrieblichen und/oder Krankheitsgründen im Kalenderjahr nur teilweise oder nicht möglich, so ist der Ausgleich bis zum 31.3. des Folgejahres zu gewähren. Ist dies nicht möglich, erfolgt Abgeltung.

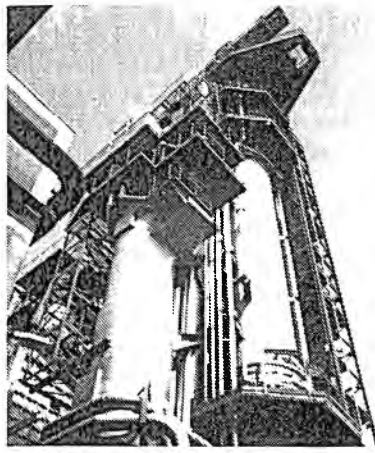
4.3a Entgelt: Die 40-Std.-Woche überschreitende Arbeitsleistung wird angerechnet bzw. als Vorschuss gewährt (Überstundenprozente fallen also weg).

5. Altersfreizeit: grundsätzlich in urlaubsschwachen Monaten ... soll generell in Früh- und Spätschicht stattfinden.

5.5 Wenn AFZ-Berechtigte ausnahmsweise in ihrer AFZ-Schicht zur Arbeit herangezogen werden, ist die AFZ innerhalb von drei Monaten nachzugewähren ... es entsteht keine Mehrarbeit.“

Im größten Werk Waldhof mit 2000 Beschäftigten wurde noch keine Vereinbarung getroffen.

Die Auffassung, durch Überstundenbegrenzung die Geschäftsleitung zu mehr Reserven zu zwingen und dadurch eine vernünftige individuelle Absprache des Urlaubs zu ermöglichen (z.B. sieht schon das Bundesurlaubsgesetz für Fa-



Weil der Zellstoffkocher kontinuierlich läuft, soll die Zellstoffverarbeitung Durchfahrbetrieb werden.

milienmitglieder mit schulpflichtigen Kindern Urlaub während der Ferienzeit vor), konnte sich mehrheitlich nicht als Kampfforderung durchsetzen.

Die Geschäftsleitung drängt auf die Einhaltung der Rahmenvereinbarung bis Ende 1988. Für Mannheim liegt nun ein etwas abgeschwächter Entwurf einer Vereinbarung für Freizeitplanung der Schichtarbeiter vor, der als Verhandlungsbasis vom Betriebsrat angenommen wurde. Ziel der Geschäftsleitung ist auch hier, die Freizeit der Kollegen über das Jahr hin zu verplanen, damit eine 100%ige Auslastung bei möglichst wenig Personalkosten zu erreichen. Im kommenden Jahr soll die Zeiterfassung über Computer eingeführt werden. Danach werden Vorschläge zu Jahresarbeitszeitkonto verbunden mit Jahreslohn zu erwarten sein. — (ide)

Jungheinrich

Zustimmung zur Schicht erpreßt

Norderstedt. Ab 1. Januar 1989 wird bei Jungheinrich, der Gabelstaplerfabrik, auch in der Montage Schicht gearbeitet. Damit haben die Jungheinrich-Kapitalisten sich in einer Frage durchgesetzt, gegen die Betriebsrat (BR) und Vertrauenskörper (VK) der IG Metall in den letzten Wochen großen Widerstand geleistet haben. Mit ihrem Produktionsplan von 17000 Fahrzeugen für 1989 verdoppelt die Firma den Ausstoß innerhalb von vier Jahren. Trotz des gerade erst fertiggestellten neuen Werkes platzt alles aus den Nähten. Unter diesen Voraussetzungen hat die Geschäftsleitung massiven Druck aufgetan.

Am 21.7.88 stellte die Geschäftsleitung den Antrag auf Wechselschicht. Am 3.8.88 fand eine Beratung mit dem BR statt, in der die Anträge konkretisiert wurden. Am 12.8.88 erhält der BR eine Auflistung der von Schicht betroffenen Kollegen. Am 18.8.88 lehnt der BR die

Anträge ab und schlägt seinerseits konkrete Alternativen zur Verhandlung vor: z.B. Zumietung von Hallen, Neubauten. Am 26.8.88 lehnt die Geschäftsführung alle alternativen Vorschläge ab und erklärt die Verhandlungen für gescheitert. Am 15.9.88 stellt der Arbeitgeberverband Nordmetall im Auftrag der Geschäftsführung einen Antrag beim Arbeitsgericht Neumünster auf Einsetzung einer Einigungsstelle. Der Termin soll am 19.10. stattfinden. Nun macht die Geschäftsführung am 19.9.88 ein Angebot, um doch noch die Zustimmung vom BR zur Schicht zu erhalten: „... nur unter der Prämisse der innerbetrieblichen Einigung ... bietet die Geschäftsführung an, allen, die in einer Spätschicht zum Einsatz kommen, eine wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich ... zuzubilligen ...“

Der VK hatte zur Entscheidung, die der BR zu treffen hatte, eine Umfrage unter den betroffenen Kollegen durchgeführt. Ca. 60% haben sich beteiligt. Die Frage „Ich will/kann unter keinen Umständen Schicht arbeiten“ haben 100 der Kollegen, die von der Einführung betroffen sein werden, angekreuzt. Nur 10 kreuzten an, „Ich würde in Schicht arbeiten, wenn zur 36-Stunden-Woche wesentlich mehr an sozialem Nachteilsausgleich vereinbart wird“. Auf der anderen Seite kreuzten 124 von den Kollegen, die bereits in Schicht arbeiten, an: „36-Std.-Woche reicht nicht aus, es muß wesentlich mehr an sozialem Nachteilsausgleich vereinbart werden“; und 76 meinten: „Ich will 36-Std.-Woche für Spätschichtler, auch wenn die Kollegen in der Montage in Schicht gehen müssen.“ Nur 43 dieser Gruppe meinten: „Ich will keine 36-Std.-Woche zu Lasten von anderen Kollegen.“

Die Lage in der Belegschaft war gespalten. Und daß ein Einigungsstellen-Vorsitzender (vorgesehen war der Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes) gegen Schicht zugunsten von Alternativen, wie sie der BR vorgeschlagen hatte, entscheiden würde, konnte sich keiner ernsthaft vorstellen.

So stimmte der BR einer innerbetrieblichen Einigung über die Einführung von Schicht zu und forderte eine erhebliche Verbesserung des Nachteilsausgleiches. 2700 DM brutto als Einmalzahlung gibt es jetzt für diejenigen, die aus der Gleitzeit in Schicht gehen müssen.

Vertrauenskörper und Betriebsrat sind sich darüber klar, daß diese so erpreßte Zustimmung eine Niederlage bedeutet. Mag es auch stimmen, daß betriebsverfassungsgesetzlich keine Möglichkeit vorhanden ist, als BR die Einführung der Schicht zu verhindern. So bleibt doch das Problem, daß es nicht besser gelungen ist, die Kollegen zu mobilisieren. Als diese in die Verhandlung des BR mit der Geschäftsführung eindringen, war halt ihre Hauptsorge beim Nachteilsausgleich: „brutto oder netto?“ und nicht: „Schicht — mit uns nicht!“ — (hel)

CDU/FDP-Regierungspolitik in Niedersachsen

„Das rechte Maß zwischen Traditionsbewahrung und Zukunftsorientierung“

Eine Erklärung der Grünen-Landesdelegiertenversammlung vom September versucht sich in der Beschreibung niedersächsischer Regierungspolitik:

„Derweil ist die Landesregierung damit beschäftigt, die Skandale der Vergehenheit zu vertuschen:

—die Finanzierung und öffentliche Inbetriebnahme der funktionsunfähigen ‚Entschwefelungsanlage‘ im Kraftwerk Buschhaus,

—die Tätigkeit von V-Leuten des Verfassungsschutzes als Provokateure und Rechtsbrecher mit der ‚Celler Bombe‘,

—die — zum Teil anstiftende — Beteiligung von V-Leuten aus Polizei und Verfassungsschutz an Straftaten der neonazistischen FAP und EKI,

—die Bespitzelung kritischer Journalisten durch den Verfassungsschutz und

siert sich jetzt ein programmatisch-politisches Konzept heraus, das alles andere als Handlungsunfähigkeit vorweist. Am Abend des Mißtrauensvotums im Landtag will die CDU mit einer Großkundgebung eine „Offensive“ für die Landtagswahl 1990 einleiten. Ministerpräsident Albrecht tritt als Spitzenkandidat an, Wilfried Hasselmann als Parteivorsitzender. Die CDU versucht die Vorderhand zu gewinnen durch: Erfolge bilanzieren, unumkehrbare Fakten setzen, Perspektiven entwickeln.

Erfolge bilanzieren: Albrecht greift die Skandalvorwürfe auf und entdeckt Nützliches. Zum Beispiel Buschhaus:

„Ich habe in der Zeitung immer wieder gelesen ... daß es einen Skandal Buschhaus gebe. Buschhaus ist der glückliche Versuch, den Schadstoffausstoß

Haushaltsfragen, Grundsatzangelegenheiten innere Sicherheit, Ausländer- und Asylrecht und auch die Casino-Kontrolle. Zudem bildet er ein Referat zwecks Zahlung der Strukturhilfe an die Kommunen und ein Organisationsreferat für die „Modernisierung“ der gesamten Landesverwaltung. Und bei der Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung für die Landesbediensteten will Stock keineswegs eine verlängerte Mittagspause, sondern einen Freitagsfrühschluß oder montags einen späteren Arbeitsanfang. Neu-Kultusminister Horrmann fällt mit der Überlegung nach Tagesschulen auf, um den gewandelten Reproduktionsanforderungen und flexiblen Arbeitsverhältnissen Rechnung zu tragen.

Perspektiven entwickeln: Die Zukunftskommission der niedersächsischen CDU hat ihren Entwurf für die CDU-Politik bis zur Jahrtausendwende vorgelegt. Im rechten Maß zwischen Traditionsbewahrung und Zukunftsorientierung sollen die neuen Herausforderungen mit bestehenden Grundsätzen bewältigt werden. Zum Beispiel neue Herausforderung: „In unserem Lande werden die Menschen immer weniger und gleichzeitig immer älter.“ Alter Grundsatz: „In der Übernahme von Pflichten, von Verantwortung auch für alte Menschen, kann sich der Idealismus junger Menschen praktisch bewähren.“ Für alle gesellschaftlichen Bereiche entwirft die CDU-Zukunftskommission ein schlüssiges Reglement, auf das sich jedes Glied der Gesellschaft am zugeordneten Platze wiederfinde.

Finanzpolitisch wieder „Wasser unterm Kiel“

War Albrecht von der „Aufsteigerland Niedersachsen“-Linie neuerdings zur Verfechtung der „Notgemeinschaft Armenhäuser“ gewechselt, so klingt das Geld im Kasten inzwischen wieder, um reaktionäre Formierungsvorhaben aus dem Regierungssäckel bezahlen zu können. „Wir haben wieder Wasser unter dem Kiel, wir haben wieder Wind in den Segeln, wir können wieder für die Zukunft planen, was wir in der Perspektive der letzten zwei Jahre doch nur sehr begrenzt tun konnten“, beurteilt Albrecht die monetäre Seite der Offensivabsicht. Steuersenkungen, Wegfall inflationsbedingter Mehreinnahmen und Wegfall des Förderzinses — Einnahmeverminderung für Niedersachsen von rund zwei Milliarden Mark — hätten die Bewegungsmöglichkeiten der Landesregierung eingeschränkt. Nachdem durch Personalkürzung und Aufgabenbeseitigung der

Nord-Chefs kämpfen um Transrapid, Olympia 2004, Jessi

Von DIRK SARNES
Niedersachsen will die geplante Autobahn 26, Hamburg ist dagegen. Dabei blieb es auch gestern, als die vier norddeutschen Länder-Chefs vier Stunden im Gästehaus an der Luerstraße

bahnhof muß sofort entschieden werden. Wird noch ein halbes Jahr gewartet, ist der Technologie-Vorsprung dahin, läßt sich der Transrapid nur noch schlecht in der Welt verkaufen.“

● Sondermüll: Die vier

Alle vier kämpfen darum, daß der Norden auch nach der Daimler-MBB-Ehe Luftfahrtzentrum bleibt, 17 000 MBB-Mitarbeiter in Niedersachsen, Hamburg und Bremen ihre Jobs behal-

ten.
● JESSI: „Das interessanteste Forschungsprojekt für Mikroelektronik der nächsten zehn Jahre“, so Niedersachsen-MP, muß nach Norddeutschland.

Verschiedene Kapitalistenverbände der nördlichen Bundesländer haben sich zur „Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Unternehmerverbände“ zusammengeschlossen. Die Ministerpräsidenten der entsprechenden Landesregierungen und die Fachminister treffen sich inzwischen regelmäßig. Themen der letzten Konferenz: Transrapid-Magnetschwebbahn, Sondermüll, Olympiade 2004, MBB-Standorte, Forschungsprojekt Mikroelektronik.

—das jahrelange Ignorieren von Hinweisen auf schmutzige Geschäfte in den Spielbanken in Hannover und Bad Pyrmont durch die Spielbankaufsicht im Innenministerium.

Diese Regierung abzulösen, ist nötig und überfällig.“

SPD-Oppositionsführer Schröder versucht Landtagsneuwahlen herbeizuführen. Die Regierung stecke in einer tiefen Krise, ethisch-moralische Prinzipien seien nicht mehr zu erkennen.

CDU fängt ab und rüstet zur „Offensive“

Nachdem vor allem die CDU über lange Monate den Vorwürfen der Opposition kaum etwas entgegnen konnte, kristalli-

der Kraftwerke im Helmstedter Raum drastisch zu reduzieren und gleichzeitig über 2000 Arbeitsplätze im Helmstedter Revier zu sichern ... Ich sage hier: ... Wenn es einen Skandal gibt, dann ist er darin zu sehen, daß die Bergarbeiter und die Kraftwerksarbeiter 1984 und 1987 von der Sozialdemokratie total im Stich gelassen, ja verraten worden sind.“

Fakten setzen: Die ins Gerede gekommenen Ministerien hat Albrecht mit Leuten bestückt, die unzweifelhaft sturm- und erdverwachsenen CDU-Stallgeruch nachweisen können. Gestaltende Maßnahmen werden ergriffen: Der neue Innenminister Stock stärkt die Dienstaufsicht im Landeskriminalamt, schafft eine Zentralabteilung im Ministerium für

Landeshaushalt um 650 Millionen Mark gekürzt wurde, hat die Landesregierung Finanzquellen aufgetan. Wirtschaftsminister Hirche, FDP: „erstens eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs mit zusätzlich 340 Millionen DM jährlich, zweitens ein Strukturhilfeprogramm des Bundes von insgesamt 24 Milliarden DM innerhalb von zehn Jahren, aus dem Niedersachsen mit 650 Millionen DM jährlich Nutzen zieht, und drittens eine gerechtere Verteilung der Milliardenaufträge des Bundes auf die Regionen der Bundesrepublik.“ Allerdings dürfte eine kaum auffällige Wandlung dauerhaft sein. Hatte Albrecht von Beginn seiner Ministerpräsidentenlaufbahn zwar ein umfassendes Lohnsenkungsprogramm präsentiert, so stand er doch als regierungsbestellter Miteigner des VW-Konzerns für gewisse Rücksichtnahmen gegenüber der Belegschaft. Etwa bezüglich der Produktionsstandorte. FDP-Minister Hirche formuliert die Änderung: „Strukturwandel ist ... immer mit erheblichen Arbeitsplatzverschiebungen, d.h. auch mit gravierenden sozialen Härten verbunden.“ Und an Strukturwandel wirds nicht mangeln. Die Wirtschaftspolitik

der 90er Jahre, so Hirche, werde „stärker die niedersächsischen Regionen im Blick (haben), die als regionale Wirtschaftspolitik im Norden und als Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Europa 1992 betrieben wird.“ Niedersachsen profitiert von seiner Brückenfunktion zwischen Nord und Süd — insbesondere zwischen dem Süden der Bundesrepublik und Skandinavien sowie auch zwischen den EG-Staaten und den Staatshandelsländern — und will sie weiter nutzen.

FDP — profilstark und einflußreich

Die unübersehbaren Bestrebungen der Konzerne zur Schmiedung riesiger Wirtschaftskonglomerate mit Infrastrukturforderungen an alle nördlichen Bundesländer haben große Auswirkungen auf die alten und neuen Mittelklassen. Die FDP bietet sich in Niedersachsen unübersehbar als Interessenwahrer für kleines Eigentum und bessere Stellung an. Technologietransfer zum „Mittelstand“, Junglandwirteprogramm, Förderung des Auslandsengagements selbst für Handwerksbetriebe treibt die FDP voran. Der niedersächsische Darlehensfonds für den

„Mittelstand“ weist 800 Mio. DM Einlage auf, bis 1987 wurden 12000 Unternehmen mit 3,4 Mrd. DM Landesmitteln gefördert. Das sollte wohl Wirkung zeigen.

Bruchstellen

Der Widerstand gegen die Regierungspolitik ist vielfältig. Und ob die Visionen der CDU-Zukunftskommission aufgehen, ist noch lange nicht ausgemacht. EG-Großraum heißt für die niedersächsischen Bauern beispielsweise, in großem Umfang verschwinden. Die Privatisierung des Bundesanteils am VW-Kapital hat den Widerspruch der CDU-Fraktionen in den Orten der VW-Werke hervorgerufen. Aggressive Angriffe auf den Lohnstandard und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter haben längst eingesetzt. Die SPD hingegen buhlt um den Rang des besseren Modernisierers für Konzernexpansion und wirkt dabei blaß. Programmatische Beiträge zur Frontbildung, zur Sammlung und Entfaltung des vielfältigen Widerstands, der Linken in Niedersachsen sind mit der Lupe zu suchen. Geschwächte Reaktion — dies Fehlurteil dürfte teuer werden. — (gka)

Dr. Ernst Albrecht zur „Standortbestimmung“

Nein, die Wahrheit ist: Niedersachsen ist kein Skandalland. Wer es behauptet, der schadet unserem Land und der schadet den Bürgern dieses Landes. In Wahrheit ist Niedersachsen ein Land, in dem es sich nach Meinung der großen Mehrheit unserer Bürger gut leben läßt, ein Land im Wandel, ein Land, das den richtigen Weg in das 21. Jahrhundert sucht, ein Land, das sicherlich seine Strukturprobleme hat, aber auch ein Land, das diese Probleme Schritt für Schritt überwindet.

... allein im Jahr 1986 — das sind bisher die letzten verfügbaren Statistiken — ist das Volkseinkommen der Niedersachsen real um sieben Prozent gewachsen, das heißt um zehn Milliarden Mark. Zehn Milliarden Mark Zuwachs in diesem Jahr, das ist mehr, als die Menschen in den Entwicklungsländern für ein ganzes Jahr überhaupt zum Leben haben. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze ist in Niedersachsen von 1985 bis 1988 um 100000 und mehr gestiegen.

... In Niedersachsen haben wir in den letzten drei Jahren unterm Strich 100000 Arbeitsplätze mehr geschaffen, als wir vorher gehabt haben.

Unterm Strich, sage ich — das ist der Saldo der verlorengegangenen und der neu geschaffenen —, haben wir 100000 Arbeitsplätze mehr. Natürlich hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht in gleichem Maße abgezeichnet, weil wir jetzt die geburtenstarken Jahrgänge zu verkraften haben, die aus der Schule kommen, weil immer mehr

Frauen einen Arbeitsplatz beanspruchen, was ihr gutes Recht ist.

Aber die Tatsache, daß in drei Jahren 100000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen worden sind, zeigt, welche dynamische Kraft in Niedersachsen steckt.

Wir haben in den letzten Jahren finanzielle Probleme gehabt, denn wir haben, wie jeder weiß, innerhalb von zwei Jahren mehr als zwei Milliarden Mark an Förderzinseinnahmen verloren. Aber wir haben diese finanziellen Schwierigkeiten durch eine gewaltige politische Anstrengung überwunden. Die Deckungslücke im niedersächsischen Landeshaushalt wird 1989 um rund eine halbe Milliarde Mark niedriger sein als im Jahre 1988. Gleichzeitig werden wir in den nächsten Jahren eine Milliarde Mark mehr an Zukunftsinvestitionen zur Sicherung der wirtschaftlichen, der sozia-



Die „Kontrahenten“: fast Punkt für Punkt „gleiche Denkansätze“

len und der ökologischen Zukunft unseres Landes ausgeben können.

Ein besonderer Schwerpunkt dieser Mehrinvestitionen wird der Schutz der Nordsee sein ...

Diese Investitionen sollen ferner dazu dienen, in größerem Umfang Feuchtgebiete zu sichern. Sie sollen dazu dienen, die Verkehrsinfrastruktur des Landes einschließlich der modernen Kommunikationstechnologie auszubauen. Sie dienen der Weiterentwicklung Niedersachsens als Forschungsland. Sie dienen der baulichen Erneuerung unserer Städte und Dörfer. Sie dienen dem Denkmalschutz. Sie dienen der Förderung von Kunst und Kultur.

Vor allen Dingen werden wir aus diesen Mitteln das finanzieren, was man heute Humanmedizin nennt, also die Förderung von Menschen, die allgemeine und berufliche Qualifizierung nicht nur der jungen, sondern, soweit es möglich ist, auch der älteren Generation ...

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen ... Die Koalition von CDU und FDP hat sich zu jeder Zeit als handlungsfähig erwiesen. Wir haben in den letzten zwei Jahren jede wichtige Abstimmung im Plenum gewonnen ...

Deshalb werden wir den Antrag der Opposition auf Auflösung des Landtags ablehnen. Ich will nicht fragen, wie viele in ihrer Ecke heimlich Angst haben, daß es doch dazu kommen könnte. Immer an die Frauenquote denken ...

Diese Koalition aus CDU und FDP steht ...

(nach: Niedersachsen Zeitung spezial, Dezember 1988)

Mittlere Reife wird „Standard“

Schleswig. Das Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund hat festgestellt, daß 64,7% der Schüler die Mittlere Reife erreichen. Anfang der 60er Jahre bekamen zwei Drittel der Schüler nur den Volksschulabschluß. Die Zahl der Schulabgänger ohne jeden Abschluß hat sich in den letzten zehn Jahren halbiert, liegt aber noch bei 7,3%. 7% der Eltern sehen den Hauptschulabschluß als beste Voraussetzung für einen Arbeitsplatz für ihr Kind an, 36% den Mittelschulabschluß, 57% das Abitur. — (sah)

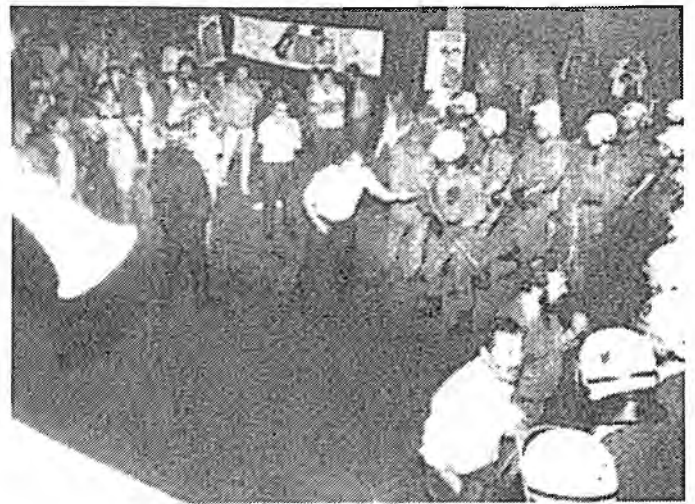
Siemens kündigt Vertrauensleuten

Westberlin. Am 25.11. hat das Arbeitsgericht die Kündigung eines Vertrauensmannes wegen zweier Verspätungen zurückgewiesen und seine Weiterbeschäftigung im Siemens-Hausgerätekewerk angeordnet. Noch anhängig ist das Verfahren gegen einen weiteren türkischen Vertrauensmann, H. Canpolat. Ihm war fristlos gekündigt worden, weil er auf einer Betriebsversammlung



Die seit mindestens drei Monaten anhaltende Streikwelle im öffentlichen Dienst Frankreichs hat jetzt auch den öffentlichen Nahverkehr erfaßt. Die streikenden Wartungsarbeiter bei den Pariser Nahverkehrsbetrieben fordern eine Lohnerhöhung von 1000 FF (ca. 300 DM), bessere Arbeitsbedingungen und verbesserte Sicherheit bei den regionalen Schnellzügen. Armeeinsatz — ein Teil der Soldaten kam aus den französischen Kasernen in Karlsruhe — konnte den Streik, der die Hauptadern des Pariser Nahverkehrs lahmlegt, nicht brechen. Auch in anderen Bereichen wird weiter gestreikt — drei BRD-Kraftwerke liefern z.Zt. als Streikbrecher Strom nach Frankreich, wo infolge von Streiks Stromnotstand herrscht — (scc)

Stuttgart. In der Prozeßserie vor dem Cannstatter Amtsgericht wegen der Sitzblockaden vor dreieinhalb Jahren vor den Werkstoren der Trafo-Union (siehe Bild) gab es jetzt die ersten Freisprüche. Im Vergleich zu dem Ziel der Erhaltung der Arbeitsplätze seien die Sitzblockaden nicht verwerflich gewesen. Wenn überhaupt, dann könne man nur von „geringer Schuld“ sprechen. Zuvor hatte ein anderer Richter sechs Gewerkschafter gegen starke öffentliche Proteste zu Geldstrafen von 15 und 10 Tagessätzen verurteilt. — (ros)



Opel: Weihnachtsgeld auf bis zu 100% erhöht

Bochum. Der Gesamtbetriebsrat der Opel AG hat mit der Geschäftsleitung eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes vereinbart. Das tarifliche Weihnachtsgeld beträgt bei Metall nach drei Jahren Beschäftigungsdauer 50% eines Monatslohns, darunter 40%, 30% und 20%. Die 55000 Beschäftigten von Opel erhalten in diesem Jahr bei mehr als zwei Jahren Beschäftigung einen vollen Monatslohn, darunter Pauschalen von 1860,— DM, 930,— DM und 465,— DM. Lehrlinge erhalten 465 DM. Begründet wurde die Erhöhung mit dem derzeitigen Auftragsboom. — (wof)

Städtische Beschäftigte wollen mehr Personal

Bielefeld. Als erste Antwort der Beschäftigten der Stadt Bielefeld auf den Stellenplanentwurf der Verwaltung für 1989 fand am 29.11. eine Personalversammlung statt. Der Personalrat und viele Beschäftigte griffen den Oberstadtdirektor und den Personaldezernenten heftig an, weil der Stellenplan lediglich eine Umschichtung, aber keine zusätzlichen Stellen aufweist, obwohl die Arbeitszeit im April 1989 um eine Stunde verkürzt wird. Dann entsteht ein Stellenmehrbedarf von rechnerisch 242 Stellen, bzw. eine ungeheure Verdichtung der Arbeitszeit für die Beschäftigten, wenn der Stadtrat den Stellenplan in seiner jetzigen Form beschließt. Außerdem kündigt der Personal-

rat für diesen Fall die Möglichkeit von Nachschlagsforderungen an. Die Versammlung forderte in einer Resolution neue Stellen oder Einschränkungen der städtischen Dienstleistungen. — (roh)

Wahlrecht verteidigt

Nürnberg. Am 19.10. verurteilte das Arbeitsgericht Nürnberg die Fa. Sebalb Druck, die Abmahnungen gegen J. Heinlein zurückzunehmen. Damit war die Geschäftsleitung vorerst gescheitert, Jürgen wegen seines gewerkschaftlichen Engagements sowie seiner Kandidatur zur Bundestagswahl für die MLPD zu entlassen. Die MLPD legt Wert darauf, daß „der Kampf von Anfang an offen politisch geführt wurde“. Die Taktik der Personalleitung, durch Abmahnungen die Arbeitsleistung der Belegschaft zu steigern, wurde durchkreuzt und das passive Wahlrecht für Kommunisten verteidigt. — (ola)

FDP gegen Ausbau der Gewerbeaufsicht

Hannover. Kükper, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, ist für Übertragungen der Gewerbeaufsicht auf private Sachverständige. Er und die Haushaltsstrukturkommission von CDU und FDP wandten sich gegen eine Personalaufstockung. Die Landesregierung müsse ihre Auffassung sehr sorgfältig begründen, wenn sie den Empfehlungen der Kommission nicht nachkommen wolle. — (mal)

Türkei/Kurdistan

Solidaritätshungerstreik von Kurden in Freiburg

Freiburg. Vom 7.11. bis 23.11. befanden sich in Freiburg 13 Kurden in einem Solidaritätshungerstreik zur Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan. In der Türkei befanden sich zu dieser Zeit rund 2000 politische Gefangene im Hungerstreik, u.a. in den Gefängnissen in Diyarbakır, Eskişehir, Aydın, Ceyhan, Adana, Urfa und Bayrampaşa, um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen Forderungen durchzusetzen. Die politischen Gefangenen wurden dabei durch zahlreiche Solidaritätsaktionen, u.a. auch Hungerstreiks der Angehörigen, spontanen Demonstrationen u.a. unterstützt. Auch im westeuropäischen Ausland kam es zu mehreren Protestaktionen; u.a. fanden Hungerstreiks statt in Oslo, Paris, Bremen und Bern sowie Protestkundgebungen in Duisburg, Stuttgart, Hannover und Westberlin. Die Lage der politischen Gefangenen hatte sich zu diesem Zeitpunkt zugespitzt. Die türkische Regierung war nicht bereit, mit den Gefangenen über ihre Forderungen zu verhandeln. Mehrere Gefangene lagen im Koma; BBC meldete, in den Gefängnissen von Diyarbakır und Eskişehir seien jeweils zwei Gefangene bereits gestorben. Die Informationen über die Lage der Gefangenen waren spärlich, vor allem weil sie während des Hungerstreiks von jeglichem Kontakt zur Außenwelt (auch zu Angehörigen und Anwälten) abgeschnitten waren. Die türkische Ärztevereinigung und der türkische Anwaltsverein protestierten auf Pressekonferenzen scharf gegen die Behandlung der Gefangenen, insbesondere weil die Regierung sich weigerte, Gefangene, deren Leben in akuter Gefahr war, noch in Krankenhäuser zu bringen. Der türkische Justizminister Topac wies zudem die Gefängnisverwaltungen an, den Gefangenen kein Wasser, keinen Zucker und kein Salz mehr zu geben. Inzwischen soll die türkische Regierung laut taz den politischen Gefangenen Verhandlungen angeboten haben.

In Freiburg bildete sich am 5.11. ein Solidaritätskomitee, das den Hungerstreik öffentlich unterstützte. Verschiedene Flugblätter mit ca. 10000 Auflage wurden vor allem in der Innenstadt an mehreren Ständen verteilt. Radio Dreyeckland, Radio Breisgau und das Schwarzwaldradio brachten Sendungen; es fanden zwei Veranstaltungen statt mit jeweils 60 Teilnehmern zu den Themen „Zur Geschichte und aktuellen Situation des nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan und den Kämpfen der politischen Gefangenen in der Türkei“ sowie „Schluß mit der Verfolgung der Kurden in der BRD! Aktuelle Aufgaben der Solidaritätsbewegung in der BRD“. Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Rose Glaser, verfaßte eine Presseerklärung zur Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen. Die Landesdelegiertenversammlung der Fachgruppen Berufliche Schulen der GEW Baden-Württemberg verabschiedete einstimmig am 16.11. eine Solidaritätserklärung, die auch an den Bundespräsidenten und Außenminister Genscher gesandt wurde. In dieser Erklärung heißt es u.a.:

„Wir verurteilen alle Maßnahmen der türkischen Regierung, die kurdische Bevölkerung in der Türkei in ihren Rechten zu unterdrücken. Wir verurteilen vor allem die Militäraktionen gegen die türkische Zivilbevölkerung, das Verbot der Verwendung der kurdischen Sprache und die Gefangensetzung, Verfolgung und Folterung von politischen Gegnern der türkischen Regierung. Wir fordern die türkische Regierung auf, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die türkische Bevölkerung einzustellen, alle politischen Gefangenen freizulassen, die Folterungen zu beenden und den Erlaß vom 1.8.1988 (s.u., d. Verf.), der grundsätzliche Rechte von Gefängnisinsassen einschränken soll, zurückzunehmen.“

Mit einem Informationsdienst informierte das Solidaritätskomitee fast täglich die Bevölkerung über die aktuelle Entwicklung des Hungerstreiks in der Türkei.

Eine „Erklärung an die politische Öffentlichkeit vom 17.11. 1988“, die wir nachfolgend auszugsweise wiedergeben, unterstützten insgesamt 32 Parteien, Organisationen und Komitees, darunter u.a.: Friedensliste, Ute Guzzoni (Stadträtin der Friedensliste), Rose Glaser, Wilfried Telkämper (Vorsitzender der Regenbogenfraktion im Europaparlament), der Kreisverband Freiburg der Grünen, die Gemeinderatsfraktion der Grünen, die DKP, die VVN, die Evangelische Studentengemeinde, die Politik- und Kulturgruppe Waldkirch, die chilenischen Organisationen MIR und Ad-MAPU, Chile-Komitee, Flüchtlingsrat, Aktion Dritte Welt, Mittelamerika-Komitee, U-AStA der Universität, Antifa-Gruppe Freiburg, Nahostgruppe Freiburg, Feyka Kurdistan, Verein für Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili, BWK und Volksfront. Die SPD Freiburg wurde ebenfalls zur Unterstützung der Erklärung aufgefordert, teilte aber nur mit, sie habe das ihr zugesandte Material und die Erklärung an den Bundesvorstand nach Bonn weitergeleitet. Bis heute hörte man nichts weiteres.

In der Erklärung werden folgende Forderungen der politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan unterstützt:

„1. *Kriegsgefangenenstatus für die politischen Gefangenen* gemäß der III. Genfer Konvention von 1949 und dem Zusatzprotokoll II zu den Genfer Konventionen.

2. *Schluß mit den Zwangsverlegungen der Gefangenen.* Mit diesen Zwangsverlegungen soll der Widerstand der Gefangenen gebrochen werden.

3. *Weg mit dem Erlaß vom 1.8.1988.* Mit diesem Erlaß will das türkische Justizministerium die im Hungerstreik im Frühjahr 1988 erkämpften Rechte zurücknehmen. Am 9.2.1988 forderten 2000 Gefangene im Gefängnis in Diyarbakır menschenwürdige Haftbedingungen und politische Rechte und traten dafür in einen Hungerstreik. Die Forderungen waren u.a.: Aufhebung des Verbots, sich in kurdischer Sprache, auch mit ihren Angehörigen, zu verständigen und ihre Verteidigung in kurdischer Sprache durchzuführen; längerer Hofgang; Bücher, Schreibmaschinen, Radio, Fernsehen, verschiedene Musikinstrumente; Abschaffung der Todesstrafe und Aufhebung aller Todesurteile; keine Folterungen mehr; menschenwürdige Lebensverhältnisse im Gefängnis.

4. *Aufhebung der ‚Disziplinarverfahren‘.* Bei diesen Verfahren werden Gefangene, die sich politisch äußern, mit weiteren Haftstrafen belangt. Z.B. wurde Sakine Cansız wegen einer Solidaritätserklärung mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan vor Gericht zu 76 Jahren ‚Disziplinarstrafe‘ verurteilt (Sakine Cansız sitzt seit 1979 in Haft). *Freilassung nach 2/3 der Haft.* Politische Protestaktionen und auch Beteiligung am Hungerstreik führen dazu, daß die Gefangenen nicht nach 2/3 der Haft entlassen werden.

5. *Keine Wiedereinführung der Einheitskleidung.*

6. *Schluß mit Folter und Unterdrückungspolitik, für bessere Haftbedingungen.*“

Weiter heißt es dann in der Erklärung:

„Die Behandlung der Gefangenen widerspricht nicht nur dem Folterverbot des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention sondern auch den Mindestregeln für die Behandlung von Gefangenen von 1955 und der Europäischen Konvention gegen Folter oder sonstige grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafe und Behandlung.“

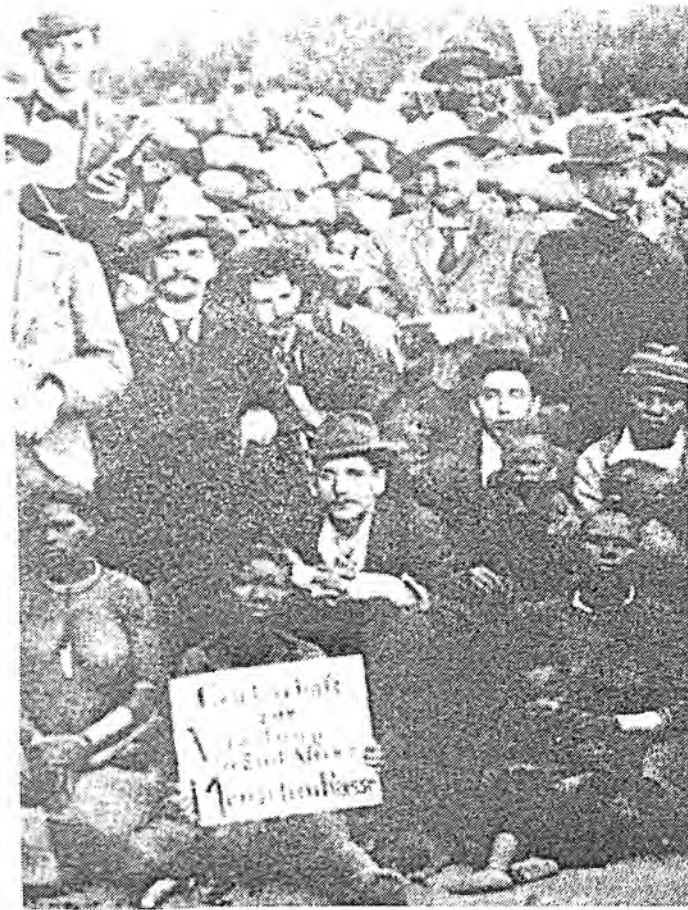
Die unterzeichnenden Gruppen fordern dann die westdeutsche Öffentlichkeit, die Medien, Parteien und Organisationen auf, ebenfalls die genannten Forderungen zu unterstützen.

Am 23.11. wurde der Hungerstreik mit einer Demonstration beendet, an der 200 Menschen teilnahmen, darunter knapp 100 Kurden. In Kundgebungsbeiträgen wurde u.a. auch die Unterstützung der türkischen Regierung durch die BRD bei dem Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Bevölkerung und den Befreiungskampf angegriffen.

Auf der Veranstaltung am 22.11. wurde auch diskutiert, ob nach Beendigung des Hungerstreiks das Solidaritätskomitee weiterarbeiten soll, etwa nach dem Vorbild verschiedener Kurdistan-Komitees in anderen Städten der BRD. Diese Frage ist bisher nicht geklärt. — (ulb)

Ausstellung

100 Jahre deutscher Rassismus



„Herren“ und „Eingeborene“ in Namibia mit der „humoristischen“ Schildaufschrift „Gesellschaft zur Veredelung der Südafrika Menschenrasse“



Antisemitisches Wahlplakat zur Reichstagswahl 1920

Die Ausstellung „100 Jahre Rassismus“ wird zur Zeit in Köln gezeigt. Sie wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht von der Volkshochschule und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit hergestellt und ist noch bis zum 16. Dezember zu sehen.

Die Ausstellung beginnt im Jahr 1888 (ein von den Ausstellern selbst gesetzter Zeitpunkt, der nicht besagen soll, daß Rassismus erst von diesem Datum an feststellbar war) mit einem Zitat Kaiser Wilhelms II.: „Die Zukunft gehört der weißen Rasse! Sie gehört weder der gelben, noch der schwarzen, noch der olivfarbenen, sie gehört dem blonden Mann ...“ Auf den Tafeln dieses Zeitabschnitts bis zum 1. Weltkrieg wird die rassistische Hetze gegen Schwarze und Gelbe z.Zt. des deutschen Kolonialismus dokumentiert, Auswirkungen dieser Politik z.B. in Deutsch-Südwest: dort kämpften Hereros und Hottentotten gegen die deutschen Kolonialisten. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, und von ursprünglich 80000 Hereros in diesem Gebiet waren es 1911 nur noch 15310, nur ein Fünftel des Stammes überlebte.

Diffamierung und Ausrottung anderer Völker — das ist anschaulich belegt — war durchaus keine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern kennzeichnete auch das imperialistische deutsche Kaiser-

reich. Es gab 1913 schon einen Gesetzentwurf über Sterbehilfe für unheilbar Kranke, Sieche und Verkrüppelte. Die Kriegspropaganda dieser Zeit ist geprägt von Darstellungen des Feindes als rassistisch minderwertig, der Krieg selbst wird als Verteidigung des Germanentums glorifiziert.

Der Zeitraum von 1918 bis 1933 ist am breitesten dokumentiert. Es wird ein Überblick gegeben über die Fülle der vaterländischen und militärischen Vereine, der bevölkerungspolitischen, rassenhygienischen und eugenischen Vereinigungen und deren Publikationen. Neben den Wahlplakaten des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, der bayerischen Volkspartei und der Liste Deutschnational, die allesamt gegen die bolschewistische Gefahr zu Felde zogen und vor dem „slawischen Untermenschen“ warnten, findet sich auch eine Ausgabe des „Vorwärts“ der SPD von 1919: Unter dem Titel „Grenzen des Gastrechts“ liest man folgende Äußerungen über einwandernde Handwerker ins deutsche Reich, „... Die Schädlinge waren meist solche, die aus Rußland, Polen, Galizien hier einwanderten ... sich auf den Arbeitsmarkt warfen wie Heuschreckenschwärme über ein blühendes Feld ... Wir haben uns natürlich gegen dieses Treiben gewehrt ... und versuchen, ... die Schädlinge in die Welt eines geregelten Ar-



Schulbuch-Grafik 1940: Einwanderung von Ostjuden

beitsverhältnisses einzuführen, soweit es bei diesem Menschenmaterial möglich war ... jeder ist uns als Gast willkommen, aber er muß unsere Sitten und Gebräuche achten und immer der Tatsache eingedenk sein, daß seine Füße unter einem fremdem Tisch ruhen. Will er das nicht begreifen, so muß es ihm beigebracht werden, indem man ihm zeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.“ Schon damals war die Frage der Integration offensichtlich verknüpft mit der Aufgabe der eigenen Identität und Kultur!

Mehrere Informationstafeln belegen, wie der Rassismus in allen seinen Varianten zur Wissenschaft ausgearbeitet wurde. Das Standardwerk von Baur/Fischer/Lenz „Menschliche Erblehre und Rassenhygiene“ ist ausführlich dokumentiert, und es ist auch nicht vergessen worden, auf den weiteren Werdegang dieser „Wissenschaftler“ hinzuweisen: z.B. Fritz Lenz, 1933 Lehrstuhl für Rassenhygiene in Berlin und Mitglied des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik beim Reichsinnenministerium, 1952 Leiter des Instituts für menschliche Erblehre an der Universität Göttingen!

Die Auswirkungen im Bereich der Literatur, in Zeitungen und Zeitschriften, in der Werbung in den 20er Jahren beeindruckten auch deshalb, weil so mancher Witz von damals heute ähnlich wieder in Umlauf ist:

Die Bilanz am Ende der Weimarer Republik: „So wie die Dinge liegen, ist nur noch eine Minderheit von Volksgenossen so beschaffen, daß ihre unbeschränkte Fortpflan-

zung wertvoll für die Rasse ist.“ — Fritz Lenz auf einer Beratung beim Reichsinnenministerium am 25. Juni 1934.

Die 17 Tafeln für die Zeit 1933-45 reichen kaum aus, um das ganze Ausmaß der „Methoden der Ausmerze“ — wie dieser Abschnitt benannt ist — zu dokumentieren. Von der Diffamierung bis zum Völkermord, von den Maßnahmen gegen die Juden bis zu den geistig und körperlich Behinderten, für alles sind Belege, Zeitungsberichte, Statistiken usw. zusammengetragen worden, einschließlich des Kassenberichts der KZs von Treblinka, Belzec und Sobibor von 1943, der Gesamteinnahmen von 178 745 960,59 Reichsmark ausweist.

„Wie sich die Bilder gleichen!“ — Dieser letzte Teil zieht Parallelen zur Situation heute mit Bildern aus Zeitungen und Zitaten von „Volksvertretern“:

Insgesamt eine informative Ausstellung, am besten, man liest noch einmal in Ruhe nach im Katalog. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung gedacht und kann ausgeliehen werden bei:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
Kämmergasse 1
5000 Köln 1

Telefon 02 21/2 40 10 90

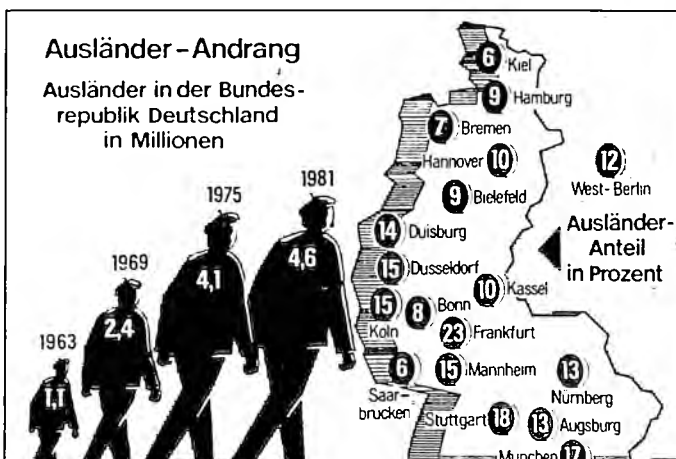
Die Gesellschaft erteilt die Auskünfte über Verleihbedingungen und die technischen Daten. Der Katalog kostet 20,— DM und enthält das komplette Ausstellungsmaterial sowie einige zusätzliche Dokumente. Er kann ebenfalls bei der oben angegebenen Adresse bestellt werden. — (u.b., uld)



Die Ortskrankenkasse 1939: Jeder Kranke muß von den gefunden Volksgenossen mitgeschleppt werden.



aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 1983



Globus-Grafik 4067/1981: Ausländer-Andrang

Militärsgeschichte

Die Wehrmachtjustiz im Nationalsozialismus

Vorbemerkung: Die Autoren dieses Buches (Untertitel: „Zerstörung einer Legende“) sind Fritz Wüllner und Manfred Messerschmidt. Letzterer war bis vor wenigen Wochen Leiter der zivilen Historikerabteilung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) der Bundeswehr in Freiburg. Sein vorzeitiger Rücktritt in den Ruhestand ist u.a. Ergebnis einer seit Jahren vom Verteidigungsministerium betriebenen Politik zur Ausschaltung kritischer Geschichtsforschung am MGFA. Insbesondere seit dem Erscheinen der ersten Bände der Serie „Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg“ (in denen sich z.B. Aufsätze über den Zusammenhang zwischen den vom deutschen Kapital in den 20er Jahren entwickelten Vorstellungen und der faschistischen „Großraumwirtschaft“ finden oder Beiträge zu den völkerrechtswidrigen Kriegsverbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion) war Messerschmidt Zielscheibe einer breiten Kampagne vor allem faschistischer Publikationen. Der Aufschrei der Reservisten- und Soldatenverbände blieb nicht ungehört, seit 1985 etablierte Wörner am MGFA einen sogenannten „Beirat“, der sich als rechtskonservative Zensurbehörde betätigte (siehe auch Auseinandersetzung um Noske-Biographie in Politische Berichte 13/88). Gegenüber der Badischen Zeitung vom 25.10.88 räumte Messerschmidt ein, „daß für seinen Entschluß (frühzeitig in den Ruhestand zu treten, d.Red.) auch das gestörte Verhältnis zum fünfköpfigen wissenschaftlichen Beirat eine gewisse Rolle gespielt habe“.

Das im folgenden vorgestellte Buch (nicht im Rahmen des MGFA erschienen) bietet nützliche Anhaltspunkte für die zu erwartende öffentliche Auseinandersetzung im nächsten Jahr zum 50. Jahrestag der Entfesselung des 2. Weltkrieges, bei der die Reaktion vor allem das „Ansehen der Wehrmacht“ verteidigen wird.

Wehrmachtsrichter als Vergangenheitsbewältiger

Messerschmidt/Wüllner rechnen ab mit dem bisherigen Standardwerk der Militärhistorie: „Die deutsche Militärjustiz in

der Zeit des Nationalsozialismus“ (1977) von Schweling und Schwinge, beides Militärjuristen und Wehrmachtsrichter. Selbst dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München, in dessen Reihe „Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus“ das Manuskript von O.P. Schweling ursprünglich erscheinen sollte, ging das Rechtfertigungsmachwerk zu weit, es lehnte die Veröffentlichung mehrheitlich ab. Gegen den Sturm der Entrüstung aus ehemaligen Wehrmachtsrichterkreisen setzte sich Prof. Broszat, damals Leiter des IfZ, in der FAZ zur Wehr: „Als dem Institut für Zeitgeschichte aus dem vielfältigen Bericht über das Kameradentreffen ehemaliger Heeresrichter, das am 8./9. Mai 1965 in Marburg stattgefunden hatte, bekannt wurde, wie fürsorglich sich diese Organisation unter Einsatz vor allem von Professor Schwinge und dem ehemaligen Generalrichter des Heeres, Dr. Erich Lattmann, um die Abfassung der einzelnen Kapitel der Arbeit kümmerte, mußte dies stärkste methodische Bedenken auslösen.“ Nach dem Ableben von Schweling übernahm besagter Schwinge die Überarbeitung und Herausgabe des Rechtfertigungswerkes.

Als Aufgabe dieses Buches nennen die beiden Autoren: „Dieser Bericht über die deutsche Wehrmachtjustiz ... ist nicht als akademische Abhandlung angelegt, sondern als Auseinandersetzung mit einer Darstellung, die von Angehörigen der Wehrmachtgerichtsbarkeit verfaßt worden ist und heute weithin als die repräsentative Geschichte dieser Einrichtung angesehen wird ... Der sogenannten ‚Wendehistorie‘, die in der Historikerkontroverse seit 1986 vielfach kritisiert worden ist, sind sie (Schweling-Schwinge, d.Verf.) um Längen voraus ... Wenn Michael Stürmer meint, von der deutschen Schuld des Nationalsozialismus sei genug geredet worden, es tue anderes Not als Erinnerung und kritische Verarbeitung, nämlich ‚Maß und Mitte des Patriotismus‘ und ‚geistige Verankerung im Strom der Zeit‘, so ist Schwinge wohl der Meinung, man solle bei der Wehrmachtjustiz so gut wie gar nicht von heiklen Dingen reden, zumal nicht von der Kooperation der Wehrmacht und ihrer Justiz mit Hitlers Politik und den Zielen des Vernichtungskrieges ... Konservative Geschichtsauffassung hatte von Anfang an ihre Chance in der Bundesrepublik. Aber gerade das Beispiel der Wehrmachtjustiz zeigt ganz unmittelbare Konsequenzen einer beschönigenden Sicht der Vergangenheit, denn es ist nicht so selten vorgekommen, daß Hinterbliebene von Opfern dieser Justiz bei dem Versuch, Ansprüche vor Sozialgerichten geltend zu machen, ehemaligen Richtern dieser Provenienz gegenüberstanden oder Gutachtern, die selbst einst als Kriegsrichter gewirkt hatten.“ (S. 9-12)

50 000 Todesurteile von oppositionellen Richtern?

Die Verantwortung der Justiz und als ihr Teil der Wehrmachtjustiz im Faschismus untersuchen Messerschmidt/Wüllner anhand umfangreichen, zum Teil bis dahin nicht zugänglichen Quellenmaterials zur Widerlegung der verwegenen These von Schweling-Schwinge, die Mehrheit der Wehrmachtjustiz habe „in Opposition zum NS-System“ gestanden: „Das Dokumentenmaterial der Fahnenfluchtfälle legt überdies sehr oft die Frage nahe, ob nicht die Motive vieler dieser Soldaten unter dem Gesichtspunkt der Opposition gegen das NS-System, gegen den Krieg, gegen Hitler und seine politischen Ziele zu würdigen sind. Wem dienten die Richter, die solche Männer in den Tod schickten? In zahlreichen Urteilsgründen wird diese Frage eindeutig beantwortet: dem Führer, dem Endsieg, dem nationalsozialistischen Deutschland.“ (S. 12) Und auch der Versuch, wenn schon nicht als Oppositionelle, dann wenigstens als Vergewaltigte sich reinzuwaschen, wird in dem Buch hundertfach widerlegt:

„Wer sich die Wirklichkeit des NS-Staates so vorstellt, als habe es in ihm lediglich eine vergewaltigte Justiz gegeben, der geht an der Realität vorbei. Justiz, Jurisprudenz und Justizverwaltung wirkten mit, nicht nur auf Grund heterogener Zwän-



Die deutsche Wehrmacht war an den Verbrechen des Hitlerfaschismus beteiligt. Erschießung von Zivilisten in

ge, sondern mit eigenen Beiträgen, mit Entwürfen, Betrachtungen und Entscheidungen, die nicht erzwungen waren, sondern häufig in Übersoll-Erfüllung geleistet und angedient wurden ... Was Kommentatoren, Autoren und hohe Militärs ausführten, blieb nicht auf dem Papier stehen. Die Gerichte packten zu. Hauptfeind Nr. 1 war der defaitistische Tätertyp ...“ (S. 26/34)

Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung

Dies waren die wichtigsten Straftatbestände, auf welche die Todesstrafe angewandt wurde (ca. 74%). Grundlage für alle Militärstrafverfahren war die Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) und die Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17.8.1938. Daß bei diesen Verfahren sämtliche rechtlichen Möglichkeiten der mildernden Umstände oder Würdigung der subjektiven Motive, selbst soweit sie noch bestanden, oft von den Wehrmichtsrichtern gar nicht wahrgenommen, sondern nach der Devise „Volksschädlinge ausmerzen“ vorgegangen wurde, wird an zahlreichen Beispielen belegt. Hier sei nur ein Fall zitiert, den Schwinge noch 1977 für „militärisch vertretbar“ rechtfertigt. In der Begründung für das Todesurteil wegen Fahnenflucht heißt es u.a.: „Der Angeklagte ist trotz seiner Jugend infolge Veranlagung und mangelhafter Erziehung durch und durch asozial. Deshalb kann ihn auch eine längere Zuchthausstrafe nicht bessern. Ferner ist zu bedenken, daß sich das deutsche Volk im vierten Jahre des entscheidenden Krieges befindet. Der Führer hat zum totalen Krieg aufgerufen. Umso schärfer müssen diejenigen bestraft werden, die zu dieser Zeit in Drückebergerei verfallen ... Es geht nicht an, daß Fahnenflüchtige, die aus verbrecherischer Neigung zu ihrer Tat gekommen sind, in Zuchthäusern wohlverwahrt den Krieg überstehen, während die Tapfersten und Ordentlichsten auf Tod und Leben mit dem Bolschewismus ringen.“ (S. 114)

Noch vernichtender waren viele Urteilsbegründungen wegen Wehrkraftzersetzung, wo oftmals schon kritische oder verächtliche Äußerungen gegen Hitler oder die Wahrscheinlichkeit des Endsiegs genühten, um zum Tode verurteilt zu werden. Oder die „rechtliche“ Wandlung des Feldpostpäckchen-Diebstahls vom Tatbestand des einfachen Mundraubs zum „einfachen“, dann „militärischen“ Diebstahl bis hin zur todesurteilswürdigen „Volksschädlinge“-Tat (begründet mit der berühmten „Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5.9.1939). Daß hier der „Führer als Rechtsschöpfer“ (lt. Carl Schmitt, zu dessen Staatsrechtslehre die Autoren viele Bezüge in der Militärjustiz entdecken) von den Wehrmichtsrichtern nur zu gut verstanden wurde, belegt folgendes Hitler-Zitat zum Thema Feldpostpäckchen: „Wenn heute eine Frau ihrem Mann etwas herauschickt, dreimal, und das wird gestohlen, die Frau sagt sofort: der Saukerl, den muß man umbringen ... Das ist gesundes Volksempfinden.“ (S. 169)

Gerichtsbarkeit im Gebiet „Barbarossa“

Der „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Maßnahmen der Truppe“ vom 13.5.1941 war der juristische Freibrief des faschistischen Regimes für jedwede Bestialität und jedwedes Verbrechen der Wehrmacht an russischen Kriegsgefangenen, an der russischen Zivilbevölkerung, es war die offizielle Genehmigung völkerrechtswidriger Kriegsverbrechen, (die, wenn überhaupt, mit lächerlichen Strafen geahndet wurden), wofür das Buch erschütternde Belege bringt:

Die Autoren schildern z.B. der Fall des Kriegsverwaltungs-Inpektors Weisheit, der „wegen Partisanengefahr“ in einem sowjetischen Dorf 75 jüdische Männer, Frauen und Kinder eigenhändig (mit zwei weiteren) erschossen hatte. In der rechtlichen Würdigung des Urteils heißt es u.a.: „Nach der alten Fassung des § 211 StGB ist derjenige ein Mörder, der vorsätz-



Der sowjetische Vertreter verlangte im Nürnberger Prozeß, auch die Oberste Heeresleitung wegen Kriegsverbrechen anzuklagen, die Westalliierten lehnten aber ab.

lich einen Menschen tötet und die Tat mit Überlegung ausführt. Letzteres hat der Angeklagte getan, denn er hat selbst vorgebracht, daß er genaueste Überlegungen über die Ausführung der Erschießung von 75 Juden angestellt hat ... Nach der Neufassung des § 211 ist als Mörder ein Täter dann anzusehen, wenn er u.a. aus Mordlust oder sonst aus niedrigen Beweggründen oder grausam einen Menschen tötet. Das Gericht in seiner heutigen Zusammensetzung glaubt, daß diese Tatbestandsmerkmale auf die vorliegende Tat jedoch nicht zutreffen. Aus Mordlust hat der Angeklagte nicht gehandelt, vielmehr hat er sich nur von dem Gedanken leiten lassen, die Juden um deswillen zu beseitigen, um eine zukünftige Gefahr, nämlich die Verbindung der Juden mit den in der Nähe befindlichen Partisanen, zu verhindern ... Er ist auch nicht besonders grausam vorgegangen, denn es kann sich bei einer derartigen Massenerschießung nicht vermeiden lassen, daß Frauen und Kinder weinen und um Gnade flehen. Die meisten Personen, insbesondere die Männer, sind ohne Widerstreben in das Grab gestiegen und haben sich hineingelegt, worauf sie durch gezielte Schüsse, allerdings auch durch ungezieltes Feuer aus der Maschinenpistole, getötet worden sind ... Da der Angeklagte Menschen getötet hat, ohne ein Mörder zu sein, kann er nur nach § 212 StGB als Totschläger bestraft werden. Hierbei war bei der Strafzumessung strafmildernd zu berücksichtigen, daß der Angeklagte glaubte, im Interesse der Sicherheit seiner Truppe diese Maßnahme ergreifen zu müssen. Strafschärfend wirkte aber die große Zahl der Getöteten, nämlich 75. Das Gericht glaubte, daß eine Gefängnisstrafe von einem Jahr ausreichend und genügend sei unter Zubilligung mildernder Umstände (§ 213 StGB).“ (S. 215/16)

Der Beurteilung der Autoren ist nichts hinzuzufügen: „Diese Justiz ist dadurch gekennzeichnet gewesen, daß sie die NS-Grundsätze gegen die zu Feinden der Volksgemeinschaft erklärten Deutschen wie gegen den ideologisch verteuflerten äußeren Gegner mit derselben Rücksichtslosigkeit und Rechtsblindheit anwandte, andererseits den Rechtsbrecher im Dienste des Systems schonte. Es ist daher kein Kontrast zwischen den äußerst scharfen Urteilen in ‚Zersetzungssachen‘ und extrem milden Urteilen gegen Mörder von jüdischen Männern, Frauen und Kindern vorhanden, sondern vielmehr ein komplementäres Verhältnis. Diese Urteile dokumentieren zwei Seiten desselben ‚Rechtsverständnisses‘.“ (S. 223)

Alle Zitate aus: Fritz Wüllner/Manfred Messerschmidt, Die Wehrmichtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Nomos Verlag, Baden-Baden, 1987 — (mab)

USA

Ein Gespräch mit Morton Sobell über Gefängniswesen und politische Gefangene

Im November führte Morton Sobell in einigen Städten der BRD Veranstaltungen durch, auf denen er über die Entwicklung des Gefängniswesens in den USA und insbesondere über die politischen Gefangenen und ihre besondere Mißhandlung berichtete. Morton Sobell war selbst lange Jahre politischer Gefangener. Er war im sog. „Atomspionage-Prozeß“ von 1951, in dem Julius und Ethel Rosenberg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, zu 30 Jahren Gefäng-

nis verurteilt worden und war von 1950 bis 1969 in verschiedenen Gefängnis, darunter in dem berühmten Alcatraz-Gefängnis, inhaftiert. (Über die Bedeutung des „Atomspionage-Prozesses“ werden wir in den „Politischen Berichten“ Nr. 26 berichten.) Am 18. November führten „Politische Berichte“ und „Sozialistische Zeitung“ der VSP ein gemeinsames Interview mit Morton Sobell durch, das wir im folgenden — leider stark gekürzt — abdrucken. — (JK, rül, scc)

Sie sagten auf einer Veranstaltung, daß in den USA ca. eine Million Menschen in den Gefängnissen sitzen. In der BRD sind ca. knapp 50000 inhaftiert. Das ist schon eine der höchsten Quoten in Westeuropa. Wie erklären Sie die ungeheuer hohe Zahl von Gefangenen in den USA?

Etwas müßt ihr verstehen: Die Gefängnisse, die in den USA gebaut werden, werden auch gefüllt. Es ist ein Phänomen, daß, selbst wenn sie 100 neue Gefängnisse bauen, sie diese voll kriegen. Man könnte es psychologisch erklären: Normalerweise tendieren die Richter zu hohen Strafen. Aber wenn die Gefängnisse überfüllt sind, verurteilen sie nicht zu so hohen Strafen. Sind jedoch freie Gefängniszellen vorhanden, verurteilen sie zu langjährigen Strafen, um diese freien Zellen zu füllen. Ihr dürft dabei nicht vergessen, daß in den vergangenen zehn Jahren, in denen sich die Anzahl der Gefangenen in den USA verdoppelte, die Kriminalitätsrate mehr oder weniger unverändert blieb. Tatsächlich fiel die Kriminalitätsrate in den vergangenen fünf Jahren, nicht sehr stark, aber sie fiel. Und obwohl die Kriminalitätsrate fiel, stieg die Anzahl der Inhaftierten. Mit einer solchen Steigerungsrate, daß sie sich in zehn Jahren verdoppelt hat. Dies ist ein Phänomen. Es ist vorauszu- sehen, daß sich in den nächsten zehn Jahren die Anzahl der Gefangenen erneuert verdoppeln wird, d.h. in einem Zeitraum von 20 Jahren wird sie sich vervierfachen. Sie gehen davon aus, denn z.Zt. werden Pläne für neue Gefängnisse diskutiert, und sie werden diese Pläne umsetzen. Wie ich schon sagte: Sie bauen die Gefängnisse und füllen sie dann auch. Die entscheidende Frage ist: Warum kommt es zu einer derartigen Zunahme? Die einzige Erklärung, die ich finde, ist: Die Gefängnisse dienen nicht mehr vorrangig zur Bestrafung von Verbrechen. Da ein immer größerer Teil der Bevölkerung ins Gefängnis kommt und kommen wird, dienen sie zunehmend als Kontrollmittel. Hinzu kommt die Tatsache, daß sechsmal so viele Schwarze wie Weiße verurteilt werden, bezogen auf je 100000 Einwohner. Dies zeigt, daß die Einschätzung, Gefängnis als Kontrollin-

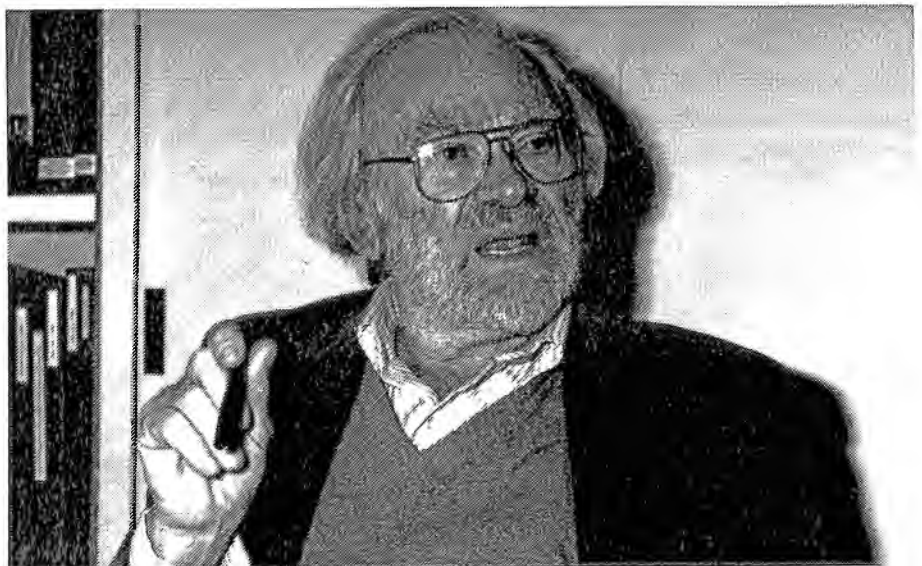
strument, wahrscheinlich richtig ist. Denn die Leute, die in Zukunft kontrolliert werden müssen, sind die Schwarzen, weil sie schon jetzt am meisten unterdrückt sind.

Ich möchte auf zwei sich meiner Ansicht nach widersprechende Aspekte eingehen. Einerseits wurde der Bush-Wahlkampf auf der Linie des entschiedenen Vorgehens gegen die zunehmende Kriminalität geführt, während Sie gezeigt haben, daß die Kriminalitätsrate in Wirklichkeit mehr oder weniger unverändert blieb. Wie erklären Sie sich, daß er mit dem Wahlkampfsschwerpunkt Kriminalität so erfolgreich war? Der zweite Aspekt ist folgender: Wer bezahlt den Bau der Gefängnisse? Neulich las ich — ich erinnere mich nicht mehr, wo —, daß Schritte unternommen werden, die Gefängnisse zu privatisieren.

Tatsächlich ist nur in einem Bereich eine Zunahme der Kriminalität festzustellen: im Drogenbereich. Aber Drogenkriminalität bildet nur einen Teil der gesamten Kriminalitätsrate. Und besonders im letzten Jahr gab es einen Anstieg der Drogenkriminalität. Die Drogenfrage ist eine äußerst politische Frage. Es ist unbestritten, daß die Drogenfrage in den USA mit Korruption zusammenhängt.

Es macht sich bezahlt, Drogen ins Land zu lassen, sie zu verkaufen. Was versucht wird, ist folgendes: Weil Drogen allgegenwärtig sind, werden sie zu einer wichtigen Frage hochstilisiert. Gerade weil Drogen so weit verbreitet sind, greifen sie diese Frage auf, vorrangig in den Schlagzeilen der Presse. Die Erschießung eines Drogenhändlers wird groß gemeldet, in Wirklichkeit handelte es sich jedoch um einen kleinen Nachbarschaftsverteiler. Aber in der Öffentlichkeit soll der Eindruck entstehen, daß es einen enormen Anstieg in der Kriminalitätsrate gibt.

Du hast gefragt, wer den Gefängnisbau finanziert. Das ist das Problem. In einem Artikel für eine kalifornische Zeitung zeigte ich auf, daß Kalifornien, das übrigens die höchste Zuwachsrate bei den Gefängnissen hat, in Zukunft mehr Geld für die Gefängnisse ausgeben wird, als es einnimmt. Sie versuchen natürlich, eine Lösung für dieses Problem zu finden. Da es sich um eine kapitalistische Gesellschaft handelt, kamen sie mit einer kapitalistischen Lösung. Zur Zeit gibt es im Süden ungefähr 25 kleine private Gefängnisse. Die Zahl dieser privaten Gefängnisse wird steigen. Der Staat zahlt diesen Gefängnis-Betreibern einen bestimmten Betrag pro Tag für den Betrieb



Morton Sobell während des Gesprächs. Foto: Burkhard Maus.

des Gefängnisses. Die Betreiber können selbstverständlich die Arbeitskraft der Gefangenen ausbeuten. Diese Gefängnis-Betreiber machen auf zwei Arten Geschäfte: einmal über die staatlichen Gelder, zum anderen durch den Verkauf der durch die Gefangenen produzierten Waren. Mit der Privatisierung der Gefängnisse ergibt sich eine neue Lage. Wir bekommen zwei unterschiedliche Gefängnisssysteme. In die privaten Gefängnisse kommen die Gefangenen, die leicht zu kontrollieren sind, die sich nicht auflehnen. In den staatlichen Gefängnissen bleiben die anderen. Und das ist eine große Gefahr.

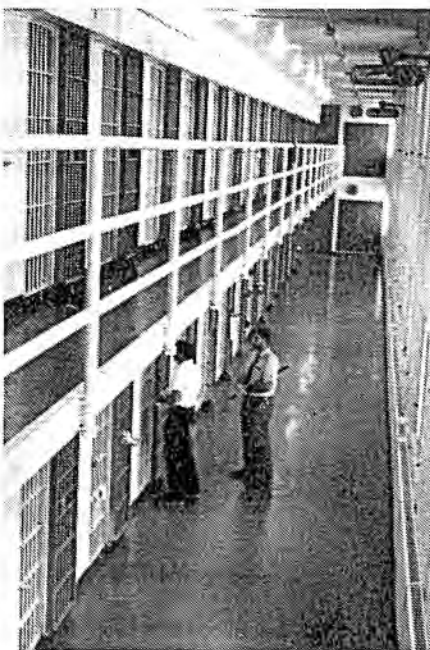
Im bundesstaatlichen Marion-Gefängnis in Illinois z.B. sind die Gefangenen 23 Stunden pro Tag eingeschlossen, es ist zwar nicht zu vergleichen mit den Modellgefängnissen in Deutschland, aber es soll zum Modell für all die Gefängnisse unter staatlicher Kontrolle werden. Und dann hat man noch die anderen, die von den Kapitalisten betriebenen Gefängnisse, mit Gefangenen, die angepaßt sind. Mit diesem zweigeteilten System wird jede Art von Gefängnisreform unmöglich gemacht. Auf der einen Seite die rebellischen Gefangenen, die auch bereit wären, einen Aufstand zu machen, eingesperrt in einem Gefängnis-system, in dem kein Aufstand, keine Rebellion mehr möglich ist, weil sie 23 Stunden täglich, manchmal auch 24 Stunden, isoliert in ihren Zellen gehalten werden. Und auf der anderen Seite hast du im anderen Gefängnis-system die Gefangenen, die wissen, daß sie, wenn sie nicht spüren, z.B. die von der kapitalistischen Gefängnisleitung gesetzte Arbeitsnorm nicht erfüllen, zurückgeschickt werden. In Texas wird ähnliches schon gemacht. Die texanischen staatlichen Gefängnisse besitzen Baumwollfelder. Die Gefangenen müssen Baumwolle pflücken. Wer dort nicht die festgelegte Mindestmenge von 500 Pfund pflückt, wird ausgepeitscht. In den privaten Gefängnissen werden sie nicht ausgepeitscht, sondern zurückgeschickt, wenn sie die Norm nicht erfüllen. Das schafft ein sehr ernstes Problem. Heute besteht die Idee nicht mehr, daß das Gefängnis ein möglicher Ort der Veränderung ist. Die staatlichen Gefängnisse, wie z.B. Marion bedeuten nicht Resozialisation, sondern absolute Kontrolle der Gefangenen. In den anderen Gefängnissen, wo du für eine private Person arbeiten mußt, ist ebenfalls keine Veränderung möglich.

Ich bin aus mehreren und verschiedenen Gründen nach Europa gekommen. Der erste ist die zunehmende Zahl der Gefängnisse und die Tatsache der Privatisierungen. Der zweite Grund ist aufzuzeigen, daß es die Schwarzen sind, die immer mehr ins Gefängnis gesteckt werden, so daß innerhalb der nächsten zehn Jahre die Schwarzen die Mehrheit der Gefangenen ausmachen werden. Schon heute ist die Mehrheit der Gefangenen in

den New Yorker Gefängnissen schwarz. Um Euch klar zu machen, wie schlimm die Situation ist, hier eine Untersuchung über den Staat New York und seine verschiedenen Regionen. In einer der Regionen sind 10% der schwarzen Bevölkerung zwischen 15 und 34 im Gefängnis. Wenn man sich diese Zahl — 10% — ansieht, merkt man, daß sich etwas vollständig geändert hat.

Könnten Sie die Konzeption des Marion-Gefängnisses darstellen?

Das Marion-Gefängnis ist für ca. 300 Leute angelegt. Vor fünf Jahren gab es dort Aufruhr, Streiks und ähnliches. Schließlich gab es eine regelrechte Meuterei. Nachdem zwei Wärter getötet worden waren, wurden alle Gefangenen in den Zellen eingeschlossen. Fünf Tage lang haben die Wärter die Gefangenen



Zellenreihe im Hochsicherheitsgefängnis Marion

zusammengeschlagen. Während dieser fünf Tage wurden die Anwälte nicht ins Gefängnis gelassen. Als sie nach diesen fünf Tagen reindurften, verlangten sie, die Gefangenen zu fotografieren, was ihnen verweigert wurde.

Danach wurde das Konzept geändert. Seitdem werden die Gefangenen 23 Stunden täglich in ihren Zellen eingeschlossen. Sie dürfen nur eine Stunde lang die Zelle verlassen, aber nicht auf den Hof gehen. Sie dürfen nur auf dem Flur vor den Zellen herumgehen. Die Betten sind aus Zement, mit Haken an den Ecken. Soll ein Gefangener bestraft werden, muß er erst gar nicht in eine besondere Arrestzelle gebracht werden. Mit Handschellen fesseln sie ihn ausgestreckt auf sein Bett, manchmal für mehrere Tage. Will ein Gefangener mit seinem Anwalt sprechen, wird er noch in der Zelle mit Handschellen gefesselt, d.h. er muß seine Hände durch eine Öffnung in der Zellentür strecken und be-

kommt die Handschellen angelegt. Wenn er die Zelle verlassen hat, werden ihm Fußfesseln angelegt, und so wird er ins Sprechzimmer gebracht, begleitet von drei Wärtern. Bevor er in die Zelle zurückgebracht wird, wird er durchsucht. Er muß sich — obwohl er ständig gefesselt und ununterbrochen von drei Wärtern begleitet worden war — ausziehen, einschließlich des Afters wird kontrolliert, ob er Drogen, Waffen oder ähnliches während des Besuchs zusteckt bekommen hatte, obwohl er ständig von drei Wärtern bewacht worden war. Einziges tatsächliches Ziel dieser Durchsuchung ist die Erniedrigung des Gefangenen. Ich weiß nicht, ob dieses Ziel der Erniedrigung der Gefangenen auch in deutschen Gefängnissen gilt. In den USA soll mit diesen Methoden den Gefangenen permanent vermittelt werden: Wir haben die Macht, wir können alles machen. Manchmal kommt es aufgrund dieser Erniedrigungen zu Reaktionen der Gefangenen, wie Anbrüllen der Wärter. Die Folge ist der Einsatz eines vierköpfigen „Rollkommandos“ von Wärtern, die den Gefangenen in der Zelle zusammenschlagen.

Marion ist ein neuer Typ von Gefängnis, den es vorher in den Staaten nicht gegeben hat. Ein Gefängnis mit totaler Kontrolle des Gefangenen. Ein Gefängnis, in dem sich der Gefangene wie ein Tier fühlen soll. Heutzutage sind die meisten Gefangenen soziale Gefangene, nur wenige politische Gefangene werden nach Marion geschickt. Doch die Gefahr besteht darin, daß die Regierung dieses Gefängnis den anderen Staaten als „Modell“ vorstellt. Über 25 Delegationen aus den Bundesstaaten haben bereits Marion besichtigt und demonstriert bekommen, wie dort die Gefangenen unter Kontrolle gehalten werden.

Schon vor über 150 Jahren kritisierte Charles Dickens das in den USA von den Quäkern praktizierte System der Einzelhaft als Vernichtung der Gefangenen. Auch die Faschisten benutzten das Mittel der Isolationshaft. Seither gibt es eine „wissenschaftliche“ Forschung, die sich mit den Auswirkungen der Isolation befaßt und mit deren Hilfe die Haftbedingungen systematisch zu einem Konzept der Vernichtung von Gefangenen entwickelt wurden. Wissen Sie etwas über die Entwicklung der diesbezüglichen Forschung in den USA? Ist das Hochsicherheitsgefängnis Marion nach „wissenschaftlichen“ Foltermethoden konzipiert?

Die Zellen im Marion-Gefängnis sind sogenannte „open front“-Zellen, d.h. eine Seite besteht aus Gitterstäben. Die Gefangenen in den Zellen können durch diese Gitterstäbe hindurch mit anderen Gefangenen in Verbindung treten, mit ihnen sprechen. Andererseits gibt es Bestimmungen, die zu lautes Reden verbieten, so daß man vorsichtig sein muß. Es gibt also nicht Isolationshaft in so ge-

nannten geschlossenen Zellen, wie ihr sie für die BRD beschrieben habt. In Marion gibt es die „open front“-Zellen und d.h., keine totale Isolation. Aber es ist eine Art der Isolation, wenn die Gefangenen zwar draußen auf dem Flur längs gehen können, aber das nur allein. Zwei Leute dürfen nicht gleichzeitig die Zelle verlassen.

Es gibt in den USA geschlossene Zellen. Wir hatten sie in Alcatraz. Die „open front“-Zellen wurden dort „Behandlungszellen“ und die geschlossenen Zellen „Spezialbehandlungszellen“ genannt. Ich weiß, daß die Nazis dieselbe Terminologie benutzten. Ich glaube, wenn heute in den USA versucht würde, ein Gefängnis mit 300 geschlossenen Zellen einzurichten, würde es Opposition geben. Sie gehen Schritt für Schritt voran, mit Zellen, die Isolierung, aber nicht vollständige Isolation bedeuten. Aber niemals zuvor war ein ganzes Gefängnis, wie im Fall Marion, dieser Art von Isolierungsmaßnahmen unterworfen. Und erinnert Euch: Neben der Isolierung gibt es die Psychologie. Die Psychologie in den USA ist sehr grausam. Sie ist nicht wissenschaftlich. Die Psychologie dient dazu, die Leute fertigzumachen, sie wissen zu lassen, daß die Wärter die Macht haben. Es ist dieselbe Psychologie, die angewandt wird, um Hunde abzurichten, d.h. dem Tier klarzumachen, wer der Herr ist.

Sie haben in den USA auch andere psychologische Ansätze, wie zum Beispiel im Frauengefängnis von Lexington, denn es ist schwieriger, Frauen zusammenzuschlagen. Die in Lexington praktizierte Psychologie steht im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Großteil der Wärter Männer sind — in einem Frauengefängnis. Teil dieser Psychologie war, daß in den Duschräumen Kameras installiert waren, so daß die Wärter auf ihren Monitoren die Frauen beim Duschen beobachten konnten. Diese Kameraüberwachung mußte aufgrund der Proteste aufgehoben werden. Eine andere Form der Gefängnispsychologie ist, daß die Wärter alles notieren, was die Frauen machen, reden, lesen, essen. Die Frauen müssen allein in ihren Zellen essen: Der Wärter schreibt auf, was sie bekommt und was sie zurückgehen läßt. Mit dieser Psychologie soll ihnen klar gemacht werden, daß alles beobachtet wird. Im Frauengefängnis wird diese Art der Psychologie eingesetzt, in den Männergefängnissen dagegen herrscht die brutalere Gefängnispsychologie. Aber dies sind die beiden „Modelle“.

Noch etwas zum Marion Gefängnis. Amnesty International hat die Situation dort untersucht und aufgezeigt, daß in Marion die von der UNO formulierten Mindeststandards für Gefängnisse nicht gegeben sind. Ich habe eine Kopie dieser Untersuchung. Aber die USA stört das nicht. Die Gefangenen haben ihren Fall vor Gericht gebracht. In diesem Fall entschied das Gericht, daß die Behandlung

der Gefangenen, einschließlich des Ansbett-Fesseln, nicht grausam sei und damit auch verfassungskonform. Ihr wißt, daß es in der Verfassung einen Absatz gibt, in dem grausame und unübliche Bestrafung verboten wird. Sie gingen in Revision. Das nächsthöhere Gericht bestätigte die Entscheidung. Sie werden ihren Fall nicht vor den Obersten Gerichtshof bringen, aufgrund dessen Zusammensetzung. Die Gefahr besteht, wie ich schon sagte, darin, daß Marion als „Modell“, als „Gefängnis der Zukunft“ präsentiert wird.

Sie sagten, daß Sie mit ihrer Reise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Westeuropa besonders auf die Lage der politischen Gefangenen richten wollen. Wie viele politische Gefangene gibt es in den USA? Und was sind das für Gefangene? Weshalb sind sie inhaftiert?

Zur Zeit gibt es — und es hängt natürlich davon ab, wie man „politischer Gefangener“ definiert — ungefähr 120. Angesichts der Tatsache, daß 250 Mio. Menschen in den USA leben, sind es nicht viele politische Gefangene. Aber die Situation ist leider so, daß es nur sehr wenige politische Bewegungen in den USA gibt. Die Ausnahme bilden die Puertoricaner. Die Puertoricaner kämpfen für ihre Unabhängigkeit. Zur Zeit findet ein Prozeß gegen 13 Puertoricaner in Connecticut statt. Sie werden „independistas“ genannt, weil sie für die Unabhängigkeit Puerto Ricos kämpfen. Puerto Rico ist eine Kolonie der USA. Sie haben die Wirtschaft Puerto Ricos ebenso zerstört wie die Ökologie. Sie haben die Kultur Puerto Ricos zerstört. Sie haben die ganze Insel zerstört. Die Unabhängigkeitsbewegung ist eine große politische Bewegung.

Leider bekommt sie nur sehr wenig Unterstützung von der amerikanischen Bevölkerung. Die amerikanische Bevölkerung kann sich einfach nicht vorstellen, was es heißt, eine Kolonie der USA zu sein. Ihr wißt, wie es in einem imperialistischen Land ist. Die Propaganda verbreitet, daß wir Puerto Rico helfen, sie zeigt, wie dort neue Betriebe gebaut werden. Sie spricht nicht von der Zerstörung der Wirtschaft, der Zerstörung der Landwirtschaft. Die Betriebe dort müssen keine Steuern bezahlen. Die Werbung Puerto Ricos in den Wirtschaftsmagazinen lautet also: In Puerto Rico können 25% Gewinn gemacht werden, im Vergleich zu 15% in den USA. Die USA haben 1895 Puerto Rico als Kolonie genommen, angeblich haben sie Puerto Rico den Spaniern abgenommen, aber die Spanier beherrschten Puerto Rico gar nicht. Puerto Rico war ein autonomer Staat, mit besonderen Beziehungen zu Spanien, aber keine spanische Kolonie.

Es gibt andere politische Gefangene. In Washington wird in Kürze fünf Weißen der Prozeß gemacht. Ihr Fall ist anders. Sie sind angeklagt, Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude verübt

zu haben. Sie haben niemanden verletzt, aber sie sollen Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude verübt haben. Z.B. wurde drei Tage nach der Invasion Grenadas aus Protest ein Bombenanschlag auf ein Regierungsgebäude verübt. Die Leute, die angeklagt sind, sind schon in anderen Verfahren zu 15 bis 75 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es soll eine Art Schauprozeß werden, mit Panzerglas und mit Handschellen gefesselten Angeklagten, überall Wachen im Verhandlungssaal. Ein richtiger Schauprozeß. Aber in der Zwischenzeit, während sie im Gefängnis von Washington inhaftiert sind, wird es ihnen sehr schwer gemacht. Ihr hattet nach der Psychologie gefragt. Um 8 Uhr morgens wird Musik, Country Music, angestellt, die ununterbrochen bis Mitternacht spielt. Außerdem werden die Angeklagten isoliert gehalten, sie dürfen nicht zusammenkommen. Die Rechtsanwälte, die eine gemeinsame Besprechung wollten, mußten diese Recht erst vor Gericht einklagen. Die Anwälte dürfen die Gefangenen nicht tagsüber besuchen, nur bei Nacht. Sie stellen neue Regeln auf.

Ich muß noch im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die 13 Puertoricaner ergänzen, daß die Anklage dem Paragraph 129 ähnlich ist. Ein gepanzerter Geldtransporter war vor ungefähr drei Jahren überfallen worden, ein großer Überfall. Die Angeklagten werden beschuldigt, Mitglieder der Organisation zu sein, die den Überfall durchführte. Sie sind also nicht angeklagt, das Auto überfallen zu haben oder den Überfall geplant zu haben. Sie sind angeklagt als Mitglieder dieser Organisation.

Sie erwähnten die Puertoricaner, die Gruppe der fünf Leute, die nun angeklagt sind — für mich sind sie Teil der Solidaritätsbewegung —

Richtig!

Jetzt ...

Wer die anderen sind? Also gut. Wir haben viele verschiedene Bewegungen in den Vereinigten Staaten. Es gibt Indianer, die in Haft sind wegen Aktionen in der Vergangenheit — nicht wegen neuerer Aktionen, sondern wegen Aktionen, die schon etwas zurückliegen. Typischerweise läuft das so ab, daß das FBI in ein Reservat kommt. Das FBI ist nicht erwünscht in solchen Reservaten, diese gelten als autonomes Territorium. Also kommt es zum Kampf, und infolgedessen verhaften sie die Indianer. Peltier ist der bekannteste Fall, aber es sind auch andere in Haft. Sie hatten in letzter Zeit keine großen politischen Aktionen mehr. Die Aktionen, die die Indianer in letzter Zeit durchführten, entwickelten sich mehr auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten, z.B. gegen Einzelstaats-Gesetze, die ihnen das Fischen verbieten.

Dann gibt es andere Organisationen wie z.B. die „Pflugschar“-Leute. Das sind Pazifisten mit einem tiefen religiösen Hintergrund. Was diese Leute tun,

wird den meisten Amerikanern völlig verrückt erscheinen. Diese Leute mieten sich z.B. eine Drahtschere, dann einen Luftkompressor, einen Preßlufthammer usw., dann gehen sie damit zu einem Raketenstützpunkt, schneiden den Draht um das Gelände durch und schlagen mit dem Hammer auf die riesigen Raketenstülplos ein. Natürlich geht sofort der Alarm los, wenn sie den Draht durchschneiden, die Wachen kommen und verhaften sie. Sie stecken diese Leute für zwei, vier oder acht Jahre ins Gefängnis, das hängt ganz vom Richter ab. Die Anklage lautet: Zerstörung von Regierungseigentum. Eine ganze Reihe solcher Leute sind heute in Haft.

Zum anderen gibt es einige Mitglieder der Black Panthers, die immer noch in Haft sind, wie z.B. Geronimo Pratt, er ist nun seit ungefähr 24 Jahren in Haft.

Ich sollte noch etwas anderes bemerken: Unter den inhaftierten Puertoricanern gibt es einige, die sich als politischen Gefangene bezeichnen. Einige von ihnen erklären sich zu Kriegsgefangenen. Nach der Charta der Vereinten Nationen sind Leute, die in einem kolonisierten Land gegen ein imperialistisches Land kämpfen, dazu berechtigt, als Kriegsgefangene behandelt zu werden. Diese Gefangenen nehmen diese Position ein. Sie erkennen die Zuständigkeit des Gerichtes nicht an. Dieses sei nicht die zuständige Stelle.

Dann haben wir da eine weitere Gruppe politischer Gefangener, die MOVE-Gruppe in Philadelphia, eine Gruppe von Schwarzen aus einem Stadtteil von Philadelphia.

Dies sind zusammen die hauptsächlichsten Gruppen der politischen Gefangenen. Dann gibt es noch einige weiße Gruppen, die solche Gruppen unterstützen. Oh, und dann haben wir da noch einige Mitglieder der Black Liberation Army, der Schwarzen Befreiungsarmee. Diese Leute sind schon eine ganze Weile inhaftiert, in jüngster Zeit hat es keine Verhaftungen von ihnen gegeben. Dann gibt es einige weiße Unterstützungsgruppen, solche Leute beispielsweise, wie ich sie im Gefängnis besucht habe, Kathy Boudin und Judith Clark. Sie waren an einem bewaffneten Raubüberfall auf ein gepanzertes Auto beteiligt, um der Black Liberation Army Geld zukommen zu lassen. Sie sind auch inhaftiert.

In der BRD mußte die Bourgeoisie einige Sondergesetze erlassen, um die politischen Gefangenen überhaupt verurteilen zu können. Hat die US-Bourgeoisie ähnliche Sondergesetze zur Verurteilung der politischen Gefangenen, zu ihrer Isolierung in den Gefängnissen?

In den USA gab es schon Gesetze. Sie mußten nur neu interpretiert werden. Wir haben v.a. zwei Strafbestimmungen, den Vorwurf der „conspiracy“ (Verschwörung), den es hier nicht gibt. Damit ist gemeint: Zwei oder mehr Leute treffen sich und planen eine Aktion.

Das ist eine „Verschwörung“. Und wir haben den „RICO-Act“ (RICO-Gesetz). Dieses Gesetz wurde gegen die Mafia verabschiedet. Es besagt, daß jemand, der eine bestimmte „Sorte“ von ähnlichen Verbrechen begeht, nach dem RICO-Act verfolgt werden kann. Und was bedeutet „Sorte“? Zwei gleiche bzw. gleichartige Verbrechen innerhalb von zehn Jahren. Mit diesem Gesetz werden nun politische Organisationen verfolgt. Niemals hat der Kongreß dieses Gesetz verabschiedet gegen politische Organisationen. Aber die Regierung legt das Gesetz so aus.

Der Unterschied zwischen solchen Bestimmungen bei uns und dem § 129a hier ist: Wenn man bei uns etwas zur Verteidigung von politischen Gefangenen sagt, kann man nicht angeklagt werden. Du

Amnestie für alle politischen Gefangenen oder Freilassung aller oder was auch immer? Gibt es solche gemeinsame Absichten, gemeinsame Unterstützung oder dergleichen?

Jede Gruppe von politischen Gefangenen hat ihren Unterstützerkreis. Allein unter den Indianern gibt es fünf verschiedene Unterstützungskomitees. Bei den Puertoricanern gibt es zwei verschiedene Komitees. Die Puertoricaner führen gerade eine große Kampagne durch unter der Forderung: „Amnestie für die inhaftierten Puertoricaner bis 1992!“ Andere Leute, wie z.B. Peltier, verlangen schlicht ihre Freilassung, weil sie illegal verurteilt wurden. Die „Pflugschar“-Leute machen gar keine Kampagne für ihre Freilassung. Sie bemühen sich nicht einmal, den Richter zu milderen Strafen



Demonstration in Puerto Rico 1986 für die Freilassung puertoricanischer Befreiungskämpfer

kannst sagen oder schreiben, was du willst, in Verteidigung von allen möglichen politischen Gefangenen, sie können nichts machen. Das ist das „1. Amendment“ (1. Verfassungszusatz). Es mag sein, daß sich dies ändert. Die Dinge ändern sich ständig. Aber im Augenblick können sie da nichts machen. Deshalb will ich diese Sache auch in den USA publizieren, daß Leute, die etwas zur Verteidigung von politischen Gefangenen sagen, verfolgt werden können wegen Unterstützung von politischen Gefangenen. Dies dürfte eine öffentliche Reaktion hervorrufen. Die Menschen in den USA werden das schwer akzeptieren können.

Sie erwähnten verschiedene Gruppen und Strömungen, die politische Gefangene haben bzw. in den letzten Jahren hatten. Gibt es irgendeine Koordination, irgendeine Zusammenarbeit zwischen diesen verschiedenen Gruppen, und was sind deren Forderungen? Gibt es gemeinsame Forderungen, ob nun nach

zu gewinnen. Man muß diese Leute verstehen, sie sind Christen. Sie tun das, und wenn der Staat sie dafür inhaftiert, dann macht er das eben. Wenn der Staat sie morgen freilassen würde, würden sie vermutlich wieder hingehen und das gleiche wieder tun. Sie bitten nicht um Amnestie. Bei den MOVE-Leuten weiß ich nicht, ob sie überhaupt ein Komitee draußen haben, das sie unterstützt. Manchmal gibt es sogar Komitees zur Unterstützung von einzelnen Gefangenen. Als ich beispielsweise inhaftiert war, gab es ein Sobell-Komitee. Es hat nie ein gesamtes, gemeinsames Komitee gegeben. Aber kurz bevor ich abreiste, einige Wochen vorher, hat es eine erste Konferenz gegeben, um zu versuchen, ein solches gemeinsames Unterstützungskomitee zu schaffen. Das nächste Treffen soll am 10. Dezember sein, wenn ich zurückkomme. Dies wird also das erstmal sein, daß versucht wird, ein übergreifendes Komitee zur Unterstützung aller politischen Gefangenen zu bilden.

Politische Gefangene in den USA

Eine vom „Zentrum für verfassungsmäßige Rechte“ im September 1988 erstellte, als unvollständig bezeichnete Liste führt über 120 politische Gefangene in den USA auf. Die kurze Darstellung der Gründe ihrer Verurteilung und näheren Umstände ihrer Haft enthüllt eine rachsüchtige Justiz, die mit äußerster Brutalität gegen antikolonialen und antiimperialistischen Widerstand vorgeht und politische Opposition mit allen Mitteln zu vernichten trachtet. Einige Schicksale politischer Gefangener, die in dieser Liste aufgeführt sind, werden im folgenden dargestellt.

Indianische politische Gefangene:

Leonard Peltier, aufgrund falscher Erklärungen der US-Regierung von Kanada ausgeliefert, wurde als Führer der Amerikanischen Indianer-Bewegung (AIM) 1975 wegen Mordes an zwei FBI-Agenten in einer Reservation vor Gericht gestellt und verurteilt. Später tauchten Dokumente auf, die das FBI bis dahin verborgen hatte und die das Hauptbelastungsmaterial, das zu seiner Verurteilung geführt hatte — die Ergebnisse einer ballistischen Untersuchung — vollständig widerlegten. Trotzdem blieb Peltiers Berufung erfolglos. Auch der letzte Versuch, die Anrufung des Obersten Gerichtshofes der USA, die von 75 Kongreßabgeordneten und 20 kirchlichen Würdenträgern unterstützt wurde, wurde abgeschmettert. Aufgrund einer Augenkrankheit und weil ihm rechtzeitige ärztliche Hilfe versagt wurde, erblindete Peltier im Gefängnis auf dem rechten Auge. 1984 führte er mit einem anderen Gefangenen aus der Indianerbewegung, Standing Deer, und einem dritten Gefangenen einen 42tägigen Hungerstreik durch, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die unerträglichen Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt Marion zu lenken. Zur Vergeltung ließ die Regierung die drei Gefangenen in den folgenden 15 Monaten in vollständige Einzelisolation verlegen; sie wurden in Zellen eingesperrt, die nichts anderes enthielten als ein Stahlbett und eine Toilette.

Puertoricanische Kriegsgefangene:

15 puertoricanische Männer und Frauen, die aufgrund ihrer Beteiligung am Befreiungskampf für die Unabhängigkeit Puerto Ricos zu langjährigen, teilweise lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt sind, kämpfen für ihre Anerkennung als Kriegsgefangene, darunter:

Oskar Lopez-Rivera, ein 45jähriger Vietnam-Veteran und langjähriger Veteran im Kampf für die sozialen Interessen und politischen Rechte der Puertoricaner in Chicago. Er wurde 1981 verhaftet und zu 55 Jahren Gefängnis verurteilt. Dabei

bezeichnete ihn das Gericht als „notorischen, unverbesserlichen Kriminellen“, obwohl Lopez nicht vorbestraft war. Da ihn die Regierung verdächtigt, Führer der puertoricanischen Befreiungsorganisation FALN zu sein, inszenierte sie kürzlich ein Komplott, mit dem sie ihn und andere Unabhängigkeitskämpfer in den Schlingen eines angeblichen Ausbruchversuches zu fangen versuchte. Oscar Lopez-Rivera wurde anschließend im Hochsicherheitstrakt Marion inhaftiert.

Alejandrina Torres, 49, Mutter von fünf Kindern. Sie wurde zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt und wurde im Gefängnis wiederholt Opfer von Gewalttaten und sexueller Mißhandlung. Alejandrina Torres wird zusammen mit zwei anderen politischen Gefangenen und drei sozialen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt des Lexington-Gefängnisses gefangengehalten. Der Hochsicherheitstrakt liegt unter der Erde, angeblich um „Angriffe externer Terroristen zur Befreiung der Gefangenen“ zu verhindern.

Andere puertoricanische politische Gefangene:

Am 30. August 1985 führten Hunderte von schwerbewaffneten FBI-Agenten eine Serie von Verhaftungen und Durchsuchungen in Puerto Rico durch. 15 Puertoricaner wurden verhaftet und der Mitgliedschaft in der bewaffneten, im Untergrund arbeitenden Befreiungsorganisation Los Macheteros angeklagt, darunter **Filiberto Ojeda Rios**, 55, der sein Leben dem Kampf für die Freiheit seines Landes gewidmet hatte. Ojeda Rios und die anderen wurden widerrechtlich nach Haftford, Connecticut, geschafft, wo sie der Beteiligung an einer Aktion gegen Wells Fargo beschuldigt wurden, bei der 7,2 Mio. \$ enteignet worden waren. Aufgrund seiner führenden Rolle im puertoricanischen Befreiungskampf, den das UN-Komitee für Entkolonisierung als rechtmäßig anerkannt hat, forderte die Regierung seine Internierung und erreichte, daß er 33 Monate lang ohne Prozeß, und ohne gegen Kaution freigelassen zu werden, gefangengehalten wurde. Ojeda Rios wurde schließlich freigelassen, jedoch sofort 96 Tage lang unter Hausarrest gestellt, um dann erneut und aufgrund derselben Beschuldigungen durch die Bundesbehörden verhaftet zu werden.

Nelson Ramirez wurde am 8.6.88 zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt, weil er sich weigerte, mit der „Grand Jury“, die eine Untersuchung gegen die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung durchführte, zusammenzuarbeiten. In den letzten zehn Jahren wurden über 20 Sympathisanten des puertoricanischen Befreiungskampfes, dar-

unter auch Mexikaner und Nordamerikaner, aus dem gleichen Grund verurteilt.

Afro-amerikanische politische und Kriegsgefangene:

Geronimo ji Jaga Pratt. Am 8. Dezember 1969 führten über 300 Polizisten einen Angriff auf das Hauptquartier der Black Panther Party in Los Angeles durch, nur vier Tage nach dem Überfall von Polizei und FBI auf Black-Panther-Mitglieder in Chicago, bei dem Mark Clark und Fred Hampton (letzterer im Schlaf) erschossen wurden. Der Überfall in Los Angeles blieb erfolglos, er wurde von Geronimo und 17 anderen zurückgeschlagen. Das FBI bildete daraufhin eine „Pratt-Sondereinheit“, die den Auftrag hatte, Geronimo zu „neutralisieren“. 1970 wurde Geronimo Pratt schließlich — im wesentlichen aufgrund der Aussagen eines FBI-Spitzels — des Mordes an einer Frau angeklagt und verurteilt. Später kam durch die FBI-Aufzeichnungen von Telefonabhörungen heraus, daß Geronimo zur Tatzeit weit entfernt vom Tatort war. Trotzdem und trotz der weltweiten Proteste blieben seine Versuche, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen, erfolglos. Die zuständige kalifornische Behörde verweigerte Geronimo Pratt am 5. Mai 1987 die Strafaussetzung.

Basheer Hameed (James York) und Abdul Majid (Anthony Labrode), zwei frühere Black-Panther-Mitglieder. Als 1981 zwei weiße Polizisten in ihrem Streifenwagen beschossen wurden und einer von ihnen später seinen Verletzungen erlag, versuchte die Polizei sofort, die Tat früheren Black-Panther-Mitgliedern anzuhängen, und schlichtete dazu ihre umfangreichen Akten aus. Sie zeigte möglichen Augenzeugen Bilder früherer Mitglieder, von denen viele im New Yorker Prozeß gegen die sog. „21 Panther“ freigesprochen worden waren, und brachte nach langen Vernehmungen und unter Anwendung von Hypnose zwei Zeugen dazu, Hameed und Majid zu „identifizieren“. Im ersten Prozeß verurteilten die Geschworenen die beiden wegen versuchten Mordes an einem Zivilisten, konnten sich aber auf die Verurteilung wegen des vorgeworfenen Mordes nicht einigen. Im zweiten Prozeß, der 1983 stattfand, erklärten die Geschworenen nach siebentägiger Beratung, daß sie mit acht zu vier Stimmen für Freispruch plädierten; sie setzten die Beratungen nicht fort, weil der Geschworene, der am schärfsten für die Verurteilung eingetreten war, durcheinander geriet und einen Nervenzusammenbruch erlitt. Anstatt einen anderen Geschworenen zu berufen, erklärte der Richter den Prozeß für ergebnislos. Erst der dritte Prozeß erbrachte die Verurteilung der beiden Angeklagten, nachdem verschiedene neue Zeugen unter Druck gesetzt worden waren, Falschaussagen gegen Basheer Hameed und Abdul Majid zu machen.



Gefangene Black Panther. Rechts: Polizeiüberfall auf das Hauptquartier der Black Panthers in Los Angeles, 1969.

In einem Klima rassistischer Gewalt war *Imami (Johnny Harris)* im August 1970 in Birmingham, Alabama, verhaftet und angeblicher Raubüberfälle (mit 11, 67, 90 und 205 Dollar „Beute“) sowie der Vergewaltigung einer weißen Frau beschuldigt worden. Seine Pflichtverteidiger kümmerten sich nicht um seine Verteidigung, sondern rieten ihm, sich schuldig zu bekennen, um der Todesstrafe zu entgehen. Imami folgte ihrem Rat und wurde zu fünffachem lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Im Gefängnis schloß er sich mit anderen Gefangenen zusammen, um die Haftbedingungen zu verbessern, die Bundesgerichte später als „grausame und unübliche Bestrafung“ charakterisierten. Er war mit 63 anderen protestierenden Gefangenen in ein Loch gesperrt, das für 32 gebaut war und in dem Toiletten und Betten fehlten. Nachdem Wärter sich damit brüsteten, sie hätten gerade einen Gefangenen zu Tode geprügelt, und weil jeder fürchtete, als nächster an die Reihe zu kommen, nahmen sie zwei Wärter als Geiseln und forderten, daß Journalisten, Geistliche und Parlamentsabgeordnete ins Gefängnis kämen, um sich von den Haftbedingungen zu überzeugen. Die Wärter griffen jedoch die Gefangenen an, und ein Gefangener und ein Wärter kamen zu Tode. Imami wurde von einem Geschworenengericht, das ausschließlich aus Weißen bestand, für schuldig befunden, den Wärter getötet zu haben, und zum Tode verurteilt.

MOVE-Gefangene:

Seit Beginn der 70er Jahre verfolgt die Polizei von Philadelphia die Mitglieder der MOVE-Gruppe; Hunderte wurden in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren arrestiert, einige von ihnen im Gefängnis geschlagen. Die Auseinandersetzungen fanden ihren ersten Höhepunkt in einer bewaffneten Auseinandersetzung im Mai 1977. Im August 1978 kamen ein Poli-

zeioffizier und zwei Stadtbedienstete bei dem Versuch ums Leben, in ein Haus der Gruppe einzudringen. Im Mai 1985 warf die Polizei eine Bombe auf ein MOVE-Wohnhaus und setzte einen ganzen Häuserblock in Brand, dabei kamen elf MOVE-Mitglieder ums Leben. Aufgrund des Ereignisses 1978 sind derzeit elf MOVE-Mitglieder in Haft, die meisten zu einer Gefängnisstrafe von 30 bis 100 Jahren verurteilt, in einem Prozeß, in dem ihnen das Gericht verboten hatte, sich selbst zu vertreten.

Weißer nordamerikanischer politischer Gefangener:

Linda Evans war in den 60er Jahren Mitglied im SDS (Studenten für eine demokratische Gesellschaft). 1969, während des Aggressionskrieges, besuchte sie Nordvietnam. Sie war aktiv in der Bewegung gegen den Ku Klux Klan und rassistische Diskriminierung, in der Frauen- und Lesbenbewegung. 1985 wurde sie verhaftet und wegen Besitzes gefälschter Papiere und illegalen Waffenkaufes zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. 1988 wurde Linda Evans beschuldigt, zusammen mit sechs anderen weißen nordamerikanischen Radikalen 1983 Bombenattentate gegen das Kapitol und gegen andere politische Ziele verübt zu haben.

Susan Rosenberg ist zusammen mit Alejandrina Torres und einer dritten politischen Gefangenen, Sylvia Baraldini, im unterirdischen Hochsicherheitstrakt Lexington inhaftiert. Während der 70er Jahre arbeitete sie in der Unterstützung des puerto-ricanischen Unabhängigkeitskampfes und der afro-amerikanischen Befreiungsbewegung, ferner in der radikalen Frauenbewegung und in der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg. Als Akupunktur-Ärztin behandelte sie Opfer der Drogensucht und leitete eine Ganzheits-Klinik, die die ärmsten innerstädtischen Gemeinden versorgte. 1984 wurde sie verhaftet, angeklagt und wegen

des Besitzes von Explosivwaffen und gefälschten Papieren zu 58 Jahren Gefängnis verurteilt. Auch sie wurde 1988 beschuldigt, an den verschiedenen Bombenattentaten 1983, bei denen übrigens niemand verletzt wurde, beteiligt gewesen zu sein.

Tom Manning, Bauarbeiter, kommt aus einer alten irischen Arbeiterfamilie aus Boston. Nach seiner Rückkehr aus dem Vietnam-Krieg war er zunächst fünf Jahre im Gefängnis. Nach seiner Entlassung arbeitete er in einem revolutionären Buchladen und beteiligte sich u.a. am Kampf für eine Gefängnisreform. Er tauchte dann unter als bewaffnet kämpfender Guerilla zur Unterstützung revolutionärer sozialistischer und nationaler Befreiungskämpfe gegen den US-Imperialismus, wurde 1985 gefangen genommen und zu 53 Jahren Gefängnis verurteilt. Als Mitglied der Vereinigten Freiheits-Front wurde er wegen der Tötung eines Bundespolizisten in Notwehr zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Gegenwärtig findet ein Prozeß statt wegen Verschwörung zum Aufruhr, bei dem ihm eine weitere Verurteilung von bis zu 60 Jahren droht.

Irischer politischer Gefangener:

Joe Doherty war 1982 in die USA geflohen, nachdem er aufgrund seiner Beteiligung an der irisch-republikanischen Bewegung den größten Teil seiner Jugend in britischen Gefängnissen verbracht hatte. Er wurde bald nach seiner Einreise aufgrund eines britischen Auslieferungsbegehrens verhaftet. Im Dezember 1984 verweigerte ein Gericht seine Auslieferung. Seither suchen die britische Regierung und die Reagan-Administration ständig und erfolglos nach Möglichkeiten, Joe Doherty nach Nordirland zu schaffen. Er wird seit seiner Festnahme gefangengehalten, seine Freilassung gegen Kautions wird ihm verwehrt.



Kohl will konzertierte EG-Aktion

Am 7. Dezember wird Bundeskanzler Kohl mit Vertretern der Kapitalistenverbände und der Gewerkschaften über eine Übereinstimmung hinsichtlich des EG-Binnenmarktes und der EG-Vorhaben der Bundesregierung beraten. Bundesregierung und Kapitalisten wollen gegenüber dem DGB durchsetzen, daß die jeweils niedrigsten Standards verbindlich für alle EG-Staaten werden. Das kann für Ladenöffnungs- und Arbeitszeiten schlechte Folgen haben. Der DGB hat dieses Vorhaben zwar bis jetzt kritisiert, einen eindeutigen Forderungskatalog jedoch, welche Standards unabdingbar sind, welche Gesetze nicht verschlechtert werden dürfen, hat er bisher nicht öffentlich vorgetragen.

Spanien: Widerstand gegen Lohnsenkungsprogramm

Ausbau Spaniens zu einem Schwerpunktgebiet für imperialistische Investoren, die durch niedrige Löhne, geringe gewerkschaftliche Rechte und extreme Arbeitszeiten für die Lohnabhängigen angelockt werden — diesem Interesse der spanischen Bourgeoisie ist die Regierung Gonzales mit vielfältigen Maßnahmen gefolgt. Inzwischen ist Spanien das erste Land der EG, in dem die Automobilkapitalisten eine volle dritte Produktionsschicht über Nacht erzwingen konnten. Seit einigen Wochen nimmt der gewerkschaftliche Widerstand gegen staatliche Lohnsenkungen zu. Die Arbeiterkommissionen versuchen, eine Einheitsfront gegen die staatliche Lohnsenkungs-politik aufzubauen.



Altlasten und Sondermüll

In vielen Städten des Ruhrgebiets entstehen Altlasten- und Sondermüllbeseitigungszentren. Diese Anlagen werden von den örtlichen Konzernen als Referenzanlagen gebraucht. In Hattingen plant ein Konsortium unter Federführung von Thyssen Engineering eine Waschanlage, die künftig einmal Altlasten aus einem 30 km Umkreis von Hattingen reinigen soll. In Oberhausen dient die geplante Sondermüllverbrennungsanlage der Wirtschaftsförderung von Babcock. Die Landesregierung beteiligt sich mit entsprechenden Förderungsmitteln. Gegen die mit dem Bau verbundenen ökologischen Belastungen haben sich vieler Orts Bürgerinitiativen gebildet, die Förderung der Konzerne wird wenig beachtet.

IG Druck und Papier: Lohn- und Arbeitszeittarife

Für den Bereich der papierverarbeitenden Industrie hat die IG Druck und Papier jetzt eine Lohnforderung von 6% aufgestellt, eine Reaktion auf die abzusehende ansteigende Inflationsrate (gerade sind drastische Preiserhöhungen für Bahn und Benzin angekündigt worden). Anders als in vielen anderen Bereichen der Industrie existiert hier kein langfristiger Lohntarifvertrag, im Vertrag über die Arbeitszeit, der ebenfalls zur Verhandlung steht, ist für diese Industrie die Arbeitswoche von Montag bis Freitag festgeschrieben. Für den Bereich der Druckindustrie ist der Manteltarifvertrag in Kündigung, die IG Druck stellt die Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung. Welche Aussichten bestehen, etwas für die Hebung Löhne zu tun?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1 Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H

5 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Postfach 260226

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/211658 Konten Postgiroamt Köln BLZ 37010050 Kto Nr 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto Nr 1144393600 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen für Auslandsberichterstattung Rudiger Lötzer für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp, für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Küstler

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront NF

Druck Graphischer Betrieb Henke Rollenoffset Köln Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Beilage Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken